

Allmendinger, Jutta (Ed.)

Periodical Part

Wahrheit: Polarisierung - Künstliche Intelligenz - Markt und Moral

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Allmendinger, Jutta (Ed.) (2022) : Wahrheit: Polarisierung - Künstliche Intelligenz - Markt und Moral, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 178 (4/22), https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/journal-vt/wzb-mitteilungen/wm2022_178.pdf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327959>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

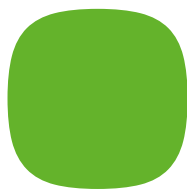
WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

4|22

Dezember 2022

wzb.eu



Wahrheit

Polarisierung

Künstliche Intelligenz

Markt und Moral



Einladung zum Neuen Sehen: Genießen Sie die starken Bilder dieser Ausgabe

Sie sind keine Abbildungen im herkömmlichen Sinne, denn es wurden keine realen Motive abgelichtet. Hier ist Künstliche Intelligenz am Werk – Software, die von Menschen genutzt und gefordert wurde. Einen Blick in ihre Werkstatt erlauben die beiden Kreativen Gesine Born und Pavel Nekoranec auf Seite 32 f. Und auf Seite 34 ff. erörtern die Wissenschaftler Florian Irgmaier und Florian Eyert die sozialen Folgen der neuen Technologie.

Titelfoto:

Wie sehen wir die Welt? Ein Heft über Perspektiven, Wahrnehmungen, Illusionen und Interessen. Mit künstlich generierten Bildern wie diesem, für das Pavel Nekoranec der Software Midjourney diese Angaben fütterte: "female model wearing a long pastel coat by Christian Dior, balancing on the top of books and research papers, depicted as the painting Wanderer above the Sea of Fog, overlooking megapolis full of majestic structures symbolizing the society, hyperrealistic, photorealistic, volumetric light, octane render, style of the film Bladerunner 2049, Dune, --ar 2:3".

Eine Spring- prozession

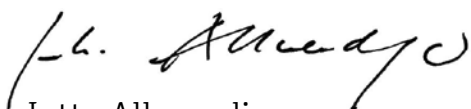


Lange zeichnete sich die Echternacher Springprozession durch eine bestimmte Schrittfolge aus: Zwei Schritten nach vorn folgte einer zurück. Gebremster Fortschritt.

Ähnlich steht es mit dem gerade verabschiedeten Bürgergeld. Verbesserungen zur früheren Arbeitslosenhilfe und zu Hartz IV sind klar erkennbar. Der Vermittlungsvorrang in Erwerbsarbeit ist gefallen, endlich ist Platz für die staatlich geförderte Bildung und Weiterbildung. Auch wenn es um verbesserte Chancen für den (Wieder-)Einstieg in das Erwerbssystem geht, stehen Bildung und Weiterbildung für weit mehr als das. Für die Menschen bringt Bildung ein Stück Teilhabe an der Gesellschaft, Anerkennung, Selbstwert, Widerstandsfähigkeit angesichts der Herausforderungen unserer Welt. Institutionell wird der Zwang zu ununterbrochenen Erwerbsverläufen gelockert. Die Erwerbsarbeitsgesellschaft auf dem Weg zu einer Tätigkeitsgesellschaft?

Es gibt Schatten der Vergangenheit. Der Vermittlungsausschuss erzwang den Schritt zurück. Die geplante „Vertrauenszeit“ ohne Sanktionen ist gefallen. Obgleich 2021 gerade 3 Prozent aller arbeitsfähigen Leistungsberechtigten mit Sanktionen belegt wurden, kochte die These von den vermeintlich „faulen Menschen“ wieder hoch, die sich auf der Arbeit anderer ausruhen. Wir sahen eine Kampagne, die Menschen gegeneinander ausspielte; auf einem Menschenbild fußend, das empirisch falsch und eine Brandmarkung ist. Mehr noch: Zumindest implizit beharren Sanktionen auf dem Primat der Erwerbsarbeit. Den Wert unbezahlter Sorgearbeit, von Ehrenamt und anderen Arbeiten für das Gemeinwohl sieht man nicht.

Aus der Hilfe für Arbeitslose wurde über die Zeit das Geld für die Bürgerinnen und Bürger. Zum Bürgergeld wurde es nicht. Obgleich wir gerade dies dringend brauchen.


Jutta Allmendinger

Inhalt 4|22

Dezember 2022

Editorial

- 3 Eine Springprozession**
Jutta Allmendinger

Titelthema

- 6 Ergoogelt, erzählt, gefühlt**
Wie Wahrheiten zerbröseln
Gunnar Folke Schuppert
- 10 Kaum Schutz für die Demokratie**
Der Entwurf für eine EU-Verordnung
zur Regulierung Künstlicher Intelligenz
geht nicht weit genug
Jelena Cupać und Mitja Sienknecht
- 15 Zweifel, Lügen, falsche Expertise**
Der autoritäre Populismus unterläuft die
regulative Idee von Wahrheit
Michael Zürn
- 19 Im Interview: Edgar Grande**
„Die Welt ist aus den Fugen“
Ein Gespräch über die Zivilgesellschaft und die
globalen Herausforderungen der Gegenwart
- 24 Wahrheit und Ungewissheit**
Die Welt von Donald Trump ist nicht mehr die
von Isaac Newton
Peter J. Katzenstein
- 29 Wissenschaft und „Post-Truth“**
Gegen soziologische Engführungen in der
Analyse der Wissensproduktion
Wolfgang van den Daele
- 32 Täuschend wahr**
Zu den Bildern dieser Ausgabe
Gesine Born und Pavel Nekoranec
- 34 Skeptisches Sehen**
KI-generierte Bilder fordern unser Verhältnis
zur Wahrheit heraus
Florian Irgmaier und Florian Eyert

- 39 Qualitätsfaktor Forschungsethik**
Ethische Reflexion schränkt Wissenschaft nicht
(nur) ein, sondern hilft, sie zu verbessern
Katrin Schaar

- 43 Angst, Interessen und Moral**
In der ökonomischen Theorie geht es öfter um
die Wahrheit, als wir wahrhaben wollen
Steffen Huck

- 46 Hauptsache in sich stimmig**
Ein ökonomisches Experiment zu Lüge und
Wahrheit
Kai Barron und Tilman Fries

- 50 Ablehnung durch Selbstüberschätzung**
Bei der Personalauswahl wird Algorithmen oft
misstraut
Dorothea Kübler

WZB Mitteilungen online

- 23 Zivilgesellschaft gegen Desinformation |
Protest und Wahrheit | Der Wahrheit ins
Gesicht sehen**

Aus der aktuellen Forschung

- 54 Im Interview: Tod G. Hamilton**
„Das schwarze Amerika ist kein Monolith“
- 57 Nachgefragt bei: Sophia Hunger**
„Wie verändern sich die Klimaproteste?“
- 58 Unterstützen, optimieren, überwachen**
Fragen an die Digitalisierung der
Modeindustrie
Jonas Ferdinand und Or Yosefov

Aus dem WZB

- 62** Konferenzbericht
- 63** Veranstaltungen
- 64** Vorgestellt
- 66** Personen
- 68** Nachlese und Impressum

Zu guter Letzt

70 Die Grenzen der Entgrenzung

Die Kehrseiten hybrider Arbeit werden deutlicher

Mark Fliegauf

Das WZB

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 300 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte – Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



WZB



Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Ergoogelt, erzählt, gefühlt

Wie Wahrheiten zerbröseln

Mit der fortschreitenden digitalen Kommunikation und den immer zahlreicher werdenden Blasen von Identitäten gerät eine gemeinsam akzeptierte Wahrheit zunehmend unter Druck. Wahrheiten werden nach eigenen Vorstellungen ergoogelt, gefühlt oder neu erzählt. Der missionarische Eifer, mit dem Querdenkerinnen und Verschwörungstheoretiker diese echten Wahrheiten gegen die offizielle Wahrheit verteidigen, ist eine Gefahr für die demokratische Kommunikation.

Gunnar Folke Schuppert

Der Münchner Soziologe Armin Nassehi hat in einem 2015 erschienenen Buch die „letzte Stunde der Wahrheit“ verkündet. In einer Gesellschaft, „die sich in ihren unterschiedlichen Feldern und Funktionen in je eigenen Plausibilitäten einrichtet“, könne eine gemeinsam akzeptierte Wahrheit nicht gedeihen: „Verunsicherungen, Unübersichtlichkeiten, das Gefühl [...] einer letztlich nicht beherrschbaren Welt [...] – das ganze Arsenal moderner Komplexitäten verlangt nach Erzählbarkeiten, nach Vereinfachungen, nach Komplexitätsreduktionen.“

Im Folgenden soll versucht werden, diesen Befund zu präzisieren und darzulegen, wie die Wahrheit in unserer gesellschaftlichen Realität unter den Bedingungen digitaler Kommunikation und kultureller Diversität zunehmend in Bedrängnis gerät. Beginnen wollen wir mit zwei Stichworten, die sich auf die mediale Dimension der Wahrheitssuche beziehen.

Das erste Stichwort ist schnell abgehandelt. Aus der Diskussion über Verschwörungstheorien als Kindern der Krise ist die Rede von den „ergoo-

gelten Wahrheiten“ durchaus geläufig. Die Möglichkeit nämlich, sich aus dem Internet diejenigen Bausteine herauszusuchen, aus denen sich der jeweilige Nutzer, die Nutzerin eine zum eigenen Weltbild passende Wirklichkeit erschafft,

„Wenn sich jede Nutzerin ein eigenes Wahrheitsgehäuse bauen kann, ist die Suche nach einer gemeinsam akzeptierten Wahrheit tendenziell fruchtlos“

führt – nur einen Schritt weitergedacht – zu unbegrenzt pluralisierten und fragmentierten Wahrheiten. Kann aber jeder Internetnutzer, jede Nutzerin sich ein eigenes Wahrheitsgehäuse bauen, in dem es sich glaubensfest einrichten lässt, ist die Suche nach einer gemeinsam akzeptierten Wahrheit nicht nur schwierig, sondern tendenziell fruchtlos.

Das zweite aufzurufende Stichwort heißt „erzählte Wahrheiten“: In einem Buch mit dem neugierig machenden Titel „Erzählende Affen“, hinter dem sich die Frage verbirgt, wie Geschichten unser Leben bestimmen, stellen die Autoren Samira El Quassil und Friedemann Karig die These auf, dass das Sozialwesen Mensch dazu neigt, aus den auf es einströmenden Informationen und Ereignissen eine plausible Geschichte „zu stricken“ – in der Regel als eine unbewusste Strategie der Komplexitätsreduktion. Solche Geschichten seien immer schon erzählt worden – am wärmenden Feuer der Jäger und Sammlerinnen, in den Karawansereien der alten Seidenstraße oder eben jetzt in den sozialen Medien. Statt immer nur auf den „Homo oeconomicus“ fixiert zu sein, sollte man dem „Homo narrans“ mehr Aufmerksamkeit schenken, der aus einem natürlichen Bedürfnis – also gewissermaßen als anthropologische Konstante – die komplexe Welt in erzählbare Geschichten verwandelt, die das Weltbild des Erzählers und seine Wahrheit mehr oder weniger verpackt zum Ausdruck bringen.

Dafür spricht in der Tat einiges: Nicht nur sind alle Verschwörungstheorien eigentlich Verschwörungsgeschichten, es treten uns auch die meisten – wie man sie heute nennt – „Rechtfertigungsnarrative“, die das Verhalten von Akteuren zu legitimieren suchen, als Geschichten gegenüber, auf deren Konstruktion oft große Mühe verwendet wird. Ein wunderbares Beispiel ist die seit einigen Jahren lebhaft diskutierte Frage, ob die Hohenzollern, das heißt insbesondere Kronprinz Wilhelm, dem Erstarken des NS-Regimes Vorschub geleistet haben. Während die einen die Geschichte vom Kronprinzen als nicht ernst zu nehmendes Leichtgewicht auftischen, machen die anderen geltend, mit seinen zahllosen Auftritten bei NS-Veranstaltungen habe Wilhelm dem NS-Regime das von ihm verkörperte symbolische Kapital des Hohenzollerntums zur Verfügung gestellt. Dieser Kampf um die historische Wahrheit wurde und wird also in Form von konkurrierenden, unterschiedlich gut belegten Geschichten ausgetragen.

Aber es gilt, nicht nur die mediale Dimension der Wahrheit in Rechnung zu stellen, sondern auch ihre soziokulturelle. Das dazu passende Stichwort heißt „gefühlte Wahrheiten“.

Wie jeder von uns aus dem Wetterbericht weiß, gilt es zu unterscheiden zwischen der gemessenen tatsächlichen Temperatur und der ge-



Gunnar Folke Schuppert ist Emeritus des Center for Global Constitutionalism am WZB und Fellow des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an der Universität Erfurt. folke.schuppert@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

fühlten Temperatur, was bei Vorliegen besonderer Umstände, zum Beispiel beim gern ins Feld geführten kalten Ostwind, dazu führen kann, dass die gefühlte Temperatur deutlich nach unten abweicht. Diese Differenz zwischen „messbar“ und „gefühlte“ gilt aber nicht nur für

„Gefühlte Wahrheiten gelten nicht nur für die Temperatur, sondern auch für soziale Befindlichkeiten“

Temperaturen, sondern offenbar auch für soziale Befindlichkeiten, die von der ökonomischen und sozialen Lage einer bestimmten Schicht oder eines bestimmten Milieus deutlich nach unten abweichen – folgt man der Literatur zu den Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung in den USA, ein deutliches Zeichen für tiefsitzende Deklassierungs- und Verlustängste.

Die amerikanische Soziologin Arlie Russell Hochschild hat in ihrem Buch „Strangers in Their Own Land“ von ihrer Reise ins Herz der amerikanischen Rechten berichtet, auf der sie herausgefunden hat, dass dem Denken, Fürwahrhalten und Handeln vor allem der Rechten, aber auch der Linken, eine Art Tiefengeschichte zugrunde liegt: „Eine Tiefengeschichte ist die gefühlte Sicht der Dinge [...]. Sie blendet das Urteilsvermögen und die Tatsachen aus und erzählt, wie Dinge sich anfühlen.“ Der Kern



Oft ist die Rede von Blasen, wenn Menschen immer mehr in Gruppen mit ähnlichen Einstellungen leben, ohne Berührung zu anderen Milieus. Für dieses Bild nutzte Pavel Nekoranec die Software Midjourney. Eingegeben hat er folgende Stichworte: „diverse people inside of floating bursting bubbles, translucent holographic bubbles, some bubbles bursting, futuristic human interaction, under the high density of population, change the social habit to fulfil population, insane detail, stage cinema lighting, photorealistic, 4K, octane render --ar 2:3 --test --creative“.

der rechten Tiefengeschichte lautet wie folgt: „Du bist ein Fremder im eigenen Land. In dem Bild, das andere von dir haben, erkennst du dich nicht wieder. Es ist ein Kampf, sich wahrgenommen und gewürdigt zu fühlen“, ein Kampf, so möchten wir hinzufügen, der als Kampf mit gefühlten Wahrheiten geführt wird.

Aber Wahrheit hat nicht nur eine mediale und eine soziokulturelle, sondern auch eine akteurspezifische Dimension. Dieser akteurspezifischen Dimension der Wahrheit soll dadurch nähergekommen werden, dass wir einen Blick auf einen Typus von Akteuren werfen, die in der Soziologie als „Sozialfiguren“ bezeichnet werden. Damit sind Menschen gemeint, in denen sich wesentliche Charakteristika der Gegenwartsgesellschaft verkörpern. Die Soziologen Sebastian Moser und Tobias Schlechtriemen haben in der Corona-Pandemie Sozialfiguren identifiziert, die in den verschiedensten Varianten auftreten: als Hamsterkäuferin, als Maskenverweigerer, als „Home Allround Mums“, als Amateur-Virologen oder eben – unvermeidlich – als Verschwörungstheoretiker.

Jetzt möchte ich zwei andere Sozialfiguren vorstellen. Mein Münchner Kollege Jens Kers-

ten und ich beschäftigen uns seit Kurzem mit Sozialfiguren, die wir als Antitypen des Rechts bezeichnen wollen. Dazu gehören etwa Querulanten, Fundamentalisten, Gerechtigkeitsfanatiker und Verschwörungstheoretiker. Sie sind nicht etwa, wie der Begriff Antitypen suggerieren könnte, Gegner des Rechts, haben aber ein konflikthafte Verhältnis zur staatlichen Rechtsordnung. Ein lehrreiches Beispiel ist der wohl bekannteste Querulant der Literaturgeschichte, Michael Kohlhaas, der durch Rechtsverweigerung seitens einer korrupten Justiz vom Rechtssuchenden zum Rechtsbrecher mutiert.

Ich möchte vorschlagen, den Antitypen des Rechts die Antitypen der Wahrheit zur Seite zu stellen, Sozialfiguren, die die Wahrheit als

„Antitypen des Rechts und Antitypen der Wahrheit durchlaufen Karrieren“

solche – wenn es sie denn gibt – keinesfalls ablehnen, aber ein konfliktträchtiges Verhältnis zu dem haben, was sie als offizielle Wahr-

heit bezeichnen würden. Verschwörungstheoretiker, Querdenkerinnen, Wahrheitsfanatikerinnen und Fundamentalisten konnten etwa in manchen Bundesstaaten der USA durchsetzen, dass die Evolutionstheorie an Schulen nicht mehr gelehrt werden darf. Typischerweise reklamieren sie für sich, die wahren Hüter der Wahrheit zu sein, sei es der religiösen Wahrheit oder der Wahrheiten, die ihrer Auffassung nach von Regierungen oder Verschwörern unterdrückt würden. Verschwörungstheoretiker sehen es daher geradezu als ihre Aufgabe an, Wahrheitsmanipulationen der Machthabenden aufzudecken. Sie beziehen ihre Legitimation aus der selbstgewählten Mission, die Masse der vermeintlich Unwissenden aufzuklären und damit der gefährdeten Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Beide, die Antitypen des Rechts wie die Antitypen der Wahrheit, weisen eine charakteristische Gemeinsamkeit auf: Bei-

de absolvieren „Karrieren“, das heißt, sie durchlaufen Selbstradikalisierungsprozesse, wie dies am Beispiel der Wahrheitssuchenden besonders deutlich wird. Am Beginn steht häufig eine ausgeprägte Skepsis gegenüber verlautbarten Wahrheiten, die sich zum prinzipiellen Misstrauen steigert und schließlich in eine aggressive Verweigerungshaltung gegenüber Maßnahmen der Politik und der Verwaltung umschlägt.

Das macht den Umgang mit ihnen – wie immer mit Missionaren – nicht eben leicht und verunmöglicht den für die Demokratie essenziellen kommunikativen Austausch. Dies alles sind keine guten Nachrichten für die digitale Demokratie. Es wird eine zentrale Gemeinschaftsaufgabe aller sein, zu einer demokratiekompatiblen Kommunikationskultur zurückzufinden. ●

Literatur

El Quassil, Samira/Karig, Friedemann: Erzählende Affen. Mythen, Lügen, Utopien. Wie Geschichten unser Leben bestimmen. Berlin: Ullstein 2021.

Lütgen, Torben: Amerika im Kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert. Darmstadt: wbv Theiss 2020.

Malinowski, Stephan: Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung 2021.

Moser Sebastian, J./Schlechtriemen, Tobias: „Sozialfiguren – zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und soziologischer Diagnose“. In: Zeitschrift für Soziologie, 2018, Jg. 47, H. 3, S. 164-180.

Nassehi, Armin: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Hamburg: Murmann 2015.

Russell Hochschild, Arlie: Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right. New York: The New Press 2016.

Schuppert, Gunnar Folke: „Verschwörungstheorien und digitale Demokratie“. In: Rechtswissenschaft, 2022, Jg. 13, S. 28-60.

Kaum Schutz für die Demokratie

Der Entwurf für eine EU-Verordnung zur Regulierung Künstlicher Intelligenz geht nicht weit genug

Die geplante EU-Verordnung zur Künstlichen Intelligenz wird vermutlich weltweit die erste Regulierung dieses Feldes sein und soll die mit KI verbundenen Risiken für die Menschen begrenzen. Die WZB-Forscherinnen Jelena Cupać und Mitja Sienknecht warnen jedoch, dass der vorgelegte Entwurf der Kommission keinen ausreichenden Schutz vor Manipulation und Desinformation bietet, mit denen KI-Technologien der Demokratie schaden könnten.

Jelena Cupać und Mitja Sienknecht

Nach mehrjährigen umfassenden Konsultationen mit Expert*innen und Interessenvertretungen hat die Europäische Kommission im April 2021 den Entwurf für eine EU-Verordnung zur Künstlichen Intelligenz veröffentlicht. Diese Verordnung wird vermutlich der weltweit erste Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz (KI) sein und zielt darauf ab, ein Gleichgewicht zwischen der Förderung des technologischen Fortschritts und dem Schutz vor dessen vielfältigen Gefahren herzustellen. Eine gründliche Analyse des Entwurfs zeigt jedoch, dass er keinen ausreichenden Schutz vor Schäden bietet, die KI-Technologien der Demokratie zufügen können. Er lässt zu viel Raum für Manipulations- und Desinformationstechniken, die die Qualität von Informationen, die für das angemessene Funktionieren des demokratischen Prozesses benötigt werden, beeinträchtigen. Wenn die Verordnung in ihrer endgültigen Fassung dieser Art von KI-Schäden nicht mehr Aufmerksamkeit widmet,

wird die Zukunft der Demokratie in Europa einer Handvoll von Unternehmen überlassen – und all denjenigen, die bereit sind, ihre Datenbestände und KI-Kompetenzen für persönliche politische Vorteile zu nutzen.

In den letzten zwei Jahrzehnten sind digitale Technologien, auch die durch Künstliche Intelligenz betriebenen, zu einem integralen Bestandteil der politischen Kommunikation geworden. Sie sind untrennbar mit der Demokratie verbunden. Sie bestimmen nicht nur, wie die Bürger die Informationen erhalten, die sie zur Teilnahme am politischen Leben ihrer Gesellschaft benötigen, sondern bestimmen auch die Qualität dieser Informationen. Wie sie die Demokratie verändern werden, ist noch offen, aber die bisherigen Erfahrungen geben wenig Anlass zu Optimismus.

Der bisher bekannteste Fall, in dem soziale Medien und KI-Technologien zur Beeinflussung des demokratischen Prozesses eingesetzt wur-

den, ist die Arbeit von Cambridge Analytica in Donald Trumps Wahlkampf 2016. Dies ist jedoch bei Weitem nicht der einzige Fall von technologiebasierter Wahlmanipulation. Allein für das Jahr 2019 haben die Forscher*innen Samantha Bradshaw und Philip Howard Manipulationen in 48 Ländern nachgewiesen.

Zu den dabei am häufigsten eingesetzten KI-basierten Techniken gehören Profiling, Targeting, Social Bots und Deepfakes. Unter Profiling versteht man die Segmentierung von Wähler*innengruppen auf der Grundlage allgemeiner Merkmale wie Alter und Bildung oder persönlicher Eigenschaften wie Introvertiertheit oder Extrovertiertheit. Die Profilerstellung wird jedoch nicht um ihrer selbst willen durchgeführt. Ihr Hauptzweck besteht darin, eine präzise Ziel-

„Allein für das Jahr 2019 konnten KI- und Social-Media-basierte Wahlmanipulationen in 48 Ländern nachgewiesen werden“

gruppenansprache – ein sogenanntes Targeting – zu ermöglichen, die Menschen dazu bringen soll, in einer bestimmten Weise zu denken und sich zu verhalten. Das Targeting erfolgt in der Regel über soziale Medien und kann zur Bildung von sogenannten Echokammern und Filterblasen führen, in denen Menschen hauptsächlich mit Gleichgesinnten interagieren und daher von alternativen Informationen und Gegenargumenten abgeschirmt sind.

Social Bots – also teilweise oder vollständig von Algorithmen gesteuerte Social-Media-Konten – werden zunehmend als Targeting-Instrumente eingesetzt. Sie sind so konzipiert, dass sie die Praktiken von Menschen bei der Erstellung und Verbreitung politischer Inhalte glaubhaft imitieren; ihr Hauptzweck besteht darin, eine Idee zu übertreiben oder einen politischen Kandidaten zu diskreditieren. Der Wahrheitsgehalt einer Nachricht spielt dabei keine Rolle, was Social Bots zu einem wichtigen Instrument für die Online-Verbreitung von Desinformationen und Fake News macht. Bots breiten sich zunehmend in der öffentlichen Sphäre aus und bergen die Gefahr, Verwirrung, Vorurteile und Misstrauen zu säen und so die Grundlagen unserer Demokratie zu gefährden.



Jelena Cupac ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Global Governance. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt bei der Transformation der internationalen Sicherheitsorganisationen.

jelena.cupac@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

Eine andere KI-gestützte Technologie, die ein ähnliches Risiko birgt, sind Deepfakes. Deepfakes sind Multimedia-Fälschungen, bei denen eine Person in einem Bild oder Video durch das Bild einer anderen Person ersetzt wird. Das Ergebnis sind äußerst realistische Video- oder Fotoinhalte, die dazu verwendet werden können, den politischen Gegnern zu schaden, indem sie sie beispielsweise bei diskreditierenden oder kriminellen Aktivitäten zeigen. Deepfakes sind besonders effektiv, wenn sie der Öffentlichkeit kurz vor Wahlen präsentiert werden, da nur wenig Zeit bleibt, um sie rechtzeitig zu entlarven.

Vor diesem Hintergrund kommt dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine EU-Verordnung zur Künstlichen Intelligenz eine hohe Bedeutung zu. Doch obwohl der Skandal um Cambridge Analytica bekannt ist, obwohl man weiß, wie Profiling, Targeting, Social Bots

„Der Entwurf versäumt es, die Demokratie vor KI-basierter Manipulation und Desinformation zu schützen“

und Deepfakes funktionieren, und vor allem, obwohl die Demokratie zu den sechs Grundwerten der EU gehört, hat der Entwurf es versäumt, die Demokratie vor KI-basierter Manipulation und Desinformation zu schützen.

Die Verordnung verfolgt einen risikobasierten Ansatz für KI und unterscheidet zwischen unannehmbaren, hohen, begrenzten und geringen oder minimalen Risiken. KI-Systeme, die als unannehmbar eingestuft werden, sind verboten; Systeme, die als hohes Risiko eingestuft werden, unterliegen Konformitätsbewertungen, bevor sie Zugang zum EU-Markt erhalten; Systeme mit begrenztem Risiko unterliegen einer Reihe von Transparenzverpflichtungen; und Systeme mit geringem oder minimalem Risiko erfordern die Einhaltung von Verhaltenskodizes und, wo nötig, die Beteiligung von Interessengruppen. Wie wir im Folgenden zeigen werden, geht keine dieser Kategorien angemessen auf die Risiken für die Demokratie ein, die sich aus den oben beschriebenen Manipulations- und Desinformationstechniken ergeben.

Die KI-Systeme, die der Entwurf als unannehmbares Risiko ansieht, sind Systeme, die für Manipulation, Social Scoring und die Sammlung und Verarbeitung biometrischer Daten verwendet werden können. Wenn man bedenkt, dass die bereits erwähnten Praktiken der Profilerstellung und des Targeting als Manipulationen der politischen Meinung und des politischen Diskurses sowie des allgemeinen demokratischen Prozesses interpretiert werden können, könnte man erwarten, dass sie von dieser Bestimmung des Gesetzes erfasst werden. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Verordnung sieht Manipulation nur in den KI-Praktiken, die Personen durch unterschwellige Techniken oder durch Ausnutzung der Schwächen von Kindern oder Menschen mit Behinderung in einer Weise beeinflussen können, die ihnen psychischen oder physischen Schaden zufügen könnten. Die Bestimmungen zur Manipulation konzentrieren sich daher in erster Linie auf die psychische und körperliche Schädigung von Individuen, ohne sich um die allgemeine gesellschaftliche Schädigung und deren Folgen für die Demokratie zu kümmern. In der Begründung des Entwurfs heißt es, dass andere manipulative Praktiken schon durch die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zum Datenschutz, zum Verbraucherschutz und zu digitalen Diensten abgedeckt werden könnten, um „natürlichen Personen“ zu garantieren, angemessen informiert zu werden, und ihnen zu ermöglichen, sich gegen Profiling oder andere Praktiken zu entscheiden, die ihr Verhalten beeinflussen könnten. Doch auch dieser Ansatz löst das Problem nicht. Auch bei ihm liegt der Schwerpunkt nach wie vor auf dem individuellen Schaden und nicht auf dem Schaden für die Gesellschaft.

Die Verordnung behandelt risikoreiche KI, indem es acht Bereiche auflistet, in denen die Anwendung von KI unerwünschte Schäden verursachen könnte. Die Liste reicht von der Verwaltung und dem Betrieb kritischer Infrastrukturen bis hin zur Strafverfolgung. Wichtig ist, dass sie auch die „Rechtspflege und den demokratischen Prozess“ umfasst. Indem sie den „demokratischen Prozess“ in die Hochrisikokategorie einordnet, signalisiert die Europäische Kommission ein Bewusstsein dafür, dass KI der

„Die EU-Kommission signalisiert ein Bewusstsein dafür, dass KI der Demokratie schaden könnte, geht aber nicht darüber hinaus“

Demokratie schaden könnte. Allerdings geht sie nicht über diese Signale hinaus. Weder im Haupttext des Entwurfs noch in seinem Anhang wird näher ausgeführt, welche Art von KI-bedingten Störungen im demokratischen Prozess zu sehen sein müssten, um sie als hochriskant zu bewerten. Demografisches und psychometrisches Profiling, Targeting, Desinformation oder Deepfakes werden nicht erwähnt. Dieser Ansatz steht im Widerspruch zu der Art und Weise, wie das Gesetz andere Hochrisikobereiche behandelt, einschließlich der Justizverwaltung, die zusammen mit dem demokratischen Prozess aufgeführt wird. Im Gesetz heißt es, dass „KI-Systeme, die Justizbehörden dabei helfen [sollen], Sachverhalte und Rechtsvorschriften zu ermitteln und auszulegen und das Recht auf konkrete Sachverhalte anzuwenden“, ein hohes Risiko darstellen könnten. Es ist rätselhaft, warum der demokratische Prozess nicht in ähnlicher Weise behandelt wurde.

Die KI-Systeme, die in der Verordnung als begrenzt risikobehaftet eingestuft werden, stehen in direktem Zusammenhang mit den Systemen und Praktiken, die oben bereits als größte Bedrohung für die Demokratie erörtert wurden: Social Bots, Emotionserkennungssysteme, biometrische Kategorisierungssysteme und Deepfakes. Diese Systeme, die zur Profilerstellung, Desinformationsverbreitung und Meinungsmanipulation eingesetzt werden, können den demokratischen Prozess tiefgreifend stö-



Diese Personen gibt es nicht.
Ihre Gesichter sind geschaffen
von Gesine Born mit Hilfe der
Software DALL-E 2.
Ihre Eingabe: "portrait photograph
of {... description; z.B. woman with
a baby}, looking worried, street
photography, Leica style, 35 mm,
warm colors".



ren, indem sie die Wähler*innen abschotten und polarisieren, Emotionen wie Angst und Wut bedienen und das Vertrauen in die Demokratie insgesamt untergraben. Der Entwurf zeigt jedoch kein Bewusstsein für diese Folgen. Er stellt lediglich fest, dass Bots, Emotionserkennung, Kategorisierungssysteme und Deepfakes ein „spezifisches Risiko der Manipulation“ darstellen können. Dieses spezifische Risiko wird aber nicht erläutert, obwohl der Entwurf postuliert, dass einfache Transparenzpflichten zum Schutz davor ausreichen sollten. So sollen laut Entwurf Anbieter von Social Bots sicherstellen, dass ihre Systeme so konzipiert und entwickelt werden, dass natürliche Personen darüber informiert werden, dass sie mit einer KI und nicht mit einem Menschen interagieren; Personen, die einem Emotionserkennungssystem oder einem biometrischen Kategorisierungssystem unterliegen, sollten darüber informiert werden, dass sie solchen Systemen ausgesetzt sind; und Nutzer*innen von Deepfakes sollten deutlich machen, dass die Inhalte künstlich erzeugt oder manipuliert wurden. Mit dem Argument, dass diese Transparenzmaßnahmen es den Menschen ermöglichen würden, eine informierte Entscheidung zu treffen oder sich aus einer bestimmten Situation zurückzuziehen, zeigt die Verordnung erneut, dass es KI-Risiken in erster Linie als individuelle Risiken und nicht als soziale oder politische Risiken ansieht.

Insgesamt ist der Entwurf für die EU-KI-Verordnung ein schwaches Instrument zum Schutz der Demokratie vor bestehenden und zukünftigen KI-Schäden. Indem er die Manipulation durch Techniken wie Profiling, Targeting, Bots und Deepfakes uneingeschränkt zulässt und den von ihnen verursachten Schaden als indi-



Mitja Sienknecht ist Lehrstuhlvertreterin am Lehrstuhl für Europäische und Internationale Politik der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Sie war Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Global Governance am WZB. sienknecht@europa-uni.de

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

viduell und nicht als gesellschaftlich definiert, ebnet der Entwurf den Weg für beispiellose und disruptive Veränderungen in der europäischen Demokratie.

Noch ist jedoch nicht alles verloren. Das Gesetzgebungsverfahren läuft noch, und noch besteht die Möglichkeit, die Demokratie vor Manipulation und Fehlinformation zu schützen. So müssen vor der Verabschiedung zwei weitere Organe der EU ihre Stellungnahmen und Änderungsanträge abgeben: das Europäische Parlament und der Europäische Rat. Und es gibt Anzeichen dafür, dass diese einen umfassenderen Schutz der Demokratie fordern werden, indem sie Targeting, Profiling, Bots und Deepfakes nicht nur Transparenzanforderungen, sondern auch Risikobewertungen unterwerfen. ●

Literatur

Bradshaw, Samantha/Howard, Philip N.: The Global Disinformation Order: 2019 Global Inventory of Organized Social Media Manipulation. Oxford: University of Oxford 2019.

Edwards, Lilian: Regulating AI in Europe: Four Problems and Four Solutions. Expert Opinion. Ada Lovelace Institute 2022.

Edwards, Lilian: The EU AI Act: A Summary of Its Significance and Scope. Expert Opinion. Ada Lovelace Institute 2022.

Veale, Michael/Zuiderveen Borgesius, Frederik: „Demystifying the Draft EU Artificial Intelligence Act – Analysing the Good, the Bad, and the Unclear Elements of the Proposed Approach“. In: Computer Law Review International, 2021, Jg. 22, H. 4, S. 97-112.

Zweifel, Lügen, falsche Expertise

Der autoritäre Populismus unterläuft die regulative Idee von Wahrheit

Die „alternativen Fakten“, die Trumps Sprecherin 2017 ins Feld führte, sind inzwischen legendär. Die Formulierung steht für eine neue Art des Wahrheitsbezugs – oder eben für die Loslösung von jedem Anspruch auf Erkenntnis der Wahrheit. Wenn Wissenschaft als elitär abgetan wird, unbestimmte Zweifel gesät und alle Behauptungen gleich gewichtet werden, hat das schwerwiegende Konsequenzen für die Legitimität demokratischer Prozesse.

Michael Zürn

Inzwischen zugängliche interne Dokumente bieten stichhaltige Belege dafür, dass Teile der medizinischen Forschung über viele Jahre hinweg die Tabakindustrie in ihrem Bestreben unterstützt haben, die Schädlichkeit des Rauchens und später des Passivrauchens infrage zu stellen. Die Tabakindustrie finanzierte Konferenzen und Forschungen – verbunden mit bestimmten Erwartungen über die Ergebnisse.

Das dabei gewählte Vorgehen hat der Soziologe Nils Kumkar als „unbestimmte Negation“ bezeichnet: Sich herausbildender Konsens innerhalb der Wissenschaften wird allein durch das Prinzip des Zweifels bekämpft. Es wird keine Gegenposition oder eine alternative Theorie entwickelt, es wird lediglich die dominante Position negiert. Damit wird der Zweifel an den wissenschaftlichen Ergebnissen vor Kritik und Zweifel immunisiert, weil keine kritikfähigen Gegenpositionen formuliert werden. Ähnliches lässt sich in der Klimaforschung beobachten, wenn einzelne Wissenschaftlerinnen und Wis-

senschaftler immer wieder behaupten, es sei wissenschaftlich umstritten, ob die Freisetzung von Kohlendioxid, Methan oder anderen Treibhausgasen durch den Menschen derzeit oder in absehbarer Zeit eine katastrophale Erwärmung der Erdatmosphäre bewirken wird. Das ist aber falsch. Wissenschaftsakademien aus über 80 Ländern und – laut neueren Studien – mindestens 97 Prozent der Klimawissenschaftlerinnen stimmen der These von der menschengemachten Klimaerwärmung und ihren Gefahren für das Leben zu. In den einschlägigen Journals finden sich keine Studien mit gegenteiligen Befunden mehr. Gegenstimmen folgen dem Prinzip der unbestimmten Negation. Sie zeichnet sich durch die bloße Kommunikation der Nullhypothese aus. Gegenexpertise wird damit zur Antiexpertise.

Eine andere, aktuell sehr beliebte epistemische Taktik kann als „hausgemachte Wissenschaft“ beschrieben werden. Die Antiexpertise gibt sich nämlich gerne wissenschaftlich informiert. Klimaleugnerinnen und Querdenker

verweisen auf Zahlen, die sich im Internet finden und teilweise auch von Wissenschaftlern publiziert wurden; sie reißen solche Zahlen jedoch entweder aus dem Kontext, um eine eigene, oft wenig konsistente Collage zu basteln, oder berufen sich auf mehr oder weniger abseitige Positionen in der Wissenschaft. Eine Fallstudie von Johannes Pantenburg und Bene-

**„Solche Expertise
entpuppt sich als ein
Gemisch von Bauchgefühl,
eigenen Erfahrungen
und intensiven
Internetrecherchen“**

dikt Sepp, die auf Gesprächen mit sogenannten Coronaleugnern basiert, zeigt dies nachdrücklich. Das vorherrschende Selbstbild ist das überdurchschnittlich gut informierter Menschen, die sich auf Augenhöhe mit den sogenannten Expert*innen sehen. So schreiben bezeichnenderweise Karina Reiß und Sucharit Bhakdi in der Einleitung zu ihrem Bestseller „Corona Fehlalarm?“ (von dem sich die Universität Kiel übrigens distanzierte): „Sie werden zu den wenigen Menschen gehören, die viel mehr wissen darüber als Wieler und Spahn sowieso, sogar als Herr Drost.“ Solche Expertise entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ein Gemisch von Bauchgefühl, eigenen Erfahrungen und intensiven Internetrecherchen. Epistemische Autorität, verliehen durch wissenschaftliche Arbeit und Reputation oder auch durch die Einbindung in Institutionen, wird zurückgewiesen; vielmehr bestehen die Protagonisten darauf, Wissenschaft aufgrund ihrer Alltagsrationalität selbst verstehen und beurteilen zu können. Epistemische Autoritäten werden in egalitärer Absicht abgelehnt, genauso wie die Prinzipien der institutionalisierten Wissenschaft. Es entsteht hausgemachtes Wissen, das im Einzelfall durchaus beeindruckend ist, aber eben über den Status der Hausmannskost nicht hinauskommt.

Eine dritte Taktik könnte man als „Conway Move“ bezeichnen. Als Kellyanne Conway, die Kampagnenmanagerin und offizielle Beraterin von Präsident Trump, mit Daten und Bildern konfrontiert wurde, die die Behauptung widerlegten, dass bei Donald Trumps Amtseinführung mehr Menschen dabei waren als bei Ba-



Michael Zuern ist Direktor der Abteilung Global Governance am WZB, Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin und Ko-Sprecher des Exzellenzclusters „Contestations of the Liberal Script“ (SCRIPTS).
michael.zuern@wzb.eu

Foto: © WZB/Valerie Schmidt, alle Rechte vorbehalten.

rack Obama, sprach sie kurzerhand von „alternativen Fakten“. Schon Hannah Arendt hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Politik nicht der beste Lebensraum für die Wahrheit ist. Die Lüge gehört zum Instrumentenkasten des politischen Wettbewerbs. Sie war aber traditionell ein Akt des Verbergens der Wahrheit, der in dem Moment scheitert, in dem das Verbergen misslingt. Das Falsifikationsprinzip

**„Öffentliche Auseinander-
setzungen werden zu
einem Schlachtfeld der
Worte, die sich ihres
Wahrheitsbezugs
komplett entledigen“**

blieb so in Kraft. Die Rede von den alternativen Fakten hingegen streicht die Möglichkeit der Widerlegung. Wir begegnen so immer öfter einer kompletten Entbindung vom Wahrheitsbezug, die sich wenig um Entlarvung schert. Im Kern dieser Taktik steht die Delegitimierung der Schiedsinstanzen des Wahrheitswettbewerbs. Die Wissenschaft wird zum Instrument der herrschenden Klasse erklärt, Medien werden mit der Rede von der Lügenpresse zur Partei umgemünzt, womit auch ihre Schiedsrichterfunktion in der Frage entfällt, welche Mittel in der Auseinandersetzung erlaubt sind und welche nicht. Im Ergebnis werden öffentliche

Auseinandersetzungen zu einem Schlachtfeld der Worte, die sich ihres Wahrheitsbezugs komplett entledigen. Die erste Fernsehdebatte zwischen Donald Trump und Joe Biden führte eine solche Welt beispielhaft vor. Es wurde gelogen und gebogen, unterbrochen und geschrien, die Moderatorin und der Moderator wirkten machtlos. Beim Fußball würde man sagen: Dem Schiedsrichter geriet das Spiel außer Kontrolle.

Unbestimmte Negation, hausgemachte Wissenschaft und der Conway Move sind Taktiken, die zwar jeweils eigene Ursprünge haben, aber erst von autoritär-populistischen Parteien systematisch zu einer Gesamtstrategie zusammengeführt werden. Elemente der drei Taktiken lassen sich in allen politischen Lagern dann beobachten, wenn die eigene Position angesichts wissenschaftlicher Befunde in die Defensive gerät. Aber nur die extremeren Varianten der autoritär-populistischen Parteien führen diese drei Taktiken in einer epistemischen Gesamtstrategie zusammen.

Diese Strategie stellt letztlich das liberale Wahrheitsregime infrage. Die Schwierigkeit, dass wir nie sicher wissen können, ob etwas wahr ist oder nicht, wird im liberalen Skript durch die regulative Idee der Wahrheit gelöst. Sie geht davon aus, dass wir Wahrheit nie direkt erkennen können und dass einzelne Aussagen immer durch kognitive Vorentscheidungen und die Positionalität des Beobachters beeinflusst werden. Es besteht also keine Möglichkeit, die Wahrheit direkt zu erkennen und endgültig zu wissen – selbst wenn wir annehmen, dass es eine Realität jenseits der menschlichen Wahrnehmung gibt. Jede Wahr-

„Die regulative Idee der Wahrheit bedarf eines Wahrheitsregimes, das neben der Kritik auf epistemische Autoritäten und politische Schiedsinstanzen setzt“

heitsaussage unterliegt der Kritikmöglichkeit und kann potenziell durch abweichende Beobachtungen und gute Gründe zurückgewiesen werden. Es gibt keine absolute Wahrheit. Diese Einsicht muss aber nicht dazu führen, dass wir die Möglichkeit einer Annäherung an die

Wahrheit und die Suche nach ihr aufgeben müssen. Ganz im Gegenteil: Das Streben nach der Wahrheit konstituiert Wissenschaft und zeitigt zumindest in manchen Bereichen auch Erfolge, ansonsten bliebe der technologische Fortschritt unerklärlich. Auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen über die richtige Politik setzen Wahrheitsansprüche voraus. Die regulative Idee der Wahrheit bedarf eines Wahrheitsregimes, das neben der Kritik als Elixier des Strebens nach gesellschaftlich anerkannten Wahrheiten auf die besondere Rolle von epistemischen Autoritäten und politischen Schiedsinstanzen setzt. Dabei können sich Wahrheitsansprüche nicht nur auf empirische, sondern auch auf normative Aussagen beziehen.

Autoritäre Populisten unterlaufen die regulative Idee der Wahrheit und das liberale Wahrheitsregime. Jede der drei Taktiken greift es an unterschiedlichen Stellen an: Die unbestimmte

„Aussagen können nicht mehr widerlegt werden, alle bekommen im Wahrheitsrelativismus einen identischen Wert“

Negation bestreitet generell die Idee der (vorübergehend) anerkannten Wahrheiten. Sie stellt die Nutzung von Wissen infrage und reduziert Politik damit auf die Auseinandersetzung von Interessen und subjektiven Meinungen. Die hausgemachte Wissenschaft greift die spezifische Rolle der Wissenschaft in der Ermittlung von vorübergehenden Wahrheiten und Wissen an. Was als wissenschaftlich gesichert angesehen wird, wird nicht mehr von den Wissenschaftlerinnen mit der höchsten Reputation, sondern von den Teilnehmern in der politischen Auseinandersetzung selbst bestimmt. Das Ergebnis ist bekannt: Es gibt keinen Orientierungspunkt und keine Instanz jenseits der einzelnen Wahrnehmungen und Interessen. Der Conway Move unterläuft das Falsifikationsprinzip. Aussagen können nicht mehr widerlegt werden, alle bekommen in einem solchen Wahrheitsrelativismus einen identischen Wert.

Ohne die Anerkennung der regulativen Idee der Wahrheit kann es keine sinnvollen öffentlichen Debatten und damit auch keine liberale Demokratie geben. Demokratie kann nur dann

funktionieren, wenn der Entscheidungsprozess und die nachträgliche Bewertung getroffener Entscheidungen vor dem Hintergrund der regulativen Idee der Wahrheit erfolgen.

Für deliberative und epistemische Demokratietheorien ist das offensichtlich. Sie sind ohne die regulative Idee nicht denkbar. Aber gilt das auch für schlanke Konzeptionen, für die Demokratie letztlich nicht mehr ist als die Auswahl der richtigen Eliten? In solchen Konzeptionen, wie sie etwa Joseph Schumpeter vertrat, wird weder die regelhafte Produktion von Wahrheit noch die erhöhte Wahrscheinlichkeit von richtigen Politiken als ein konstitutiver Bestandteil der Demokratie gesehen. Doch auch diese Konzeptionen sind als soziale Voraussetzung des Funktionierens der Demokratie auf das liberale Wahrheitsregime angewiesen.

Auch die schlanke Demokratie kann langfristig ohne eine Minimalqualität der öffentlichen Auseinandersetzung nicht bestehen. Ohne diese hätten Minderheiten keinen Grund mehr, die Entscheidungen der Mehrheitsregierung anzuerkennen: Warum sollte eine Minderheit Entscheidungen akzeptieren, die gegen die eigenen Überzeugungen und Interessen gerichtet sind, wenn diese Entscheidungen gar nicht den Anspruch haben, richtig zu sein? Und warum sollten die Wählerinnen den Wahlversprechen der Gewählten glauben, wenn die Wahrheitsori-

entierung aufgegeben wird? Ohne die Grundbedingung der Wahrhaftigkeit kann ein Wahlkampf nicht den Legitimitätsglauben fördern. Außerdem hat die empirische Legitimitätsfor-

„Warum sollte eine Minderheit Entscheidungen akzeptieren, wenn diese gar nicht den Anspruch haben, richtig zu sein?“

scherung inzwischen in vielen Studien einhellig gezeigt, dass sowohl ein fairer Entscheidungsprozess als auch die Qualität der Entscheidung den Legitimitätsglauben erhöhen. Ein politisches System, das auf den Anspruch verzichtet, dass die eigenen Entscheidungen im Durchschnitt besser sind als die anderer Systeme, kann demnach langfristig nicht bestehen.

Für alle Konzeptionen der Demokratie ist also ein Pluralismus der Positionen und Meinungen, auch normativer Art, notwendig, die allesamt mit einem Wahrheitsanspruch auftreten können. Ein Wahrheitsrelativismus hingegen, der schon die regulative Idee der Wahrheit ablehnt, ist der Demokratie abträglich. Anders gesagt: Die Logik der politischen Auseinandersetzung beruht auf Wahrheitsansprüchen. ●

Literatur

Kumkar, Nils C.: „Unbestimmte Negation: Gegenexpertise als alternative Fakten“. In Sebastian Büttner/Thomas Laux (Hg.): Umstrittene Expertise. Leviathan-Sonderheft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2021, S. 90-110.

Pantenburg, Johannes/Sepp, Benedikt: „Wissen, hausgemacht. Selbstverständnis, Expertisen und Hausverstand der ‚Querdenker‘“. In Sebastian Büttner/Thomas Laux (Hg.): Umstrittene Expertise. Leviathan-Sonderheft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2021, S. 469-82.

Zürn, Michael: „Die regulative Idee der Wahrheit und demokratische Regression“. Peter Nießen (Hg.): In Zur Diagnose demokratischer Regression. Leviathan-Sonderheft. Baden-Baden 2023.

Im Interview

Edgar Grande

„Die Welt ist aus den Fugen“ Ein Gespräch über die Zivilgesellschaft und die globalen Herausforderungen der Gegenwart

Fünf Jahre nachdem am WZB das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung etabliert wurde, geht Gründungsdirektor Edgar Grande in den Ruhestand. Die vergangenen Jahre waren ein Stresstest für Menschen und Gesellschaften: Der Klimawandel eskaliert, der Krieg in der Ukraine bedroht die globale Stabilität, die Coronapandemie hat noch kein Ende gefunden. Im Gespräch mit Gabriele Kammerer erklärt der Politikwissenschaftler Edgar Grande, auf welchem Boden Verschwörungsmymen wachsen, warum Aufklärung zentral ist und dass die Zivilgesellschaft nicht nur gute Seiten hat.

Klimakrise, Krieg, Pandemie – was macht die allgemeine Unsicherheit mit der Gesellschaft?
„Die Welt ist aus den Fugen“ – dieses Shakespear-Zitat liest man seit Jahren immer wieder. Selbstverständlichkeiten unseres Zusammenlebens, der politischen Entscheidungsfindung gelten plötzlich so nicht mehr. In solchen Situationen suchen Menschen Halt. Und die Wissenschaften sind gefordert, alte Gewissheiten über Bord zu werfen, neue Antworten auf alte Fragen zu suchen oder ganz neue Fragen zu finden. Verschwörungstheorien werden da zu einer Art Haltepunkte – leicht verfügbare, vermeintlich einfache Erklärungen für unerklärliche Dinge, vor allem dann, wenn man den Verdacht hat, dass es Zusammenhänge geben muss, die man aber nicht versteht und für die man vordergründig keine Verantwortlichen findet. Eines der wichtigsten Merkmale moderner Gesellschaften ist ja nicht, dass wir immer mehr wissen, sondern dass wir vertrauensbedürftig sind, dass wir immer mehr vertrauen müssen. Anthony Giddens hat das in seiner Soziologie der Moderne sehr prägnant herausgearbeitet. Diese Vertrauensbedürftigkeit hat mit der zunehmenden Folgenträchtigkeit von zivilisatorischen Risiken wie dem Klimawandel oder globalen Pandemien ganz offensichtlich zugenommen. Dabei geht es nicht um ein Vertrauen in bestimmte Personen, sondern wir sind gezwungen, abstrakten Systemen zu ver-

trauen – der Medizin, der Klimaforschung. Wir wissen aber auch, dass deren Wissen begrenzt ist. Wenn die Pandemie uns eines gezeigt hat, dann doch das: dass wir weder gesichertes Wissen über die Ursachen der Pandemie haben, noch über die Wirkung von Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Das Einzige, was wir gesichert gelernt haben, war, dass die Expertinnen und Experten selbst nicht einig waren und noch immer nicht sind. Das hat die Verunsicherung bei den Bürgern noch verstärkt.

Für die Demokratie ist das doch eine Riesenherausforderung?

Am Ende geht es immer um politische Entscheidungen. Wir hatten diese Diskussion schon in den 1970er-Jahren, als es um die Kernenergie ging. Die Physiker haben zwar die Sicherheit von Kernkraftwerken betont, aber sie mussten einräumen, dass immer ein Restrisiko bleibt. Wie viel Restrisiko gesellschaftlich akzeptabel ist, das kann immer nur politisch entschieden werden, denn das ist keine naturwissenschaftliche Frage, sondern eine normative. Die politische Qualität der Entscheidung kann der Politik niemand abnehmen, weder die Wissenschaft noch die Religion noch sonst jemand. Moderne Gesellschaften sind politische Gesellschaften, weil sie nach politischen Kriterien entscheiden können und müssen.

Und wie entstehen Verschwörungsmymen? Als Reaktion auf wissenschaftliche oder auf politische Defizite?

Ich würde gar nicht von Defiziten reden. Verschwörungsmymen sind eine unmittelbare Folge des Nichtwissens über gesellschaftliche und technische Entwicklungen. Der moderne Mensch zeichnet sich dadurch aus, dass er die zweifelhafte Fähigkeit erworben hat, sich selbst zu zerstören, und dass er diese Fähigkeit mit einer beunruhigenden Konsequenz in den letzten Jahren und Jahrzehnten verfolgt hat. Gleichzeitig können sich moderne Gesellschaften nicht mehr auf religiöse



Hartnäckig hält sich die Behauptung, die Erde sei eine Scheibe – ein Beispiel für den Reiz einfacher Weltansichten. Aufklärung tut not, sagt Edgar Grande. Motiv von Gesine Born mit der Software von DALL-E 2 und Midjourney, die Eingabe lautete: "model of a flat earth, standing on a table, surrounded by a school class, horror retro film style + 3d Model of flat earth".

Gewissheiten stützen. Kritische Situationen, wie wir sie in der Pandemie, aber auch davor schon hatten, schaffen das, was Psychologen einen Erklärungshohlraum nennen. Die entscheidende Frage ist, wie dieser Erklärungshohlraum gefüllt wird. Verschwörungstheorien – wenn man von Theorien sprechen will – sind leicht verfügbare Angebote für Erklärungen, wo die Wissenschaft so schnell keine Erklärung anbieten kann.

Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft gerade in der Krise?

In den letzten Krisen haben sich zunächst einmal die Stärken der Zivilgesellschaft gezeigt. Man kann viel lernen über die in einer Gesellschaft vorhandene Solidarität, wenn man sich die überwältigende Hilfsbereitschaft der Menschen in solchen Situationen anschaut. Da ist nicht nur das spontane individuelle Engagement, sondern auch das organisierte Engagement der Zivilgesellschaft. Neben den Wohlfahrtsorganisationen und anderen Trägern der organisierten Zivilgesellschaft gibt es eine Vielfalt von neuen Initiativen, in denen sich Menschen mehr oder weniger spontan bereit erklärt haben zu helfen, und das nicht nur an einem Tag, sondern auch über längere Zeiträume hinweg. Wir haben in einem Projekt untersucht, wie es gelingen kann, solche spontane Hilfsbereitschaft auf Dauer zu stellen. Eine Arbeitsgruppe des Bundesinnenministeriums hat zu Beginn der Coronapandemie in einem Strategie-Papier festgestellt: Ob und wie wir diese Pandemie überstehen, wird ganz entscheidend von der Zivilgesellschaft abhängen. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft wird sich durch die Pandemie grundlegend verändern – wie, das kommt ganz entscheidend auf die



Edgar Grande ist Gründungsdirektor emeritus des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Seine Forschungsthemen sind Zivilgesellschaft, politische Konflikte und soziale Bewegungen. edgar.grande@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Zivilgesellschaft an. Rückblickend würde ich sagen: Das war eine sehr kluge Einschätzung. Das Problem war nur, dass sich niemand daran orientiert hat. Die Zivilgesellschaft ist immer mehr zum Opfer der Pandemie-Politik geworden, sodass jetzt viele Bereiche der Zivilgesellschaft vor dem Problem stehen, wie es weitergehen soll, wie sie Mitglieder wieder aktivieren sollen, wie sie finanzielle Einbußen durch fehlende Veranstaltungen ausgleichen können. Bürgerschaftliches Engagement ist etwas Fragiles, das man nicht ohne Weiteres voraussetzen kann und von dem man auch nicht ohne Weiteres erwarten kann, dass es krisenbeständig ist. Das ist eine hoch relevante Frage: Wie kann man Zivilgesellschaft resilient machen, widerstandsfähig gegen solche Herausforderungen?

Nun sehen Sie die Zivilgesellschaft nicht immer nur positiv.

Es ist eines der Merkmale des Forschungsprogramms unseres Zentrums, dass wir Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Ambivalenz sehen – mit ihren Stärken, aber auch mit ihren dunklen Seiten. Wir finden eben auch neue Formen der Radikalisierung, der Polarisierung. Die Widerständigkeit von Zivilgesellschaft, die man ja in vielen Bereichen besonders positiv herausstellt, kann auch höchst problematisch sein. Die organisatorische Stärke von Zivilgesellschaft sagt noch nichts darüber aus, wie stark der gesellschaftliche Zusammenhalt ist. Es kommt darauf an, wie sich die Zivilgesellschaft zu akuten politischen Streitfragen positioniert; und es kommt auf das an, was Robert Putnam das Bonding Social Capital genannt hat, das brückenbildende Sozialkapital. Durch die Einbindung von Menschen in soziale Gruppen wird der Einzelne in die Gesellschaft integriert. Gruppen können sich aber auch abschließen gegenüber anderen, dann wird die Gesellschaft durch Gruppenbildung eher desintegriert als integriert. Wenn das Selbstverständnis und das Handeln solcher Gruppen dann noch politisch aufgeladen werden, bekommen wir höchst problematische Formen von Gruppenpolarisierung. Genau das beobachten wir in den USA seit Jahren mit großer Sorge: nicht die Schwäche der Zivilgesellschaft, sondern eine nicht zuletzt von gesellschaftlichen Gruppen geprägte Polarisierung, die einen vernünftigen Ausgleich von strittigen Fragen kaum mehr möglich macht, weder auf der lokalen Ebene noch in den wichtigsten politischen Institutionen.

Ich habe bei Ihnen einen aufklärerischen Impuls entdeckt. Ist es so, dass Bildung hilft?

Die Grundfrage ist doch: Wie kann in einer aus den Fugen geratenen Welt wieder Sicherheit ge-

schaffen werden? In der Vergangenheit hat diese Aufgabe vor allem der Wohlfahrtsstaat geleistet, indem er ein Sicherheitsversprechen abgegeben hat. Er hat deutlich gemacht, dass die Bürger gegen alle wichtigen Lebensrisiken abgesichert sind, bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit. In meinem Verständnis wird Bildung im 21. Jahrhundert eine vergleichbare Rolle spielen. Bildung nicht im Sinne von formalen Kompetenzen, die man in der Schule erlernt und mit denen man dann für den Rest des Lebens gerüstet ist, sondern Bildung im weiteren Sinne. Der Erwerb von Bildung und Weiterbildung wird zur Lebensaufgabe. So rüstet sich der oder die Einzelne gegen Veränderungen und Verunsicherungen, wirtschaftlich, ökologisch, sozial. In unserer Zeit der großen Transformationen – und wir stehen erst am Beginn dieser großen Transformationen und noch nicht am Ende – wird es nicht mehr ausreichen, die Bürger über soziale Sicherungssysteme abzusichern, in einem negativen, kompensatorischen Sinne, sondern es wird in zunehmendem Maße darauf ankommen, sie im positiven Sinne zu befähigen, mit diesen Herausforderungen umzugehen. Das geschieht über Bildung.

Was bedeutet das für das Bildungssystem?

Es kommt darauf an, dass die Menschen ein umfassendes Bildungsversprechen bekommen im Sinne von: Wir unterstützen euch, damit ihr mit dem, was uns an Herausforderungen und Krisen bevorsteht, zurechtkommt. Ganz wichtig ist, dass wir dabei die Rolle der Zivilgesellschaft im Bildungswesen neu denken. Auch jetzt schon ist gerade der Bereich der Erwachsenenbildung keine rein staatliche Aufgabe, Kirchen und andere spielen eine wichtige Rolle als Träger von Bildungsleistungen. Und wir wissen natürlich auch, dass in Schulen Projekte und Initiativen von Vereinen, von Eltern, eine immer wichtigere Rolle spielen. Hier sehe ich erhebliches Potenzial für bürgerschaftliches Engagement. Bildungspolitik wird im 21. Jahrhundert den Stellenwert haben, den die Sozialpolitik im 20. Jahrhundert hatte. Wir können Sicherheit in einer so unsicheren Zeit nicht mehr über kompensatorische Politiken alleine herstel-

len, wir müssen sie über Befähigung herstellen. Das, was wir die letzten Wochen und Monate erlebt haben, war in dieser Hinsicht ein denkbar schlechtes Beispiel: Man hat versucht, mit einem Stückwerk von Einzelmaßnahmen irgendwelche punktuellen Probleme zu lösen, sei es in der Mobilität oder bei den Energiepreisen. Der Staat in der zweiten Moderne beweist seine Qualität aber nicht darin, dass er nur im Katastrophenfall repariert und kompensiert.

Wo steht Ihr Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung fünf Jahre nach seiner Gründung?

Die Gründungsphase ist abgeschlossen, und ich kann sagen: im Wesentlichen so abgeschlossen, wie wir uns das ursprünglich vorgestellt haben. Das ist ja nicht ganz selbstverständlich. Für mich sind bei der Bewertung der Gründungsphase zwei Dinge entscheidend. Erstens ist die Arbeit des Zentrums in der Evaluierung durch die Gremien des WZB sehr positiv bewertet worden; über die Fortsetzung des Zentrums und über meine Nachfolge durch Swen Hutter wurde sehr frühzeitig entschieden. Darüber bin ich sehr froh. Zweitens ist es gelungen, die Kooperationspartner des WZB von der Arbeit des Zentrums zu überzeugen. Die Freie Universität Berlin ist weiter zur Kooperation mit dem WZB bereit; und auch in der zweiten Phase werden Stiftungen – Mercator, die VolkswagenStiftung – die Arbeit des Zentrums unterstützen. Das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung forscht also nicht nur über die Zivilgesellschaft, sondern wird durch die Zivilgesellschaft ganz maßgeblich getragen. Wir haben uns ja immer so verstanden, dass wir wissenschaftlich relevante Ergebnisse liefern wollen, dass wir aber gleichzeitig Probleme, die wir in der Gesellschaft vorfinden, aufnehmen und mit unseren Forschungsergebnissen wieder in die Gesellschaft hineinwirken – also problemorientierte Grundlagenforschung im besten Sinne. Es ist ein tolles Zeichen, dass wir aus der Zivilgesellschaft Unterstützung bekommen, weil dort offensichtlich angekommen ist, dass in unserer Forschung ein Gewinn für die Gesellschaft liegt. ●

WZB | Mitteilungen online

👉 Protest und Wahrheit

Mehr Beiträge zum Schwerpunktthema – auch Videos oder Audio-Interviews – finden Sie im Online-Schwerpunkt der WZB-Mitteilungen auf unserer Website.

Der Link zur Plattform:
wzb.eu/magazin-wahrheit

Dort finden Sie unter anderem dies:

👉 Zivilgesellschaft gegen Desinformation

Gezielte Desinformation bedroht immer häufiger die Demokratie, besonders bei den Wahlen. Die Regulierung von Plattformen reicht oft nicht aus, um die Gefahren der Desinformation für politische Prozesse einzudämmen. Thamy Pogrebinski (WZB), Maria Dominguez (Transparency International) und Mariana Borges Martins da Silva (Oxford) haben in ihrem Beitrag für die Online-Mitteilungen am Beispiel Brasiliens untersucht, welche Rolle die Zivilgesellschaft beim Kampf gegen Desinformation spielen kann. Ausgehend von den letzten Präsidentschaftswahlen in Brasilien beschreiben die Autorinnen, wie die Zivilgesellschaft des Landes mobilisiert wurde, um die Verbreitung von Desinformationen zu verhindern. Sie analysierten 50 zivilgesellschaftliche Initiativen und identifizierten fünf verschiedene Strategien, die zur Bekämpfung von Desinformation während des Wahlprozesses und darüber hinaus entwickelt wurden. Wie gut das gelungen ist, lesen Sie in den Online-Mitteilungen.

Kompromisse sind in einer Demokratie notwendig und gehören dazu. Gesellschaft und Öffentlichkeit scheinen sich aber immer schwerer überhaupt auf einen gemeinsamen Nenner zu bestimmten Themen einigen zu können. Bei Protesten und Meinungsäußerungen in den sozialen Medien stehen sich verschiedene Positionen oft unversöhnlich gegenüber – ob es um Maßnahmen gegen Corona oder den Umgang mit Waffenlieferungen für die Ukraine geht. Max Peukert und Kerstin Schneider haben mit Swen Hutter, Leiter des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB, gesprochen, der die Protestbewegungen der vergangenen Jahre intensiv untersucht. Sie wollten herausfinden, ob Protestierende unterschiedliche Wahrheiten und Realitäten wahrnehmen, für die sie auf die Straße gehen. Das Gespräch mit Swen Hutter über das Radikalisierungspotenzial bei Demonstrationen, subjektive Wahrheit und die Wirkmacht von extremen Positionen finden Sie als Video in unserem Online-Portal der WZB-Mitteilungen.

👉 Der Wahrheit ins Gesicht sehen

Die automatisierte Gesichtserkennung stützt sich in hohem Maße auf die indexikalische Natur der Fotografie. Mit Indexikalität wird der Bezug fotografischer und filmischer Bilder zur Wirklichkeit bezeichnet. Man sieht das, was ist. Anna Skarpelis macht in ihrem Beitrag für die Online-Mitteilungen zum Thema Wahrheit in der Künstlichen Intelligenz deutlich, dass die Dinge so einfach nicht liegen. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Künstlichen Intelligenz könnten nicht verstanden werden, ohne auf historische Erkenntnisse zu Fragen der Darstellung zurückzugreifen. Anna Skarpelis nähert sich dem Thema aus der Perspektive der statistischen Repräsentation und des Personseins. Sie fragt in ihrem Beitrag, ob die Binärform wahr/falsch die richtige ist, um uns bei der Klärung ethischer Fragen in der Künstlichen Intelligenz, besonders bei digitalen Bildern, zu helfen.

Wahrheit und Ungewissheit

Die Welt von Donald Trump ist nicht mehr die von Isaac Newton

Dass das Leben von Risiken und Wahrscheinlichkeiten geprägt ist, entspricht unserer persönlichen täglichen Erfahrung. Weder für die individuelle Existenz noch für die des Planeten gelten sichere Perspektiven. Doch ist diese Erkenntnis auch in den Wissenschaften angekommen? Die Naturwissenschaften haben, dank Relativitätstheorie und Teilchenphysik, ein komplexes Verständnis von Wahrheit erlangt. Den Sozialwissenschaften, auch seiner eigenen Disziplin, den Internationalen Beziehungen, wirft Peter J. Katzenstein aber vor, immer noch zu mechanistisch zu argumentieren.

Peter J. Katzenstein

Die Corona-Pandemie führt uns seit 2020 drastisch vor Augen, wie unsicher die Welt ist, in der wir leben. Menschen erfahren sich ganz direkt als verwundbar – in ihrem Leben, ihrer wirtschaftlichen Existenz, im Blick auf ihre Lieben und ihre Gemeinschaften. Die Medien sind voll vom endlosen Geschwätz derer, die behaupten, Bescheid zu wissen, und derer, die zwar Entscheidungsbefugnisse haben, aber kein zulängliches Wissen über das Virus. Das zentrale Problem aber, um es mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Romer zu sagen, ist die Ungewissheit. Angesichts der dramatischen Umweltveränderungen durch die globale Erwärmung wird die Pandemie zur kleinen Vorspeise für ein großes Menü. Vorgesetzt wird uns eine nie dagewesene Ungewissheit über die Zukunft, letztlich die Zukunft der Erde. Wenn ich höre, wie sich Kolleginnen und Kollegen eifrig über Effekte der Behandlung austauschen, die sie politischen

Themen oder Umfrageexperimenten angedeihen lassen, kommen sie mir vor wie Gärtner – wo doch die täglichen Nachrichten Szenen aus dem Dschungel bringen. Mein politischer Instinkt sagt mir, dass sich, wer zu Internationalen Beziehungen forscht, nicht allein mit Gartenarbeit beschäftigen sollte. Viele bedeutsame Ereignisse in der Weltpolitik kommen völlig überraschend für die, die besondere politische Sachkenntnis für sich beanspruchen. Die Wahrheit liegt allzu oft in der Ungewissheit.

Warum ziehen wir beim Studium der Internationalen Beziehungen die geordneten Gärten dem chaotischen Dschungel vor? Warum bevorzugen wir die bewältigbare Welt überschaubarer Risiken vor der radikalen, von Ungewissheit geprägten Welt, der wir doch so oft begegnen? Die Antwort liegt in einer (uns gar nicht unbedingt bewussten) Sicht auf die Welt, die jene Merkmale der Politik hervorhebt, die sich

zur systematischen Untersuchung und zur politischen Kontrolle eignen. Daher richten Menschen, die Internationale Beziehungen studieren, ihre Aufmerksamkeit meist auf ihre gartenähnlichen Elemente, deren Risiken beherrschbar sind. Die von radikalen Ungewissheiten geprägten dschungelartigen Elemente hingegen lassen sie unbeachtet. Beim in der Forschung vorherrschenden Ansatz zählen Notwendigkeiten mehr als Möglichkeiten. Aber internationale Politik ist weniger Landschaftsgarten als Dschungel, sie ist oft nicht berechenbar, sondern vor allem ungewiss. Unsere persönlichen Erfahrungen stimmen uns auf diese Ungewissheiten des Lebens ein, und doch kehren die sozialwissenschaftlichen Theorien sie allzu oft unter den Teppich. Ist unsere Zeit vielleicht auch deshalb der Wahrheit so überdrüssig, weil unser intellektuell-professioneller Habitus so wenig mit unserem persönlichen Leben verbunden ist?

Die Mechanik des Newtonschen Weltbilds beherrscht selbst unbewusste Denkweisen. Der Journalist Thomas Friedman, durchaus vertraut mit Zerbrechlichkeit und Ungewissheit, riet der Präsidentschaftskampagne von Joe Biden 2020

„Warum sollte die Newtonsche Physik die Antwort auf einen Post-Newtonschen Präsidenten sein?“

zu diesem Slogan: „Ich glaube an die Aufklärung, die Newtonsche Physik und an das Zeitalter der Vernunft. Der andere Typ nicht.“ Warum aber sollte die Newtonsche Physik die Antwort auf einen Post-Newtonschen Präsidenten sein, der Ungewissheit bewusst für seine Zwecke nutzt?

Die konventionellen Theorien, Modelle und Hypothesen, die den Rahmen für unsere Sicht auf die Weltpolitik bilden, basieren auf einer Weltanschauung, die keinen Platz für Ungewissheit hat. Solches Wissen Newtonscher Prägung sucht nach Gesetzmäßigkeiten. Die äußere Welt ist real. Was wir über sie wissen, ist in absoluten Dimensionen von Zeit und Raum angesiedelt. Dieses Wissen ist unabhängig vom Beobachter. Und wie in der Ökonomie gilt für viele Forschende in dem Bereich der Internationalen Beziehungen die Newtonsche Physik als die Hauptquelle ihrer wissenschaftlichen Inspirati-



Peter J. Katzenstein ist Forschungsprofessor für Global Politics am WZB und Professor für Internationale Studien an der Cornell University, Ithaca. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die internationale politische Ökonomie sowie die internationale Sicherheits- und Kulturpolitik.
pjk2@cornell.edu

Foto: © WZB, alle Rechte vorbehalten.

on. (Nur dass der Physiker David Mermin, als er einen Nobelpreisvortrag in den Wirtschaftswissenschaften gehört hatte, feststellen musste: Ökonomie sei mit ihren Funktionen und Ableitungen wie Physik – nur dass die Physik funktioniere.)

Die mechanistischen Grundlagen dieses Weltbilds haben zum Beispiel die Vorstellung von einem Gleichgewicht der Macht geprägt. Auf diese Vorstellung beziehen sich sowohl die amerikanischen Gründerväter als auch moderne Theorien der Internationalen Beziehungen. Liberalismus und Realismus teilen die Newtonsche Sichtweise eines politischen Universums, das aus sich selbst erhaltenden und sich selbst regulierenden Objekten oder Akteuren besteht. Beide Schulen sehen den Ablauf von Ereignissen als von festen Gesetzmäßigkeiten oder statistischen Regelmäßigkeiten bestimmt. Soziale Einheiten können identifiziert und von Menschen regiert werden. Und Menschen unterscheiden sich von der Natur durch die Kraft ihrer Vernunft.

Die Analyse der Weltpolitik strebt nach intellektueller Eingängigkeit und zeichnet ein homogenes Bild der Realität: Sie fasst eine große Anzahl unterschiedlicher politischer Phänomene unter einer kleinen Anzahl von Konzepten zusammen. Sie arbeitet auch mit starken Annahmen darüber, wie die Weltpolitik funktioniert, indem sie Statistiken oder Experimente verwendet, die einfache Beziehungen suggerie-

ren. Dieser Ansatz, die Welt zu verstehen, orientiert sich eng an der Aussage von Isaac Newton, wissenschaftliche Wahrheit sei in der Einfach-

„Die Analyse der Weltpolitik zeichnet oft ein homogenes Bild der Realität“

heit und nicht in der Vielfalt und Verwirrtheit („multiplicity and confusion“) der Dinge zu finden. Wenn wir die Weltpolitik mithilfe einfacher Unterscheidungen erklären – Ost und West, Land und Wasser, damals und heute – folgen wir dieser Devise.

In seiner Lebenswelt lernte Newton Vielfalt und Verwirrtheit sehr wohl kennen, und zwar schmerzlich. Im Frühjahr 1720 verkaufte er seine Anteile an der South Sea Company und strich einen 100-prozentigen Gewinn von 7.000 Pfund ein. Der Aktienkurs stieg weiter an. Im Spekulationsrausch kaufte Newton Aktien zum dreifachen Preis seiner ursprünglichen Investition zurück. Einige Monate später platzte die Blase und dezimierte Newtons Ersparnisse; Berichten zufolge verlor er 3 Millionen Euro, umgerechnet in heutiges Geld. Er klagte: „Ich kann die Bewegung der Sterne berechnen, aber nicht die Dummheit der Menschen.“

Die „Vielfalt und Verwirrtheit der Dinge“ ist zentral für eine Weltsicht, die auf Newton folgt. Diese ist besser auf die Existenz und die Bedeutung von Ungewissheit eingestellt. Seit über einem Jahrhundert haben diese neuen Theorien und Ansätze bemerkenswerte Fortschritte in unserem Verständnis der natürlichen Welt bewirkt. Heute sind sich die meisten Physiker darin einig, dass die Quantenmechanik die Newtonsche Physik abgelöst hat – und machen einfach weiter mit ihrer Arbeit. Die moderne Physik und die wissenschaftliche Kosmologie haben Newtons Vorstellung von Raum und Zeit überwunden. Obwohl das klassische Modell ein bequemes Rechenwerkzeug für viele praktische Probleme bleibt, vermittelt es eine irreführende Sichtweise der Natur als geordnet und einer neutralen Beobachtung zugänglich, während sie doch eher ungeordnet und oft eben gar nicht beobachtbar ist. Trotz seiner praktischen Nützlichkeit ist das klassische Modell für das Verständnis der subatomaren Welt ungeeignet; es kann daher keinen allgemeinen Erklärungsrahmen für die vielen

praktischen Anwendungen der Teilchenphysik bieten.

Ende des 19. Jahrhunderts begann die experimentelle Physik, die subatomare Struktur der Materie zu erforschen. Elektronen, Quarks, Photonen, Gluonen, Neutrinos und sogenannte Higgs-Teilchen sind die Elementarteilchen, die die Quantenmechanik untersucht. Sie beschreibt diese Teilchen und ihre Bewegung. Die Teilchen sind nicht real, wie etwa kleine Kieselsteine. Sie sind eher winzige sich bewegende Wellen. Albert Einsteins spezielle Relativitätstheorie von Zeit und Raum und die relativistische Quantenfeldtheorie im Allgemeinen erschlossen eine unsichtbare Welt der Energie, in der der Zufall herrscht. Der philosophische Relationalismus des 19. Jahrhunderts inspirierte die erste Generation von Quantenphysikern, über viele der neuen Phänomene, die sie mit ausgeklügelten Experimenten entdeckten, nachzudenken. Die Verrücktheit der Quantenwelt trotzte allen Erklärungsversuchen, und doch faszinierte die Präzision der Vorhersagen dieser neuen Theorie. Sie brachte technologische Innovationen und Anwendungen hervor, die die soziale und die politische Welt bis heute revolutionieren.

Die subatomare Welt hat viele verwirrende Aspekte. Bei den Elektronen, die sich in einem Atom bewegen, überwiegen Quantenunsicherheiten. So gesehen ist die Welt keine kausale Maschine, sondern ein kreativer Generator sich entfaltender Neigungen und Möglichkeiten. Die Erfinder der Quantentheorie entdeckten auch eine vom Beobachter geschaffene Realität, die allen Vorstellungen von Objektivität widerspricht. Die Quantenmechanik lenkt unsere Aufmerksamkeit auf Mess- und Argumentationsapparate und die damit verbundenen Leistungen und Praktiken. Die Welt ist ein rastloses Wimmeln von Ereignissen, nicht von Dingen. Unbestimmtheit ist die Bedingung für eine offene Zukunft. Möglichkeiten sind nicht statisch, sie werden immer neu konfiguriert. Neue Möglichkeiten eröffnen sich, während andere sich schließen.

In der Welt zeigen sich unendlich viele relationale Möglichkeiten, die nicht kontrolliert werden können. Man kann natürlich versuchen, sie durch konventionelle Experimente zu erfassen und als isolierte, effiziente Ursache-Wirkungsketten abzubilden. Unkontrollierbare Überraschungen bleiben aber in einer Welt der wechselnden Möglichkeiten normal. Politische Prozesse und Ereignisse tragen wie Elementarteil-



Ungewissheit und Zweideutigkeit setzt Donald Trump bewusst für seine Zwecke ein. Wohin entwickelt sich Amerikas Demokratie? Den Saurier hat Pavel Nekoranec mit Hilfe von Midjourney zum Leben erweckt, mit folgenden Angaben: „Donald Trump riding a t-rex through Washington DC --v 4 + group of children sitting in front of retro television, stranger things cinematic, Wes Anderson style --ar 2:3“.

chen unendliche Möglichkeiten in sich. Die Quantenmechanik stellt Ungewissheit, Unbestimmtheit, Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten in den Mittelpunkt und nicht Zwänge und Notwendigkeiten. Die Post-Newtonsche Weltsicht bringt damit relationale Aspekte der Unterschiedlichkeit ans Licht: wie Messungen und Argumente Grenzen schaffen; wie Objekte und Subjekte, Materie und Bedeutung, natürliche und soziale Welt miteinander verwoben sind. Sie bietet eine Alternative zu Newtons Theorie, der sich die Expert:innen für Internationale Beziehungen oft gar nicht bewusst sind.

Können diese, und Sozialwissenschaftler:innen allgemein, etwas von den Naturwissenschaften lernen, die die Welt voll von Möglichkeiten und Ungewissheiten sehen? Albert Hirschman war überzeugt davon. Der amerikanische Volkswirt und Sozialwissenschaftler befand schon vor langer Zeit, die Sozialwissenschaften, einschließlich die Internationalen Beziehungen, hielten es oft „für unter ihrer wissenschaftlichen Würde, sich mit Möglichkeiten zu befassen, bevor diese real geworden sind und dann wenigstens als Wahrscheinlichkeit neu definiert werden können“. Auch heute noch gilt es unter den besten Theoretiker:innen der Internationalen Beziehungen als Ausweis professioneller Seriosität, wenn sie sorgfältig in einem breiten Spektrum statistischer Methoden ausgebildet sind, die sie intellektuell in die Lage versetzen, kommende Möglichkeiten im Rückblick als berechenbare Wahrscheinlichkeiten zu behandeln. Wenn wir aber unsere Vorstellungen und unsere Praktiken ändern, könnte sich dann der öffentliche Diskurs zukünftig eher durch Demut und Nachdenklichkeit als durch das übliche Gebell auszeichnen?

Literatur

Friedman, Thomas L.: „This Should Be Biden’s Bumper Sticker“. In: The New York Times, 2020, 1. Juli, A 24.

Hamilton, Scott: „I Am Uncertain, but We Are Not: A New Subjectivity of the Anthropocene“. In: Review of International Studies, 2019, Jg. 45, H. 4, S. 607–626. DOI: 10.1017/S0260210519000135.

Hirschman, Albert O.: „Preface to the Expanded Paperback Edition“. In: National Power and the Structure of Foreign Trade. Berkeley: University of California Press 1980 [1945], S. v–xii.

Wenn wir nur auf vorhersehbare Risiken blicken, verlieren wir die Offenheit für eine Welt voller guter oder schlechter Möglichkeiten, die darauf warten, durch politisches Handeln oder Nichthandeln verwirklicht zu werden. Sie sind immer da, wir erleben sie – ganz persönlich und direkt. Wenn im 21. Jahrhundert mehr Forscherinnen und mehr politische Führer es wagen würden, sich den Wissenschaften des 20. Jahrhunderts zuzuwenden statt jenen des 16. bis 19. Jahrhunderts, würde vielleicht die Wahrheitsmüdigkeit unserer Zeit ein wenig abnehmen. Wir sollten demütig bekennen, dass wir vieles einfach nicht wissen und nicht wissen können. Damit soll nicht der erstaunliche Fortschritt der Sozialwissenschaften in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten in Abrede gestellt werden. Aber mit dem Wachsen unserer Wissensinseln wächst unweigerlich der Ozean unserer Unwissenheit. Meine Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Weltbildern, mit Ungewissheit und Wahrheit hat mich die alte Lektion neu gelehrt: Je mehr ich weiß, desto weniger weiß ich. Allzu oft ist dies die einfache Wahrheit: Wir wissen es nicht. Dies definiert uns als die wissens- und sinnsuchende Spezies, die wir sind. Ständig versuchen wir, unsere prometheischen Instinkte, die nach wissenschaftlichem und technischem Fortschritt streben, mit der Ungewissheit unserer Existenz auszusöhnen. ●

Dieser Artikel ist ein von Gabriele Kammerer übersetzter und bearbeiteter Auszug aus Peter J. Katzensteins neuem Buch: Uncertainty and Its Discontents: Worldviews in World Politics. New York: Cambridge University Press 2022. Der Autor dankt der Übersetzerin von Herzen.

Kay, John/King, Mervyn: Radical Uncertainty: Decision-Making Beyond Numbers. New York: W.W. Norton 2020.

Mermin, N. David: Why Quark Rhymes with Pork: And Other Scientific Diversions. New York: Cambridge University Press 2016.

Wissenschaft und „Post-Truth“

Gegen soziologische Engführungen in der Analyse der Wissensproduktion

Demokratie schützt nicht davor, dass in politischer Kommunikation gelogen und getäuscht wird. Aber die politische Lüge ist eine Pathologie der Kommunikation und nicht ein Zeichen dafür, dass wir auf eine Kultur des Post-Truth zusteuern, in der universelle Standards der Wahrheit als Kriterium der Geltung von Erkenntnis und Wissen nicht mehr zählen. Lügen verletzen diese Standards – sie setzen sie aber auch voraus. Wer mit Lügen politisch Erfolg haben will, muss sie als Wahrheiten ausgeben. Lügen tun immer die anderen. Wer zugibt, dass er selbst lügt, scheitert.

Wolfgang van den Daele

Das Mandat, der öffentlichen Lüge Wahrheit und den Fake News objektives Wissen und bewiesene Tatsachen entgegenzusetzen, sollte in modernen, funktional differenzierten Gesellschaften der Wissenschaft zufallen. Doch der Wissenschaft schlägt Misstrauen entgegen. Und die soziologischen Analysen zur Wissenschaft, die in den letzten Jahrzehnten Konjunktur hatten, haben dazu beigetragen. Sie haben die Unterschiede zwischen wahr und falsch methodisch eingegeben. Sie haben in soziologischer Engführung nicht nur die Entstehung von Geltungsansprüchen, sondern auch ihre Gültigkeit (Wahrheit/Falschheit) auf soziale Prozesse zurückgeführt. Schließlich haben sie die Einbettung jeder Wissensproduktion in eine vorausliegende gesellschaftliche und kulturelle Lebenswelt als Beleg dafür genommen, dass wissenschaftliche Erkenntnis auch nur eine soziale Konstruktion ist, die unter anderen äußeren Umständen auch anders

ausfallen könnte. Solche Positionen implizieren eine Post-Truth-Perspektive: Universelle Standards der Wahrheit können nicht verletzt werden; es gibt sie nämlich gar nicht. Auch wenn man sich mit solchen Positionen in politischen Kontroversen, im Common Sense des Alltags und sogar in der Soziologie als Wissenschaft eher ins Abseits manövriert: Spuren in der Einstellung gegenüber objektivem Wissen hinterlassen sie trotzdem.

Die empirische Wissenschaftsforschung folgt den Akteurinnen und Akteuren in die Praktiken der Wissensproduktion – sie analysiert das doing science. Sie erhebt zum Beispiel durch teilnehmende Beobachtung Kommunikationen und Interaktionen bei der Arbeit im Labor oder beim Schreiben von Publikationen und bestimmt den Einfluss institutioneller Randbedingungen, unter denen diese Prozesse ablaufen. Dabei wird häufig ein Symmetrieprinzip

propagiert, nach dem es für die soziologische Analyse keinen Unterschied macht, ob am Ende des Prozesses wahre oder falsche Aussagen und Befunde stehen. Bei gutwilliger Auslegung ist das Symmetrieprinzip eine methodische Heuristik, keine ontologische Prämisse. Dann behauptet es nicht, dass es Unterschiede zwischen wahr und falsch nicht gibt, sondern fordert lediglich, von diesen Unterschieden abzu- sehen. Man soll die sozialen Prozesse der Entstehung und Etablierung von Geltungsansprüchen untersuchen, ohne deren Geltung schon vorauszusetzen. In dieser Form ist das Symmetrieprinzip epistemologisch gewissermaßen entschärft. Trotzdem führt es in die Irre.

Eine Soziologie der Wissensproduktion kommt an den Geltungsansprüchen von Wissen nicht vorbei. Man kann die sozialen Prozesse der Arbeit im Labor, etwa die Fortsetzung oder den

„Das Handeln der Akteure hängt davon ab, ob sie Experimente für aussagekräftig halten oder ob sie darin Fehlschläge sehen“

Abbruch einer Experimentreihe, weder beschreiben noch verstehen oder erklären, wenn man die kognitive Bewertung der bis dahin durchgeführten Experimente komplett ausblendet. Das Handeln der Akteure hängt davon ab, ob sie die Experimente für aussagekräftig und aussichtsreich halten oder ob sie darin nutzlose Fehlschläge sehen. Zu den Determinanten des doing science gehören nicht nur Anreize durch Interessen, Machtausübung oder Ressourcenverfügbarkeit, sondern ebenso intellektuelle Einsicht und die Stellungnahme zu Geltungsansprüchen, die mit den Inhalten des Wissens einhergehen – nach dem Code von wahr und falsch.

Wenn man das Symmetrieprinzip ernst nimmt, verschenkt man wichtige Erträge der soziologischen Wissenschaftsanalyse. Deren Pointe liegt gerade darin nachzuweisen, dass und in welchem Umfang soziale Faktoren in die Erzeugung und Konsolidierung von Wissen hineinspielen, das als wahr oder gültig hochgehalten wird (dass Irrlehren und Aberglaube nach sozialer Erklärung rufen, ist ohnehin seit jeher herrschende Meinung). Allerdings thematisiert



Wolfgang van den Daele war Direktor der Abteilung Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke am WZB und ist Professor emeritus für Soziologie an der Freien Universität Berlin. daele@wzb.eu

Foto: © WZB/alle Rechte vorbehalten.

die Soziologie wie jede wissenschaftliche Disziplin nur einen Ausschnitt der komplexen Realität. Und die Gültigkeit von Wissen fällt in ihren blinden Fleck. Mit dem methodischen und begrifflichen Repertoire der Soziologie lässt sich intellektuelle Einsicht nicht erklären oder rekonstruieren. Dazu, ob das, was man zu wissen glaubt, wahr ist, kann soziologische Beobachtung und Erklärung schlicht nichts sagen. Das-

„Die Gültigkeit von Wissen fällt in den blinden Fleck der Soziologie“

selbe gilt für das Urteil darüber, ob die Grenzziehung zwischen Wissenschaft und Pseudowissenschaft, die man soziologisch als boundary work beschreiben kann, der Sache nach richtig und angemessen ist.

Es ist daher kruder, durch nichts gedeckter soziologischer Reduktionismus und ein Kategorienfehler, wenn in der empirischen Wissenschaftsforschung aus soziologischen Beobachtungen epistemologische Aussagen abgeleitet werden. Man mag, um ein prominentes Beispiel aufzugreifen, in einer Laborstudie beobachten, dass Diskussionen im Forschungsteam, ob Arbeitsergebnisse zur Veröffentlichung eingereicht werden sollen, durch ein Machtwort des Direktors beendet werden. Daraus kann man jedoch nicht folgern, dass die Einschätzung, ob eine Studie „publikationsreif“, also wahr und neu ist, im Kern eine politische Entscheidung ist.

Eine realistische Erkenntnistheorie muss konstruktivistisch sein. Die Wirklichkeit der Welt ist immer schon dadurch vorstrukturiert und gedeutet, dass sie Wirklichkeit für uns ist. Wir können nicht erkennen, wie die Welt an sich ist, also wie sie ist, wenn wir sie nicht erkennen.

„Alle Erkenntnis wird in Geschichte und Gesellschaft konstruiert“

Das Ding an sich (Kant) bleibt unerreichbar. Alle Erkenntnis wird in Geschichte und Gesellschaft konstruiert – in Bahnen, die durch unsere biologische Verfassung gelegt sind und mit den Deutungsressourcen (Kategorien, Unterscheidungen, Standards, Techniken), die im Repertoire der jeweiligen Kultur zur Verfügung stehen. Insofern führt am Konstruktivismus kein Weg vorbei. Das heißt aber nicht, dass Beliebigkeit ausbricht und alle kognitiven Katzen grau werden. Jede konstruktivistische Theorie muss die Unterscheidung zwischen Wahrheit und Irrtum in sich reproduzieren, sonst konstruiert sie schlecht. Der basale Konstruktivismus, dass alle Realität konstruiert ist, kann im pragmatischen Umgang mit Wissen und Geltungsansprüchen keine Rolle spielen – man muss ihn gewissermaßen vor die Klammer ziehen. Konzepte von Sozialkonstruktivismus, die alle epistemologischen Schranken einreißen, sind vielleicht gut fürs akademische Seminar, aber fehl am Platze im praktischen Umgang mit Erkenntnis. Wer versucht, sich in der Politik und im Alltag den Zumutungen von Wissen und der Definitionsmacht der Wissenschaft mit dem Hinweis zu entziehen, dass alle Erkenntnis doch nur soziale Konstruktion sei, die Zeitgeist atme, erliegt einer fallacy of misplaced constructivism, dem Trugschluss eines fehlgeleiteten Konstruktivismus. Er oder sie erntet absehbar Unverständnis

und Kopfschütteln. In dem von uns beobachteten Diskurs zu den Risiken transgener Nutzpflanzen tauchte ein solches Argument nie auf, obwohl Diskussionen über die Geltung und Reichweite wissenschaftlichen Wissens eine zentrale Rolle spielten.

Das fällige Kopfschütteln erntete etwa Steve Fuller, Autor und Propagandist einer vielzitierten „Social Epistemology“, der in einem der amerikanischen Prozesse um das Schulcurriculum für Biologie als neutraler Gutachter geladen war und den Kreationisten bescheinigte, dass ihre der Bibel wörtlich folgende These des intelligent design eine gleichwertige Alternative zu Darwins Theorie der Entstehung der Arten sei und zwischen beiden nach Kriterien der Wahrheit kein Unterschied zu erkennen sei. Das war selbst eingefleischten Anhängern des Symmetrieprinzips zu viel. Fuller war mit dieser Position in der akademischen Community der Social Studies of Science and Technology isoliert. Nach seiner Position hätte man letztlich auch die Behauptung von George W. Bush, die Klimaforschung sei junk science, als gleichwertige Alternative anerkennen müssen.

Die soziologische Reflexion und Kritik der Wissenschaft hat in vieler Hinsicht Licht in die sozialen Prozesse der Wissensproduktion, in die Entstehung von Wahrheitsansprüchen und in die gesellschaftliche Einbettung der Wissenschaft gebracht. Zu einer Revision des Wahrheitsverständnisses und zu einer Verabschiedung vom Konzept objektiven Wissens hat sie nicht geführt. Ansätze, die eine solche epistemologische Wende behaupten, laufen ins Leere. Die Reflexionsgewinne der soziologischen Wissenschaftsanalysen liegen nicht in der Geltungsdimension von Wissen; sie sind insofern epistemologisch harmlos. Das spricht nicht dafür, dass unsere Gesellschaft auf dem Wege zu einer Wissenskultur des Post-Truth ist. ●

Literatur

Daele, Wolfgang van den: „Objektives Wissen als politische Ressource: Experten und Gegenexperten im Diskurs“. In: Wolfgang van den Daele/Friedhelm Neidhardt (Hg.): Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren. WZB-Jahrbuch 1996. Berlin: Edition Sigma 1996, S. 297–326.

Fuller, Steve: Social Epistemology. 2. Edition. Bloomington: Indiana University Press 2002.

Knorr Cetina, Karin: Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft. 2. Edition. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002.

Täuschend wahr

Zu den Bildern dieser Ausgabe

Die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Ausgabe nähern sich der Wahrheit auf den verschiedensten Ebenen. Die Bildredaktion nicht: Die lügt wie gedruckt. Alle Bilder in dieser Ausgabe sind Mach-Werke – hergestellt mithilfe der künstlich intelligenten Bildgeneratoren DALL-E 2 und Midjourney. Ein Einblick in die Werkstatt.

Gesine Born und Pavel Nekoranec

Künstliche Intelligenz (KI) ist weder intelligent noch kreativ. Sie ist wie ein Taschenspielertrick: Sie verzaubert die Betrachterin und lässt das mystische Gefühl zurück, man habe gerade ein Wunder gesehen. Aber die Bilder dieser Ausgabe sind keine zufälligen Ergebnisse flüchtiger Spielereien. Sie sind durch einen langwierigen Prozess aus Interpretationen eines Themas mit unterschiedlichen Visualisierungsstilen, mehreren Redaktionsrunden und Diskussionen gegangen, bevor wir uns für sie entschieden haben.

Wir wollen Einblicke in diesen Prozess erlauben. Deshalb geben wir bei den Bildunterschriften die Eingaben wieder, die wir der Software gemacht haben. Diese kurzen englischen Texte, sogenannte „Prompts“, braucht die KI, um Motive zu entwerfen. Außerdem nennen wir den jeweils benutzten Bildgenerator und schreiben dazu, wer von uns an dem Bild gearbeitet hat. Das soll unser Arbeiten transparent machen, Sie aber auch animieren und inspirieren, selbst Ideen umzusetzen.

Mit den Grenzen der neuen Technik spielt die gegenüberliegende Seite. Mit einigen Motiven wollen wir zeigen, dass beim künstlichen Generieren von Bildern vielfältige Fehler entstehen. Gerade mit fotorealistischen Porträts, be-

sonders bei der Darstellung von Händen und Fingern, haben die Maschinen Schwierigkeiten.

KI-Bilder werden uns zukünftig begleiten. Sie haben ein großartiges Potenzial zur skizzenhaften Visualisierung von Ideen. Werden sie Fotografen, Illustratorinnen oder Grafiker ersetzen? Diese Sorge ist oft zu hören, aber wir teilen sie nicht. Es wird immer kreative Menschen brauchen, die durch ihre Empathie, ihren individuellen Zugang zu einem Thema und ihren Stil jedes Mal wirklich neue Werke erschaffen.

Gesine Born arbeitet als Filmmacherin und Fotografin für wissenschaftliche Institute und kuratiert die Bildauswahl der WZB-Mitteilungen. Mit einem Team aus verschiedenen Expert*innen hat sie das „Bilderinstitut“ gegründet. Für diese Ausgabe wollte sie unbedingt mit Pavel Nekoranec arbeiten, weil sie seinen zugleich kreativen wie besonnenen Umgang mit dem neuen Medium überaus schätzt. photo@gesine-born.de

Pavel Nekoranec ist digitaler Ethnograf und Creative Director bei der Digitalagentur Lucid. Berlin. Angetrieben von Neugier, Kreativität und aktuellen Herausforderungen liebt er es, die digitale Welt durch die Brille der Sozialethnografie zu erkunden. pavel.nekoranec@lucid.berlin



Skeptisches Sehen

KI-generierte Bilder fordern unser Verhältnis zur Wahrheit heraus

Mittels Künstlicher Intelligenz erzeugte Fotos und Videos werden zunehmend als Bedrohung für Individuen und demokratische Systeme wahrgenommen. Sie nähren den Verdacht, dass echt aussehendes Bildmaterial gefälscht sein könnte – oder aber für falsch gehaltenes echt. Trotzdem führen sie nicht unvermeidlich in eine postfaktische Gesellschaft, in der Wahrheit und Lüge ununterscheidbar werden.

Florian Irgmaier und Florian Eyert

Wie der Technikphilosoph Andreas Kaminski gezeigt hat, muss eine Technologie noch nicht flächendeckend zum Einsatz kommen, um gesellschaftlich wirksam zu werden. Bereits das Wissen um ihre Funktionsweise und die Erwartung ihrer Effekte können politisch, rechtlich, wirtschaftlich oder anderweitig einen Unterschied machen. Beobachten kann man das aktuell an Verfahren zur Bearbeitung und Erzeugung von Bildmaterial, die auf Künstlicher Intelligenz beruhen.

Jüngere Technologien in diesem Bereich machen es möglich, Fotos und Videos herzustellen, die auf den ersten Blick wie wirklichkeitsgetreue Aufnahmen erscheinen – von „Deepfakes“ ist dann oft die Rede, die wissenschaftliche Literatur spricht, weniger wertend, von „synthetischen Medien“. Mit der zunehmenden Verbreitung dieser Verfahren gewinnt die Erwartung an Plausibilität, dass gefälschtes Bildmaterial als echt und echtes als gefälscht ausgegeben werden kann. Dies verunsichert, wie auch die mediale und wissenschaftliche Diskussion zeigt, das gesellschaftliche Vertrauen in Fotos und Videos als Mittel der neutralen Abbildung der Wirklichkeit. Im Folgenden beleuchten wir aus einer wissenssoziologischen Perspektive, woher

diese Verunsicherung rührt und wie Gesellschaften darauf reagieren.

Der Erfolg KI-gestützter synthetischer Medien beruht auf sogenannten künstlichen neuronalen Netzwerken, die mit großen Mengen von Bild- oder Videomaterial versorgt werden, an die sich die Parameter des Netzwerks anpassen. Sie erlauben es, komplexe Regelmäßigkeiten in diesen Daten zu identifizieren und so beispielsweise Kerneigenschaften dessen zu isolieren, was ein menschliches Gesicht ausmacht. Auf dieser Basis können dann Netzwerkarchitekturen konstruiert werden, die nicht nur Gesichter erkennen, sondern auch neue generieren. Autoencoder etwa reduzieren ein Bild auf seine Kernmerkmale und rekonstruieren aus diesen mit einem Decoder wieder das ursprüngliche Bild. Codiert man das Gesicht einer Person und verwendet bei der Rekonstruktion den Decoder einer anderen Person, ergibt sich ein sogenannter „Face Swap“. Eine weitere Architektur sind Generative Adversarial Networks (GAN), bei denen ein erstes Netzwerk Bilder generiert, die ein zweites Netzwerk dann als echt oder falsch einzustufen versucht. Durch mehrfaches Wiederholen dieses Prozesses „lernt“ das erste Netzwerk, immer echter wirkende Bilder oder Videos her-

zustellen – so etwa die Gesichter auf der Website thispersondoesnotexist.com. An Popularität gewinnen derzeit Diffusionsmodelle, die zunächst lernen, zufälliges Rauschen aus Bildern zu entfernen, und dann genutzt werden können, um auch aus künstlich generiertem Rauschen realistische Bilder zu erzeugen. Anwendungen wie Midjourney, Stable Diffusion oder DALL•E 2 sind zudem in der Lage, eine Sequenz von beschreibenden Worten in ein Bild zu verwandeln, also gewissermaßen die Strategie des automatisierten Erstellens einer Bildbeschreibung umzudrehen.

Auf die so generierten Bilder und Videos reagieren einzelne Gesellschaftsbereiche unterschiedlich. In der Kunst beispielsweise entstehen neue Ausdrucksmöglichkeiten, aber auch neue Konflikte um Urhebererschaft und Vorstellungen von künstlerischem Schaffen. Im Bildungssektor ergeben sich neuartige Lehrformate, etwa durch künstlich generierte Videos historischer Persönlichkeiten. Wir interessieren uns hier jedoch für die Bedeutung synthetischer Medien für die Felder, in denen Wahrheitsfragen verhandelt werden, und dabei vor allem für die politische Öffentlichkeit.

Traditionell fungieren Fotos und Videos für die Öffentlichkeit als Mittel zur Herstellung von Konsens über Tatsachen. Mit ihnen kann man die Behauptung, dass etwas geschehen ist, gegenüber jenen stützen, die nicht dabei waren. Erst hinreichendes Einvernehmen über das, was der Fall ist, ermöglicht koordiniertes Han-

„Erst hinreichendes Einvernehmen über das, was der Fall ist, ermöglicht koordiniertes Handeln“

deln: Dass Menschen gemeinsam auf Kriegsverbrechen, Polizeigewalt oder Umweltkatastrophen reagieren können, die sie nicht mit eigenen Augen beobachtet haben, beruht nicht unwesentlich auf der bildlichen Dokumentation dieser Ereignisse. Wer die Wahrhaftigkeit der Bilder abstreitet, muss überzeugende Gründe vorbringen können oder riskiert, aus dem Kreis der ernst zu nehmenden Diskursteilnehmer*innen ausgeschlossen zu werden.

Der Vertrauensvorschuss für das statische oder bewegte fotografische Bild stützt sich auf die



Florian Irgmaier ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Forschungsgruppen Politik der Digitalisierung am WZB und Technik, Macht und Herrschaft am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. In seiner Dissertation untersucht er den Einfluss von Wissenschaft und Technik auf Vorstellungen des Möglichen und Machbaren und deren normative Implikationen.

florian.irgmaier@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

wahrgenommene Passivität des Mediums, die eine unverfälschte Wiedergabe der Wirklichkeit verspricht. Auch ohne ausgeprägtes technisches Verständnis weiß man, dass Fotos und Videos das Resultat eines Prozesses sind, bei dem sich ein optisches Geschehen einem hochempfindlichen Medium einprägt – sei es ein chemisch präparierter Film, sei es, vermittelt über einen Bildsensor, ein digitaler Datenspeicher. Was das Medium festhält, sobald der Auslöser betätigt wird, ist unabhängig vom Willen der Beteiligten. Wer sich jemals eines unvoreilhaften Gesichtsausdrucks auf einem Gruppenbild geschämt hat, weiß das nur zu gut. Deshalb kann man davon ausgehen, dass Fotos und Videos in etwa das zeigen, was man mit eigenen Augen hätte sehen können, wäre man zum entsprechenden Zeitpunkt am selben Ort gewesen. Wie die Wissenschaftshistoriker*innen Lorraine Daston und Peter Galison zeigen, hat gerade diese unterstellte Passivität der Fotografie seit dem 19. Jahrhundert zu ihrem besonderen Stellenwert als Medium der Darstellung wissenschaftlicher Gegenstände verholfen. So konnte das Foto zum Archetyp „mechanischer Objektivität“ werden. Damit meinen Daston und Galison die historisch keineswegs konkurrenzlose Vorstellung, dass sich wahre Beobachtungen am besten durch größtmögliche Ausschaltung der Beobachtenden, ihres Willens und ihrer Vorannahmen erzeugen lassen. Standardisierte, insbesondere maschi-



Florian Eyert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Forschungsgruppen Politik der Digitalisierung am WZB und Technik, Macht und Herrschaft am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. In seiner Dissertation untersucht er die Rolle von Computermodellen in politischen Prozessen und die Praktiken ihrer Gestaltung.
florian.eyert@wzb.eu

Foto: © WZB/Thu-Ha Nguyen, alle Rechte vorbehalten.

nelle Verfahren gelten dafür als besonders geeignet. Solange Foto und Video im Sinne dieses Paradigmas plausibel versprechen, das tatsächlich Geschehene unverzerrt wiederzugeben, fungieren sie wissenschaftlich wie außerwissenschaftlich als neutrale Instanzen zur Entscheidung von Wahrheitsfragen, etwa über Geschwindigkeitsübertretungen oder Fouls im Sport.

Da Fotos und Videos ihre Glaubwürdigkeit aus der erwarteten Passivität des Mediums beziehen, lassen sie sich am einfachsten durch den Vorwurf in Zweifel ziehen, es sei verborgene Aktivität im Spiel: Man unterstellt einen Unterschied zwischen dem, was wirklich passiert ist, und dem, was das Foto oder Video zeigt, und führt ihn auf das aktive Eingreifen irgendeiner Instanz, einen intervenierenden Willen, zurück. Dieser Zweifel ist so alt wie die Fotografie selbst. Daston und Galison weisen darauf hin, dass die Manipulierbarkeit von Fotos schon im 19. Jahrhundert weithin bekannt war.

Die Plausibilität eines konkreten Fälschungsverdachts hängt auch von den Erwartungen des Publikums über die Leistungsfähigkeit aktueller Bildbearbeitungstechniken ab. Was die durchschnittlich informierte Bürgerin für technisch machbar hält, wird zum einen durch Massen- und soziale Medien beeinflusst, die über Fälschungen und die Verfahren ihrer Herstellung berichten. Dass sich nicht nur Fotos, sondern

auch Videos immer einfacher nachahmen lassen, konnte die Öffentlichkeit etwa an dem im März 2022 verbreiteten, noch deutlich als Fälschung erkennbaren Video beobachten, in dem ein vermeintlicher ukrainischer Präsident Selenskyj seine Landsleute zur Kapitulation auffordert. Zum anderen prägen eigene Erfahrungen im Umgang mit Technik die Vorstellungen des Machbaren. Bereits das Herumspielen mit Smartphone-Apps, die ein fotografiertes Gesicht auf einen anderen Kopf übertragen, oder mit Websites, die aus Worten Bilder generieren, macht die Leistungsfähigkeit gegenwärtiger Techniken der Bilderzeugung erlebbar.

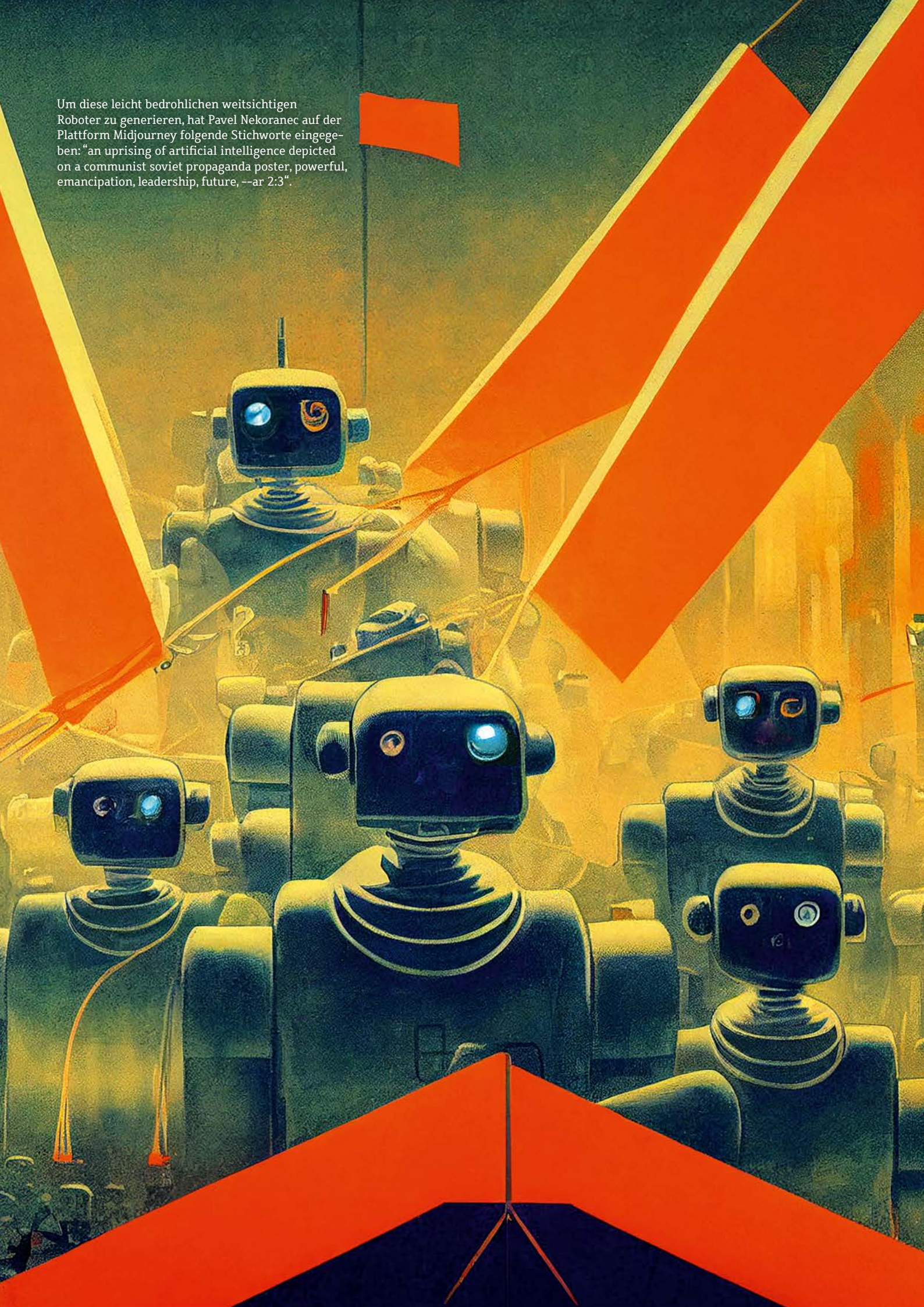
Die Erwartung, dass im Prinzip jedes Foto und jedes Video gefälscht sein könnte, schwächt deren Gewicht als Mittel zur Herstellung von Konsens über Tatsachen. Sie erleichtert es Diskursteilnehmer*innen, eine missliebige, aber fotografisch belegte Tatsachenbehauptung anzuzweifeln, ohne sich damit völlig zu disqualifizieren. Das macht es bei politischen Auseinandersetzungen schwieriger, die Beteiligten auf eine geteilte Faktenbasis zu verpflichten. Ohne wenigstens relative Einigkeit über die Wirklichkeit werden Kompromisse über den Umgang mit ihr jedoch zunehmend unwahrscheinlich. Auch wenn die Zahl glaubwürdiger Deepfakes gering sein mag, können gesellschaftliche Verständigungsprozesse also bereits durch den Verdacht gestört werden, dass, was wie ein Abdruck der Wirklichkeit in einem passiven Medium aussieht, auch das Produkt aktiven Eingreifens sein könnte.

Daher ist es kein Wunder, dass die Fortschritte der bildgenerierenden Verfahren in den vergangenen Jahren vor allem Sorgen ausgelöst haben. Berechtigterweise werden Gefahren für

„Auf die Erwartbarkeit von Deepfakes wird mit der Schulung des eigenen Blicks reagiert“

Individuen und Demokratien befürchtet. Demgegenüber möchten wir den Blick auf die sich herausbildenden Formen des Umgangs mit dieser neuen Situation lenken, die wir unter dem Stichwort des skeptischen Sehens beschreiben wollen. Wird ein Medium, das früher durch seine schiere physische Existenz überzeugte, von der Möglichkeit eingeholt, beliebige Inhalte in

Um diese leicht bedrohlichen weitsichtigen Roboter zu generieren, hat Pavel Nekoranec auf der Plattform Midjourney folgende Stichworte eingegeben: "an uprising of artificial intelligence depicted on a communist soviet propaganda poster, powerful, emancipation, leadership, future, --ar 2:3".



ihm zu formen, kommt es zur Problematisierung bisher unhinterfragten Vertrauens. In der Folge lässt sich auf verschiedenen Ebenen beobachten, wie neue, skeptischere Weisen des Sehens eingeübt werden. Zunächst einmal beginnen viele Menschen, Bildmaterial mit dem prinzipiellen Verdacht der Gefälschtheit zu begegnen, nach erkennbaren Hinweisen auf aktives Eingreifen zu suchen und nach der Plausibilität des Gezeigten zu fragen. Auf die Erwartbarkeit von Deepfakes wird mit der Schulung des eigenen Blicks reagiert. In diesem Lernprozess spielen auch Organisationen eine wichtige Rolle. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik etwa gibt konkrete Hinweise zur Überprüfung bildlicher Quellen und empfiehlt beispielsweise, nach verwaschenen Konturen oder unplausibler Belichtung Ausschau zu halten. Auch an Schulen wird derartige Wissen zunehmend vermittelt, unterstützt von Einrichtungen wie der Bundeszentrale für politische Bildung. Darüber hinaus arbeiten verschiedene Unternehmen der Digitalwirtschaft an der technischen Einbettung eines solchen skeptischen Sehens in ihre Produkte. Auf den Plattformen der sozialen Medien etwa sollen gefälschte Bilder mithilfe Künstlicher Intelligenz automatisiert erkannt und gegebenenfalls gekennzeichnet oder entfernt werden. Auch in der Medienforensik entwickelt sich die Erkennung von Deepfakes zu einem wichtigen Feld, und zivilgesellschaftliche Organisationen wie Mimikama und Volksverpetzer sowie verschiedene Unternehmen beteiligen sich an der Aufklärung über und der Identifikation von Deepfakes. Schließlich werden gesetzliche Maßnahmen, wie eine Pflicht zur Kennzeichnung KI-generierter Bilder, verhandelt.

Bilder büßen also einen Teil des Vertrauensvorschlusses ein, den das Versprechen mecha-

nischer Objektivität ihnen verschafft hatte. Zugleich bilden sich aber gesellschaftliche Institutionen heraus, die diesen Verlust zu kompensieren versuchen. Bei der Beurteilung von Wahrheit und Falschheit vollzieht sich gewissermaßen eine Gewichtsverschiebung von der Sach- in die Sozialdimension. Wie diese konkret aussehen wird, ist noch unklar, aber sicherlich werden Vertrauensbeziehungen eine wichtige Rolle spielen: Die Glaubwürdigkeit der das Bildmedium präsentierenden oder seine Wahrheit verbürgenden Person oder Organisation rückt in den Fokus. Allgemeinen Konsens über Tatsachen wird freilich auch diese Gewichtsverschiebung nicht stiften können. Denn der Vorwurf strategischer Selektivität – jemand stütze sich nur auf das, was eigenen Interessen dient – lässt sich nicht nur gegen vorgebrachtes Bildmaterial richten, sondern auch gegen Institutionen des skeptischen Sehens. Das Ringen um die Grenze zwischen wahr und falsch wird also weitergehen.

Die Diagnose einer postfaktischen Gesellschaft ist weit verbreitet – greift aber zu kurz. Dagegen lenkt eine Perspektive, die auf die Institutionen des skeptischen Sehens abzielt, den Blick auf die Formenvielfalt und Gestaltbarkeit des Umgangs mit Technik. Diese komplexere Betrachtungsweise berücksichtigt, dass die Ermittlung von Wahrheit schon immer ein gesellschaftlicher Prozess war und durch Erwartungen über Technologien und durch organisationale Umgänge mit ihnen geprägt wurde. Diese unausgesprochenen Voraussetzungen geraten jetzt in den Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Wie die darauf reagierenden sozialen Formen künftig aussehen und gesellschaftlich strukturiert werden, wird in den kommenden Jahren zu beobachten – und mitzugestalten – sein. ●

Literatur

Chesney, Bobby/Citron, Danielle: „Deep Fakes: A Looming Challenge for Privacy, Democracy, and National Security“. In: California Law Review, 2019, Jg. 107, S. 1753-1819.

Daston, Lorraine/Galison, Peter: Objektivität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2007.

Heider, Fritz: Ding und Medium. Neuedition mit Vorwort von Dirk Baecker. Berlin: Kadmos 2005 [1926].

Kaminski, Andreas: Technik als Erwartung: Grundzüge einer allgemeinen Technikphilosophie. Bielefeld: transcript 2010.

Pawelec, Maria: „Deepfakes als Chance für die Demokratie?“. In: Alexander Bogner/Michael Decker/Michael Nentwich/Constanze Scherz (Hg.): Digitalisierung und die Zukunft der Demokratie: Beiträge aus der Technikfolgenabschätzung. Baden-Baden: Nomos, 2022, S. 89-101.

Qualitätsfaktor Forschungsethik

Ethische Reflexion schränkt Wissenschaft nicht (nur) ein, sondern hilft, sie zu verbessern

Wissenschaftsfreiheit kann an Grenzen stoßen, wenn mit der Forschung Risiken für beteiligte Personen, die Umwelt oder die Gesellschaft verbunden sind oder die Rechte Beteiligter berührt werden. Ethikkommissionen bewerten solche Risiken und versuchen, diese zu minimieren. Katrin Schaar, Referentin beim Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), argumentiert, dass Forschungsethik Wissenschaft nicht nur einschränkt, sondern zur Qualität der Ergebnisse beiträgt.

Katrin Schaar

Forschung sollte ethisch vertretbar sein und möglichst keinen Schaden anrichten – weder bei Teilnehmenden oder Forschenden noch bei Umwelt oder Gesellschaft. Das Bewusstsein für diese Verantwortung nimmt in den letzten Jahren zu. Nationale und europäische Förderprogramme schreiben mittlerweile vor, dass Forschungsvorhaben entsprechende Begutachtungsprozesse nachweisen können, beispielsweise in Gestalt von Voten durch Ethikkommissionen oder der Dokumentation eines Self-Assessment-Verfahrens. Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hat bereits 2017 Empfehlungen für Begutachtungsverfahren in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften herausgegeben, wie solche Verfahren in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften konzipiert und ausgeweitet werden können. Diese Ausweitung des Erfordernisses, Forschung vorab ausführlich und nach festgelegten Verfahren beurteilen zu lassen, eröffnet ein gewisses Spannungsfeld zwischen Forschungsfreiheit und wissenschaftlicher „Wahrheitssuche“ auf der einen Seite und

deren möglicher Einschränkung durch externe Anforderungen auf der anderen. Doch das muss nicht von Nachteil sein: Vielleicht hilft die forschungsethische Reflexion auch dabei, die Qualität von Forschung zu verbessern.

Wissenschaft hat den Anspruch, wahre Aussagen zu treffen. Sie kann dabei nicht von der Endgültigkeit ihres Erklärungsansatzes ausgehen, sondern nähert sich der Wahrheit an. An die Stelle eines unerfüllbaren Gewissheitsideals ist, so schreibt der Philosoph Andreas Bartels, ein Objektivitätsideal getreten: Man versuche, die Aussagen von zu starken subjektiven Anteilen zu bereinigen. Das Objektivitätsideal schließe den Zweifel mit ein, beanspruche also nicht, generelle und unumstößliche Wahrheiten zu verkünden. Da die Objektivierung sich aber an nachvollziehbaren Kriterien und Verfahren orientiert, sind die Näherungen genauer als bloße „Meinungen“. Diese Kriterien spielen also eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht, Wissen zu verbessern und sich der Wahrheit systematisch anzunähern. Solche Verfahren schließen

beispielsweise Aussagen aus, die sich widerlegen lassen, zum Beispiel durch Experimente, durch die Untersuchung von Kontrollgruppen, die Bestätigung von Gegenthesen oder das Aufdecken von Scheinkorrelationen. Andere Formen der Objektivierung versuchen die Standpunktgebundenheit von Forschung weitgehend zu überwinden oder doch zumindest Wertorientierungen offenzulegen. Diese in der Tradition der Aufklärung stehende Suche nach Erkenntnis und Wahrheit der Wissenschaft wird durch das Grundgesetz (Artikel 5) und die Grundrechte-Charta der Europäischen Union (Artikel 13) als Forschungsfreiheit beziehungsweise Achtung der akademischen Freiheit geschützt.

Wie weit aber darf Forschung bei der Wahl des Erkenntnisgegenstands und der Methoden gehen? Diese Frage stellt die Forschungsethik. In Reaktion auf die abscheulichen Versuche an Menschen durch die Nationalsozialisten gab zunächst der durch den amerikanischen Militärgerichtshof 1947 erlassene Nürnberger Kodex vor, dass medizinische Versuche an Menschen künftig nur mit deren aufgeklärter Einwilligung zulässig seien. Anschließend daran wurden in der medizinischen Forschung 1964 mit der Deklaration von Helsinki und später in zahlreichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen wie der Psychologie, der Soziologie oder den Kulturwissenschaften forschungsethische Leitlinien formuliert, die zum Ziel haben, durch Forschungsvorhaben verursachte Schäden für Forschungsbeteiligte, das heißt für Teilnehmende, Forschende selbst, aber auch für Tiere, Kulturgüter, die Umwelt oder die Gesellschaft als Ganzes auszuschließen oder zumindest zu minimieren. So müssen Teilnehmende an Studien in der Regel ausführlich über die Ziele und Fragestellungen eines Forschungsvorhabens aufgeklärt werden, die Teilnahme muss freiwillig sein, und es muss die Möglichkeit bestehen, die Teilnahme vorzeitig zu beenden – hier überschneiden sich Forschungsethik und Datenschutzrecht. Es liegt damit in der Autonomie der Teilnehmenden, ob sie bei einer Studie mitmachen möchten oder nicht. Täuschungen in Experimenten sind nur in Ausnahmefällen gerechtfertigt.

Die ausführliche Aufklärung wirft aber auch Fragen und Probleme für die Erkenntnissuche auf: Die Bereitschaft zur Teilnahme kann sinken, und es ist auch nicht ganz klar, wie mit neuen Fragestellungen umgegangen werden soll, die auf der Grundlage bestehender Daten beantwortet oder bei denen Daten aus ver-



Katrin Schaar ist wissenschaftliche Referentin beim Rat für Sozial und Wirtschaftsdaten (RatSWD) und koordiniert die Arbeitsgruppe Forschungsethik des Rates. Das WZB ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte des RatSWD beauftragt. katrin.schaar@ratswd.de

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

schiedenen Studien miteinander verknüpft werden sollen. Ethische Fragen können in den verschiedenen Phasen des Forschungsprozesses eine Rolle spielen: bei der Vorbereitung von Studien (zum Beispiel im Hinblick auf die vollständige Information der Teilnehmenden und bei der Kommunikation von Risiken), beim Werben um die Teilnahme an Studien (beispielsweise wenn Menschen digital, also über soziale Netzwerke geworben werden), ebenso wie bei der Datenerhebung und Auswertung ohne Wissen der Beteiligten (zum Beispiel durch Auswertung von Chats oder bei anonym teilnehmender Beobachtung). Und auch die Archivierung und Nachnutzung von Forschungsdaten bis hin zur Publikation von Ergebnissen bergen Herausforderungen (so muss etwa bedacht werden, welche Auswirkungen eine Veröffentlichung auf eine bestimmte Personengruppe haben kann).

Doch ist auch die Beurteilung dessen, was überhaupt ein Schaden ist und wie Risiken bewertet werden, nicht eindeutig. So kann die Arbeit an pathogenen Mikroorganismen der Gesundheitsforschung dienen oder der Weiterentwicklung von Angriffswaffen – Stichwort „dual use“. Sozialwissenschaftliche Studien können zum Abbau von Arbeitsplätzen beitragen oder dabei helfen, öffentliche Mittel effizienter einzusetzen. Kooperationsbeziehungen mit chinesischen oder russischen Forschungseinrichtungen können zu Sicherheitsrisiken führen oder zum Austausch und zur Erweiterung von Erkenntnis.

Auf Daten basierend, die Gesellschaft im Blick: sozialwissenschaftliche Forschung, ins Bild gesetzt mit einer unser Covermotiv umspielenden Variante (Pavel Nekoranec mit Midjourney: "female researcher balancing on the top of books and research papers, depicted as Wanderer above the Sea of Fog by Caspar David Friedrich, overlooking megapolis full of majestic structures symbolizing the society, hyperrealistic, photorealistic, volumetric light -ar 16:9 —test -upbeat").



Die Bewertung dieser Risiken liegt, so stellt der Philosoph Andreas Bartels fest, außerhalb des eigentlichen wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses und orientiert sich an Werturteilen und allgemeinen ethischen Maßstäben. In bestimmten Fällen kann die Forschungsfreiheit anhand dieser Maßstäbe eingeschränkt werden oder zumindest eine Modifikation des Vorgehens erforderlich machen, um Risiken zu minimieren. Doch wer beurteilt, was ein Schaden ist und wie und ob Abhilfe geschaffen werden kann? Während teilweise eine forschungsethische Selbstprüfung ausreicht, wird es in anderen Fällen für erforderlich erachtet, dass geplante Forschungsvorhaben in einer Ethikkommission geprüft werden. Solche Kommissionen sind teilweise an den eigenen Forschungsinstitutionen fachspezifisch oder übergreifend oder auch bei den Fachgesellschaften angesiedelt. In der medizinischen und psychologischen Forschung sind solche institutionalisierten Kommissionen schon lange etabliert, in den Sozial-, Kultur- und Wirtschaftswissenschaften sind sie zunehmend im Entstehen. Da jedoch disziplin- und methodenspezifisch und auch bezogen auf konkrete Forschungsprojekte stets unterschiedliche Abwägungen getroffen werden müssen, gibt es nur wenige allgemeingültige

standardisierte Verfahren. Auch die Zusammensetzung von Ethikkommissionen variiert: Es können ausschließlich Mitglieder eines Instituts vertreten sein oder auch per Satzung zusätzlich Datenschutzbeauftragte und Mitglieder mit ausgewiesener juristischer oder philosophisch/ethischer Expertise. Der Anspruch der Ethikkommission liegt dabei, so formuliert es der Jurist Florian Wölk, zwischen unverbindlicher Beratung und Reflexion eines Forschungsvorhabens und einer „verbindlichen Überprüfung der rechtlichen Zulässigkeit“ zum Beispiel von medizinischen Studien. Alle Ethikkommissionen eint, dass sie ethische Fragen im Hinblick auf ein Forschungsvorhaben diskursiv reflektieren und beantworten.

Obwohl sich die Arbeit von Ethikkommissionen an allgemeinen ethischen Leitsätzen und disziplinspezifischen Ethikleitlinien orientiert, können Kommissionen durchaus zu unterschiedlichen Schlüssen kommen, wie verfahren werden sollte. Das ist einerseits positiv, weil so die spezifischen Fragestellungen inklusive des methodischen Vorgehens genauer betrachtet und Möglichkeiten der Risikominimierung diskursiv auch mit den Forschenden erörtert werden können. Andererseits kann es auch als unbefriedi-

gend angesehen werden, dass es von der Wahl der Ethikkommission abhängen kann, ob Auflagen gemacht werden oder ob ein Forschungsvorhaben sogar überhaupt nicht durchgeführt werden kann. Eigentlich müsste also auch die Richtigkeit der Entscheidung über forschungsethische Fragestellungen in den Blick genommen und die Entscheidungen analog der oben beschriebenen Verfahren der Objektivierung transparent und nachvollziehbar gemacht werden. Hierzu wäre – gerade auch was die Verwendung neuer Forschungsmethoden betrifft – ein intensiver Austausch zwischen verschiedenen Ethikkommissionen wichtig. Genau hierfür hat der RatSWD in seinen bereits erwähnten Empfehlungen zur Forschungsethik für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften die Einrichtung eines „Forums Forschungsethik“ angeregt. Doch um ein solches Forum zu etablieren, bedarf es einer Infrastruktur, die koordiniert und finanziert werden muss. Aktuell suchen die Arbeitsgruppe Forschungsethik des RatSWD und das WZB nach Möglichkeiten der Initialisierung eines solchen Forums, in dem ein Austausch über Fragen der Forschungsethik stattfinden kann. Ein solches Forum könnte eine Blaupause für die Einrichtung auch disziplinübergreifender Foren zur Forschungsethik werden. Transparente und standpunktübergreifende Reflexionen helfen dabei, Verfahren und Entscheidungen zu präzisieren und – wie in der Wissenschaft üblich – der Diskussion und Kritik zugänglich zu machen. Forschungsethische Fragen sind bereits jetzt Teil guter wissenschaftlicher Praxis. Die Deutsche

Forschungsgesellschaft etwa schreibt 2019 in ihren „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“: „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen mit der verfassungsrechtlich gewährten Forschungsfreiheit verantwortungsvoll um. Sie berücksichtigen Rechte und Pflichten (...) [Dritter] und holen, sofern erforderlich, Genehmigungen und Ethikvoten ein und legen diese vor. Im Hinblick auf Forschungsvorhaben sollten eine gründliche Abschätzung der Forschungsfolgen und die Beurteilung der jeweiligen ethischen Aspekte erfolgen.“ Ziel der forschungsethischen Reflexion ist es, Forschung zu ermöglichen und sie so auszugestalten, dass mögliche Auswirkungen ethisch verantwortet werden können. Indem Beteiligte aufgeklärt werden und mögliche Auswirkungen auf die beteiligten Personen, Gruppen, die Gesellschaft oder die belebte oder unbelebte Umwelt vorab geprüft werden, können Risiken durch geeignete Maßnahmen minimiert werden. Dies kann die gesellschaftliche Akzeptanz von Forschung erhöhen und dazu beitragen, dass überhaupt geforscht werden kann. Nicht zuletzt kann hierdurch auch die Güte wissenschaftlicher Forschung selbst profitieren: Denn wenn das geplante Vorgehen inklusive getroffener Abwägungen offen kommuniziert und dokumentiert wird, führt das nebenbei zu nachvollziehbarer und reflektierterer Forschung, was wiederum ein Gütekriterium und best practice von Wissenschaft ist. Forschungsethik kann damit auch zu einem höheren qualitativen Niveau von Forschung beitragen. ●

Literatur

Materialien zum Thema Forschungsethik finden sich hier auf der Website des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten: <https://www.konsortswd.de/ratswd/themen/forschungsethik>

Bartels, Andreas: Wissenschaft. Reihe Grundthemen Philosophie. Berlin: De Gruyter 2021.
DOI: 10.1515/9783110651607.

Bischof, Susann/Lengerer, Franziska/Meyer, Frank: „Interaktionsspuren im digitalen Raum: Zum Spannungsfeld von Öffentlichkeit und Anonymität in qualitativen Forschungsprozessen“. In: Forum: Qualitative Social Research, 2022, Jg. 23, H. 3, Art. 9. DOI: 10.17169/fqs-23.3.3893.

Schaar, Katrin: Die informierte Einwilligung als Voraussetzung für die (Nach-)nutzung von Forschungsdaten. Beitrag zur Standardisierung von Einwilligungserklärungen im Forschungsbereich unter Einbeziehung der Vorgaben der DS-GVO und Ethikvorgaben. RatSWD Working Paper 264. Berlin: Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) 2017.
DOI: 10.17620/02671.12.

Unger, Hella von/Narimani, Petra/M'Bayo, Rosaline (Hg.): Forschungsethik in der qualitativen Forschung: Reflexivität, Perspektiven, Positionen. Wiesbaden: Springer 2014.
DOI: 10.1007/978-3-658-04289-9.

Wölk, Florian: „Zwischen ethischer Beratung und rechtlicher Kontrolle – Aufgaben- und Funktionswandel der Ethik-Kommissionen in der medizinischen Forschung am Menschen“. In: Ethik in der Medizin, 2002, Jg. 14, H. 4, S. 252-269. DOI: 10.1007/s00481-002-0190-5.

Angst, Interessen und Moral

In der ökonomischen Theorie geht es öfter um die Wahrheit, als wir wahrhaben wollen

Vieles wäre einfacher, wenn immer klar wäre, was wahr ist. Die Unsicherheit darüber, was der Fall ist, muss konstruktiv bearbeitet werden, wenn soziales Miteinander gelingen soll. So hat die Wahrheitsfrage für Sozialwissenschaften und Verhaltensökonomie ganz praktische Relevanz.

Steffen Huck

Da für, dass Jemand die Wahrheit über Etwas kennt, braucht es dreierlei. Zunächst einmal ein Etwas, das im Prinzip auf verschiedene Weise beschaffen sein kann, denn ohne die Möglichkeit des Falschen ist der Begriff der Wahrheit überflüssig. Um über Wahrheit reden zu können, benötigen wir also ein Etwas, das auf eine gewisse Weise beschaffen ist, aber auch anders beschaffen sein könnte. Der Zustand der Unsicherheit muss denkbar sein, sonst erübrigt sich das Thema. Die Konfrontation mit der Unsicherheit (über die Beschaffenheit des Etwas) führt unmittelbar zur zweiten Voraussetzung der Wahrheitskenntnis: dem sicheren Glauben. Da das Etwas verschieden beschaffen sein kann, muss Jemand, dessen möglichen Zugang zur Wahrheit wir betrachten, grundsätzlich an verschiedene Konstellationen glauben können. Hier spiegelt sich die Unsicherheit über das Etwas: Glaubt Jemand stets dasselbe, erübrigt sich der Wahrheitsbegriff erneut. Der sichere Glaube darf mithin nicht a priori gegeben sein. Selbst wenn er richtig ist, also beinhaltet, dass das Etwas so beschaffen ist, wie es wirklich ist, lässt sich nicht davon reden, dass Jemand die Wahrheit kennt. Er glaubt nur zufällig das Richtige. Wäre

das Etwas anders beschaffen (was es schließlich sein kann), glaubte er noch dasselbe. Er erkennt die Wahrheit mithin nicht, was uns zur dritten Voraussetzung der Wahrheitskenntnis bringt: Sie muss auf Information (statt reinem Glauben) basieren, auf einer Offenbarung, so Gott will, ohne die Zweifel bleiben muss.

Jemand, der verschiedene Möglichkeiten sieht, aber Informationen sammeln kann, die ihm helfen, seinen Glauben zu schärfen: Diese kanonische Situation liegt im Herzen der modernen

„Die ökonomische Theorie zeigt die Fallstricke und mitunter Abgründe auf, die sich ergeben, wenn es in unserem Miteinander um die Wahrheit geht“

ökonomischen Theorie. Diese zeigt die Fallstricke und mitunter Abgründe auf, die sich ergeben, wenn es in unserem Miteinander um die



Steffen Huck ist Direktor der Abteilung Ökonomik des Wandels am WZB und Professor für Ökonomie am University College London.
steffen.huck@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Wahrheit geht. Dass unser Wohlergehen nicht immer nur von unserem eigenen Tun abhängt, sondern auch vom Verhalten anderer, verkompliziert den Umgang mit der Wahrheit, zumal andere manchmal bessere oder manchmal auch weniger gute Informationen haben als wir.

Forschung entlang dieser Linien hat in den letzten beiden Dekaden etwa jeden dritten Nobelpreis in den Wirtschaftswissenschaften gewonnen. Die Fragen, die sich die Ausgezeichneten gestellt haben, zeigen die praktische Relevanz des Wahrheitsbegriffs für die Sozialwissenschaften: Warum studieren wir? Wie verkaufen wir ein gebrauchtes Auto? Wie finanzieren wir Brücken und Schulen? Wie versichern wir uns am besten? Wann benötigen wir unsere Ersparnisse? Wie bieten wir am besten in Versteigerungen? Wie schreiben wir neue Panzer aus?

All diese Probleme entfallen oder werden trivial ohne die Offenheit der Wahrheitsfrage. Wenn der Arbeitgeber unsere Produktivität kennt, benötigen wir keinen Abschluss, der zeigt, wie toll wir sind. Wenn der mögliche Käufer unseres Autos all dessen Schwächen und Stärken sieht, müssen wir es nicht polieren. Wenn wir wissen, was ein Bürger bereit wäre für eine neue Brücke zu zahlen, können wir ihm den Betrag einfach abverlangen. Wenn die Krankenversicherung unser exaktes Risiko kennt, hören wir besser auf zu rauchen.

Die Beispiele lassen sich endlos verlängern, aber zwei Fragen bleiben: Ist die Wahrheit je

erfassbar? Und was ist in Situationen, in denen sie es nicht ist? Die Antwort auf die erste Frage ist ein klares Ja. Wenn die Offenbarung kommt, gibt es keine Zweifel mehr. Wenn der Lungenkrebs mal da ist, weiß auch die Versicherung

„Ist die Wahrheit je erfassbar? Und was ist in Situationen, in denen sie es nicht ist?“

Bescheid. Interessanter ist die zweite Frage, denn jenseits göttlicher Offenbarung (ob in Form eines Röntgenbilds oder eines brennenden Buschs) bleibt die Wahrheit am Ende oft sehr lange Zeit versteckt.

Brisant kann es dabei bei den sogenannten Informationskaskaden werden, in denen wir von den Handlungen anderer über das Etwas lernen können. Cancelt die Aktion eines anderen dabei die eigene Information, weil sie mindestens ebenso viel Information beinhaltet wie die vorab erhaltene eigene, kopieren wir einfach das Verhalten des anderen, und die eigene Information geht verloren, da wir unabhängig von ihr handeln. Die Gesellschaft hört auf zu lernen, alle machen dasselbe. Die Wahrheit kommt erst ans Licht, wenn es zu spät ist. Dabei hätte eine effiziente Aggregation des gesellschaftlichen Wissens wenigstens zu einer Annäherung an die Wahrheit geführt.

Noch schlimmer kann es werden, wenn Koordinationsaspekte eine Rolle spielen, wenn also die eine lieber das tun will, was der andere tut – zum Beispiel, wenn sich Investitionen nur dann lohnen, wenn auch andere investieren. So können nicht nur Verhaltenskaskaden entstehen, sondern regelrechte Verhaltenslawinen, die zu einem ökonomischen Meltdown führen können: Investoren entscheiden nacheinander,

„Es ist die rationale Angst, die den Absturz verursachen kann, wenn auch alle anderen Angst haben“

und so lange es gut geht, geht es gut. Aber je mehr Zeit im Aufschwung verstreicht, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass ein



Warum soll ich dir sagen, wie ich denke, dass etwas wirklich ist, wenn ich davon profitiere, wenn du etwas anderes glaubst? Die Lüge ist ein zentrales Motiv in der Ökonomie. Mithilfe der Software Midjourney hat Pavel Nekoranec die Uneindeutigkeit ins Bild gesetzt. Seine Eingaben: "What lies behind the double standard for altered states, truly the veil holds no truth to the worlds that lay beyond our pulse, human face, optical illusion, mind-blowing, mixed media collage by Max Ernst --c 42 --ar 4:3 --test --creative".

anderer Investor eine (womöglich durchaus falsche) Information erhält, die darauf hindeutet, dass sich das Investieren nicht mehr lohnt. Im Lauf der Zeit werden so selbst diejenigen, die immer nur Aufschwung beobachtet haben und aufgrund ihrer eigenen Information allen Grund zum Optimismus hätten, sich möglicherweise dafür entscheiden, nicht mehr weiter zu investieren. Und dadurch trotz bester wahrer Bedingungen eine tiefe Rezession verursachen. Es ist die rationale Angst, die den Absturz verursachen kann, wenn auch alle anderen Angst haben – die Angst vor einer Wahrheit, die sich versteckt ... Es ist in diesem Fall, um Franklin D. Roosevelt zu paraphrasieren, die Angst vor der Angst, die sich schlussendlich selbst rechtfertigt.

Aber können Entscheider nicht, bevor sie handeln, miteinander reden, um die fatalen Folgen der Unsicherheit zu vermeiden? Auch diese Frage ist Gegenstand der ökonomischen Theorie. Eine Grunderkenntnis ist dabei die, dass

der Wahrheitsfindung durch divergierende Interessen Grenzen gesetzt sind. Profitiert der eine davon, dass der andere eher an die eine Möglichkeit als an die andere glaubt, wird die Lüge geboren, und aus News werden schnell Fake News. Denn warum sollte ich Jemandem sagen, wie ich denke, dass es wirklich ist, wenn ich davon profitiere, wenn sie glaubt, dass es anders ist?

Die experimentelle Wirtschaftsforschung hat freilich gezeigt, dass viele Menschen davor zurückscheuen zu lügen, selbst wenn es in ihrem ureigenen Interesse ist. Ihre moralischen Vorstellungen halten sie davon ab. Oftmals ermöglicht nur die Moral des Einzelnen die Wahrheitsfindung des Kollektivs – das haben in jüngster Vergangenheit Whistleblower wie Chelsea Manning oder die #MeToo-Bewegung eindrücklich gezeigt.

Offenbarungen, die uns die Wahrheit zeigen, müssen nicht unbedingt göttlich sein. ●

Hauptsache in sich stimmig

Ein ökonomisches Experiment zu Lüge und Wahrheit

Was bringt eine Anlegerin dazu, einer Beratung zu vertrauen und in eine bestimmte Firma zu investieren? Mit einem ökonomischen Experiment können Kai Barron und Tilman Fries zeigen, dass die Kohärenz der Argumentation eine wichtige Rolle spielt. Offensichtlich werden Lügen leicht geglaubt, wenn sie in ein überzeugendes Narrativ verpackt sind.

Kai Barron und Tilman Fries

In seinem posthum veröffentlichten Essay „Über Wahrheit und Lüge im außermoralischen Sinne“ beschreibt Friedrich Nietzsche das Problem der Wahrheitsfindung. Er argumentiert, unsere Sprache sei begrenzt, weshalb ein allgemeiner Wahrheitsanspruch letztlich illusorisch sei. Es sei beispielsweise anmaßend zu denken, man sage die Wahrheit, wenn man sagt, ein Stein sei „hart“. Etwas als „hart“ zu empfinden, sei eine rein subjektive Wahrnehmung. Nach Nietzsche ist unsere Sprache nicht fein genug, um die Wahrheit vollkommen abzubilden. Deswegen ist auch der Anspruch, die Wahrheit zu sagen, letztendlich eine Illusion. Die Verpflichtung, die Wahrheit zu sagen, sei nur die Verpflichtung, „nach einer festen Convention zu lügen“.

Ähnlich wie Nietzsche beschäftigt sich auch die klassische Spieltheorie hauptsächlich mit den außermoralischen Aspekten von Wahrheit und Lüge. Kehren wir zum Beispiel mit dem harten Stein zurück. Wenn verschiedene Menschen den Begriff „hart“ subjektiv benutzen, wird eine Hörerin dieses Wortes es als vage empfinden. Ein als hart beschriebener Stein kann dann näm-

lich ein ganzes Spektrum an möglichen Bedeutungen abbilden. Eine zentrale Annahme der klassischen Spieltheorie ist jedoch, dass die Hörerin eine gute Vorstellung davon hat, wie verschiedene Leute das Wort „hart“ normalerweise benutzen. Auch wenn sie sich also nicht sicher ist, was ein einzelner Sprecher genau meint, wenn er das Wort benutzt, so kann sie doch eine mehr oder weniger zutreffende Erwartung über den Zustand des Steins bilden.

Wenden wir diese Theorie auf ein ökonomisches Problem an. Viele ökonomische Prozesse sind durch Informationsasymmetrien und Interessenkonflikte charakterisiert. Ein Finanzberater bekommt zum Beispiel möglicherweise eine Provision, wenn er eine Anlegerin überzeugt, in einen bestimmten Fonds zu investieren. Das kann ihn dazu motivieren zu lügen – nicht, weil ihm die Sprache dafür fehlt, die Wahrheit zu sagen, sondern weil ihn bei der Empfehlung einer schlechteren Anlageoption möglicherweise eine höhere Provision erwartet. Die Anlegerin allerdings hat – wie im Beispiel mit dem Stein – eine gute Vorstellung

von der Wahrscheinlichkeit, mit der der Berater einen Interessenkonflikt hat. Dadurch kann sie die Wahrscheinlichkeit abschätzen, mit der sie angelogen wird. Die Anlageentscheidung wird also zu einem kalkulierbaren Risiko. Die Lüge wird hier nicht als moralisches Problem betrachtet. Die Anlegerin kann zwar belogen, jedoch nie wirklich hintergangen werden.

In der klassischen Spieltheorie ist die Lüge ein Symptom von Ineffizienz: Wenn jemand lügt, bedeutet das in vielen Fällen, dass eine andere nicht alle Informationen bekommt, die sie braucht, um eine gute Entscheidung zu treffen. Würden sich der Berater und die Anlegerin beispielsweise zusammentun und die für sie beide bestmögliche Entscheidung treffen, dann könnte der Berater die wirklich beste Anlageoption empfehlen. Die Anlegerin wiederum könnte

„Oft führen Interessenkonflikte dazu, dass gelogen wird“

den Berater aus ihrer Rendite für seine entgangene Provision kompensieren. Solange das nicht möglich ist, führen Interessenkonflikte oft dazu, dass gelogen wird. Die Sprache wird auch tendenziell unpräzise, da Sprecherinnen nicht unbedingt alle Informationen wiedergeben möchten, die sie haben. Ein Verkäufer nennt seine Brötchen zum Beispiel „Fitness-



Tilman Fries ist Doktorand in der Abteilung Verhalten auf Märkten. Sein Interesse gilt der Verhaltensökonomie und der experimentellen Ökonomie. Seine aktuelle Forschung beschäftigt sich mit psychologischer Spieltheorie und mit Erwartungen und Entscheidungen in strategischen Situationen. tilman.fries@wzb.eu

Foto: © WZB/Jeanna Kolesova, alle Rechte vorbehalten.

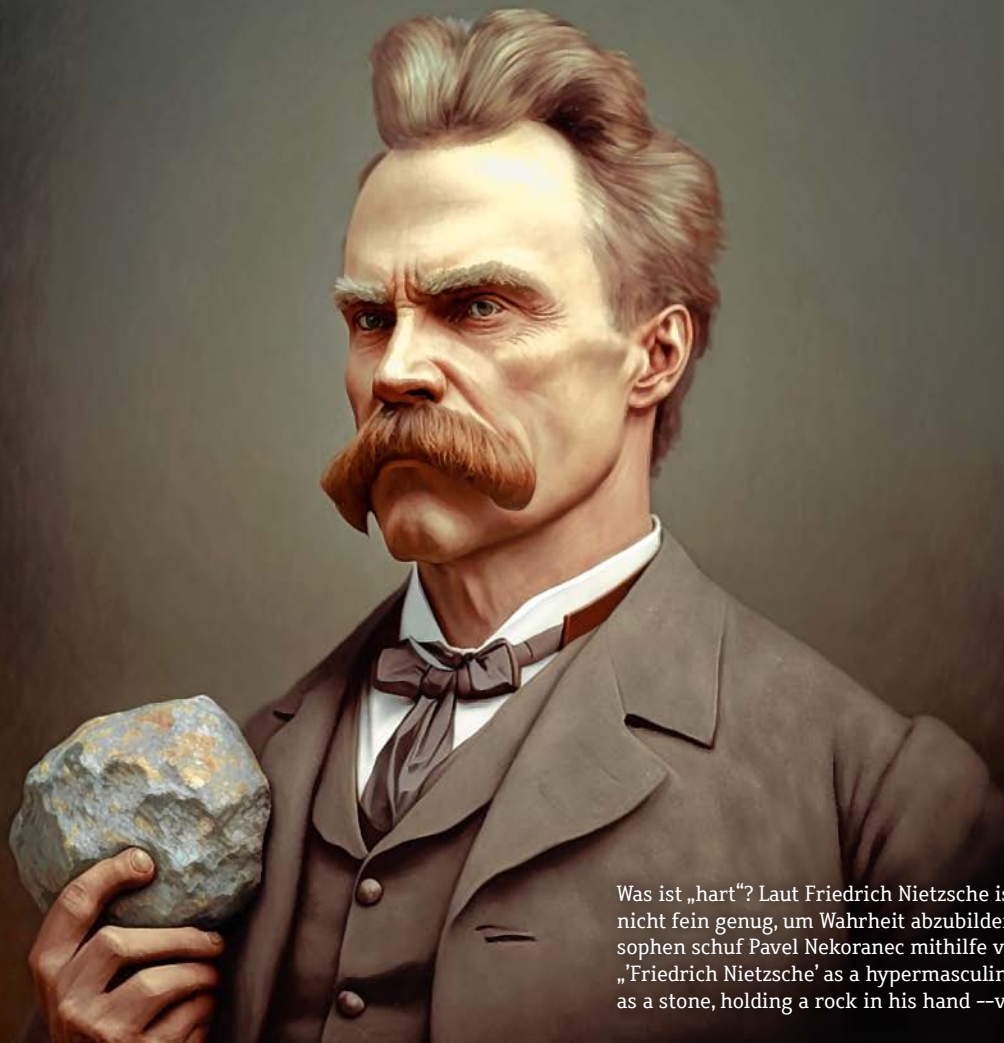


Kai Barron ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Ökonomik des Wandels. Seine Forschungsgebiete sind die experimentelle, die Verhaltens- und die Entwicklungsökonomie, mit besonderem Schwerpunkt auf Narrativen, moralischem Verhalten und Belief Formation. kai.barron@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Brötchen“, wenn er sie nicht legal als „gesund“ oder „mit Vollkorn“ bezeichnen darf. Die klassische Spieltheorie dreht den Zusammenhang zwischen Sprache und Wahrheit also um: Während Nietzsche sagt, dass unsere Fähigkeit, die Wahrheit zu sagen, durch die Unschärfe unserer Sprache beschränkt wird, ist laut der Spieltheorie unsere Sprache unscharf, weil wir nicht immer die Wahrheit sagen wollen.

Die klassische Spieltheorie nimmt an, dass die Empfängerin einer Nachricht vorrangig die Motive des Absenders hinterfragt. Eine neuere theoretische Literatur in der Verhaltensökonomie nimmt die Tatsache in den Blick, dass die Empfängerin oftmals nur begrenzt in der Lage ist, gut zu hinterfragen. Oft braucht sie zum Beispiel eine Menge an Hintergrundwissen. Wenn ein Finanzberater auf vergangene Kursentwicklungen verweist, um seine Anlageempfehlung zu begründen, muss die Anlegerin ein rudimentäres Verständnis von Finanzmärkten haben, um mögliche Gegenargumente zu denen des Beraters konstruieren zu können. Wenn die Anlegerin diese Argumente nicht hat, aber trotzdem auf gesunde Art und Weise skeptisch sein will, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Begründung des Beraters auf ihre interne Kohärenz zu prüfen. Sie kann sich beispielsweise die vergangenen Kursentwicklungen anschauen und sich fragen, ob die Argumentation des Beraters stichhaltig ist. Diese Strategie ist nicht unbedingt rational, da ein schlauer Berater seine Begründungen so anpassen kann,



Was ist „hart“? Laut Friedrich Nietzsche ist unsere Sprache nicht fein genug, um Wahrheit abzubilden. Diesen Philosophen schuf Pavel Nekoranec mithilfe von Midjourney: „Friedrich Nietzsche‘ as a hypermasculine man, a man hard as a stone, holding a rock in his hand --v 4“.

dass sie zwar weitestgehend kohärent aussehen, aber trotzdem nicht der Wahrheit entsprechen. Laut diesen neueren verhaltensökonomischen Ansätzen kann die Anlegerin also systematisch hintergangen werden: Ein Berater, der Daten und Begründung zu einem konsistenten Narrativ zusammenspinnt, kann sie in vielen Fällen von der Unwahrheit überzeugen.

In einem gemeinsamen Forschungsprojekt haben wir die Kommunikation zwischen Finanzberater und Anlegerin experimentell untersucht. Insbesondere fragen wir, wie Menschen beeinflussen können, wie andere statistische

„Wie können Menschen beeinflussen, wie andere statistische Daten interpretieren?“

Daten interpretieren. Teilnehmende in unserem Experiment nehmen entweder die Rolle eines Beraters oder einer Anlegerin ein. Die Anlegerin überlegt, in eine Firma zu investieren, und kann für ihre Entscheidung auf deren historische Geschäftsdaten zurückgreifen. Der Berater wird der Anlegerin erklären, wie die

Geschäftsdaten zustande gekommen sind. Dafür hat er verschiedene Möglichkeiten. Zum Beispiel kann er eine Reihe von erfolgreichen Geschäftsergebnissen damit begründen, dass die Firma kurz zuvor ihre alte Geschäftsführung durch eine neue, talentiertere ausgetauscht hat. Der Berater ist dabei nicht an die Wahrheit gebunden, die Anlegerin wiederum kann die Begründung nicht überprüfen. In diesem Umfeld geben wir dem Berater verschiedene Anreize. Ein Berater verdient beispielsweise Geld, wenn die Anlegerin die Wahrheit erfährt, während ein anderer Geld bekommt, wenn die Anlegerin eine möglichst positive Erwartung über die Firma bildet. Wir beobachten, dass die Narrative der Berater durch diese Anreize beeinflusst werden. Dass ein Berater mit einem Interessenkonflikt lügt, ist erstmal nicht weiter überraschend, wenn auch möglicherweise ernüchternd. Interessanter wird es, wenn wir uns anschauen, wie der Berater seine Empfehlung begründet. Hier sehen wir, dass Teilnehmende in der Tat relativ gut darin sind, ihre Lügen kohärent aussehen zu lassen. Die Anlegerin aber untersucht gerade die Kohärenz der Nachricht, um die von ihr empfangenen Narrative zu bewerten. Damit glaubt sie kohärenten Erzählungen, auch wenn diese falsch sind.

In weiteren Untersuchungen wenden wir uns verschiedenen Interventionen zu, die der Anlegerin möglicherweise helfen, eine bessere Entscheidung zu treffen. Diese Interventionen verändern verschiedene Aspekte des Entscheidungsumfelds. In einer ersten Intervention machen wir Interessenkonflikte transparent. In zwei weiteren Interventionen motivieren wir die Anlegerin, zuerst für sich selbst zu erklären, wie die Geschäftsdaten möglicherweise zustande kamen, oder erschweren es dem Berater, sein Narrativ an die Geschäftsdaten anzupassen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass diese Interventionen die Anlegerin im Durchschnitt nicht näher zur Wahrheit bringen. Die Anlegerin wird nach allen drei Interventionen zwar skeptischer – das heißt, sie übernimmt das Narrativ des Beraters zu einem geringeren Maße – aber das ist nicht unbedingt wahrheitsfördernd. Denn sie muss sich dann auf ihre eigene Intuition verlassen, um die Firma zu bewerten, und das fällt ihr augenscheinlich nicht leicht.

Eine Lehre aus unserem Experiment ist, dass Menschen sich leicht von einer Lüge überzeugen lassen, wenn diese gut getarnt ist. Um potenzielle Lügen zu erkennen, überprüfen sie Nachrichten zwar auf ihre Kohärenz, aber sie hinterfragen zu selten die strategischen Motive des Absenders. Dies ist umso gravierender, als es einem Teil der Absender leichtfällt, Möglichkeiten in einem Datensatz opportun zu nutzen, um verschiedene Ereignisse zu einem kohärenten, aber unwahren Narrativ zu vereinen. Überhaupt werden Berater in unserem Experiment nicht sehr stark von der Wahrheit geleitet. Weniger als 10 Prozent aller Teilnehmenden, die die Rolle eines Beraters übernahmen und einen Interessenkonflikt erlebten, sagen über verschiedene Entscheidungsszenarien hinweg konsistent die Wahrheit.

Literatur

Barron, Kai/Fries Tilman: „Narrative Persuasion“. Mimeo.

Crawford, Vincent P./Sobel, Joel: „Strategic Information Transmission“. In: *Econometrica*, 1982, Jg. 50, H. 6, S. 1431–1451.

Nietzsche, Friedrich: *Über Wahrheit und Lüge im außermoralischen Sinne*. Kai Sina (Hg., Kommentar, Nachwort) Ditzingen: Reclam 2015 [1873].

Ein natürlicher weiterer Schritt in unserem Experiment wäre es zu fragen, ob Menschen neben der Kohärenz auch noch andere Eigenschaften einer Nachricht evaluieren, um sie auf die Wahrheit zu prüfen. Ein Fall, in dem das zutreffen könnte, betrifft das sogenannte Wunschdenken. Das kann zum Beispiel in einer Situation eine Rolle spielen, in der die Anlegerin schon in die Firma investiert hat, bevor sie sich mit dem Berater austauscht. Um ihre Anlageentscheidung im Nachhinein nicht zu bereuen, ist sie in einer solchen Situation möglicherweise empfänglicher für gute Nachrichten über den zukünftigen Firmengewinn und weniger empfänglich für schlechte Nachrichten. Unsere ersten experimentellen Ergebnisse in diese Richtung suggerieren, dass das tatsächlich der Fall ist.

Offensichtlich lassen sich Menschen systematisch in die Irre führen, wenn man ihnen plausibel aussehende oder ihrem Interesse entsprechende Interpretationen der Wirklichkeit suggeriert. Das bedeutet, dass der Absender

„Wir sollten uns Gedanken darüber machen, wie wir Lügen sanktionieren“

einfach jede Verantwortung für die Fehlschlüsse der Empfängerin abstreiten kann. Der Berater in unserem Experiment hat einen Anteil an den Entscheidungen der Anlegerin. Wir sollten uns also Gedanken darüber machen, wie wir Lügen sanktionieren und wie bestimmte Selektionsmechanismen dazu führen, dass Narrative, die nicht unbedingt der Wahrheit entsprechen, den gesellschaftlichen Diskurs dominieren können. ●

Schwartzstein, Joshua/Sunderam, Adi. „Using Models to Persuade“. In: *American Economic Review*, 2021, Jg. 111, H. 1, S. 276–323.

Sobel, Joel: „Lying and Deception in Games“. In: *Journal of Political Economy*, 2020, Jg. 128, H. 3, S. 907–947.

Ablehnung durch Selbstüberschätzung

Bei der Personalauswahl wird Algorithmen oft misstraut

Computergestützt berechnen Algorithmen menschliche Präferenzen oder bereiten sogar richterliche Entscheidungen vor. Trotz ihrer Leistungsfähigkeit und rechtlicher Vorgaben misstrauen viele Menschen den Programmen. Verhaltensökonomische Experimente zeigen für den Bereich der Personalauswahl: Neben der Angst von Bewerberinnen und Bewerbern vor Benachteiligung liegt die Ablehnung von Algorithmen oft in der Selbstüberschätzung des Managements begründet.

Dorothea Kübler

Algorithmen sind allgegenwärtig: Sie sagen unseren Buch-, Musik- und Filmgeschmack vorher, verteilen junge Menschen auf Schulen und Universitäten und schätzen ein, wie leistungsfähig Bewerberinnen und Bewerber für eine bestimmte Stelle sind. Auch im Bereich der öffentlichen Ordnung werden Algorithmen immer öfter eingesetzt: bei Entscheidungen, wer aus dem Gefängnis entlassen wird, wo und wann Polizeikontrollen stattfinden oder bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit. Algorithmen können sehr leistungsfähig sein, sodass ihre Prognosen der Wahrheit nahekommen. Gleichzeitig misstrauen ihnen viele Menschen zutiefst.

Und das, obwohl in Deutschland und international eine Reihe von rechtlichen Anforderungen an algorithmische Entscheidungen gestellt werden. Oft verwenden Algorithmen Geschlecht, Rasse und andere persönliche Informationen, um Verhalten vorherzusagen, was als „Profiling“ bezeichnet wird. Die Frage, ob die Profilerstellung akzeptabel ist und ob sie als Diskriminierung betrachtet

werden kann, ist eine offene Frage, da sich die Qualität der Vorhersagen des Algorithmus verschlechtern kann, wenn weniger Informationen verwendet werden. So verlangt Erwägungsgrund 71 der deutschen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) von Datenverantwortlichen, diskriminierende Auswirkungen von Algorithmen zu verhindern, wenn sensible personenbezogene Daten verarbeitet werden. Artikel 13 und 14 der DSGVO besagen, dass Personen, deren Profil erstellt wird, das Recht auf aussagekräftige Informationen über die Logik der Informationsverarbeitung haben. Und eben hat das Europäische Parlament das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act DSA) verabschiedet, das eine weitere Verschärfung der Anforderungen an die Offenlegung von Algorithmen vorsieht und ausdrücklich fordert, den Benutzern von digitalen Diensten eine Option ohne Profilerstellung anzubieten, sowie die Profilerstellung von Minderjährigen für Werbung vollständig verbietet.

Wodurch speist sich also das öffentliche Misstrauen gegenüber Algorithmen? Welche uner-

wünschten Nebeneffekte haben sie? Und wann werden sie akzeptiert? Diese Fragen haben wir im Zusammenhang mit der Bewertung von Bewerberinnen und Bewerbern untersucht. Viele Unternehmen greifen hier auf Algorithmen zurück, um eine erste Auswahl zu treffen. In die Studie haben wir die Perspektiven von BewerberInnen (im Folgenden männlich) und die des Managements (im Folgenden weiblich) einbezogen. Bewerber sind direkt von den Einstellungsentscheidungen betroffen. Wir erwarten daher, dass sie den Einstellungsprozess wählen, von dem sie glauben, dass er sie begünstigt. Von Managerinnen kann man dagegen erwarten, dass sie den Einstellungsprozess wählen, von dem sie glauben, dass er mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Auswahl der besten Bewerber führt.

Für unsere Untersuchung haben wir eine Reihe von Laborexperimenten durchgeführt. Diese Methode ermöglicht es, die Entscheidungsumgebung genau zu kontrollieren; die Leistung der Bewerber lässt sich durch Aufgaben am Computer auf einfache Weise messen. Gleichzeitig erhalten die Teilnehmenden am Experiment vollständige und wahrheitsgemäße Informationen über die Funktionsweise des Algorithmus.

In unserer ersten Serie von Experimenten wollten wir herausfinden, ob Bewerber solche Algorithmen eher akzeptieren, die Informationen zum Geschlecht nicht verwenden dürfen und daher nicht in der Lage sind, aufgrund des Geschlechts zu diskriminieren. (Das schließt natürlich nicht aus, dass es indirekte Diskriminierung gibt – etwa, weil verwendete Eigenschaften mit dem Geschlecht korrelieren.) Eine zweite Versuchsserie sollte uns helfen, besser zu verstehen, warum einige Unternehmen bei der Verwendung von Einstellungsalgorithmen zögerlicher sind als andere. Eine mögliche Erklärung könnte die Selbstüberschätzung des Managements sein, was seine eigenen Fähigkeiten bei der Auswahl der Bewerber angeht. Eine dritte Experimentanordnung schließlich untersucht, ob die Transparenz des Algorithmus für Bewerber und Managerinnen von Bedeutung ist. Die Teilnehmenden erfahren in dieser Version des Experiments, wie der Algorithmus die vorhandenen Informationen über die Bewerber gewichtet, um eine Prognose zu machen.

In allen Experimenten nehmen die Teilnehmenden entweder die Rolle von Bewerbern



Dorothea Kübler ist Direktorin der Abteilung Verhalten auf Märkten am WZB und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Berlin. dorothea.kuebler@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

oder Managerinnen ein. Die Bewerber führen drei Aufgaben aus: Aufgabe 1, Aufgabe 2 und die Arbeitsaufgabe, die eine Kombination aus Aufgabe 1 und 2 darstellt. Für alle drei Aufgaben erhalten die Teilnehmenden in der Rolle der Bewerber Geld, aber für die Bezahlung des Managements ist nur die Arbeitsaufgabe relevant. Die Bewerber wählen zudem, ob eine Teilnehmerin in der Rolle der Managerin oder ein Algorithmus die Entscheidung zwischen ihm und einem anderen Bewerber trifft. In einer weiteren Versuchsanordnung müssen die Managerinnen entscheiden, ob sie die Entscheidungen an den Algorithmus delegieren oder selbst treffen wollen. In allen Experimentanordnungen gilt: Sowohl die Managerin als auch der Algorithmus kennen von den Bewerbern nur ihre Leistungen aus Aufgabe 1 und 2 sowie das Geschlecht. Sie kennen dagegen nicht die Leistung der Bewerber aus der Arbeitsaufgabe, auf die es für die Auszahlung der Geldprämie für die Teilnehmenden ankommt.

Bevor die Einstellungsentscheidungen getroffen werden, erhalten die Managerinnen und der Algorithmus Informationen über eine Auswahl von Bewerbern, inklusive ihrer Leistung aus der Arbeitsaufgabe. Diese Informationen reichen aus, um zu erkennen, dass weibliche Arbeitnehmer bei gleichen Leistungen in Aufgabe 1 und 2 männliche Arbeitnehmer bei der Arbeitsaufgabe übertreffen. Das könnte beispielsweise darauf zurückzuführen sein, dass Frauen mehr aus den beiden ersten Aufgaben lernen als Männer oder dass sie in unseren Experimenten schlichtweg ausdauernder sind. Infolgedessen bevorzugt der Algorithmus weiblich-

che gegenüber männlichen Bewerbern, wenn sie gleiche Leistungen bei Aufgabe 1 und 2 erzielt haben. Und wir beobachten, dass auch die Managerinnen in solchen Fällen häufig weibliche Arbeitskräfte bevorzugen. Allerdings ist der Anteil der richtigen Einstellungsentscheidungen bei Algorithmen deutlich höher als bei Managerinnen. Wir haben damit im Labor eine Situation geschaffen, in der die Managerinnen schlechtere Entscheidungen treffen als der Algorithmus, weil sie die vorhandenen Informationen weniger gut verarbeiten. Außerdem erkennen die Managerinnen nicht, dass der Algorithmus ihnen überlegen ist. Wir bezeichnen deswegen die Neigung der Managerin, die Einstellungsentscheidung selbst zu treffen, als „Aversion“ gegen Algorithmen.

In der Ausgangskonstellation des Experiments beobachten wir, dass etwas weniger als die Hälfte der Bewerber den Algorithmus für die Entscheidung über den Erfolg der Bewerbung bevorzugen. Je mehr Selbstvertrauen die Bewerber in ihre eigene Leistung haben, desto eher entscheiden sie sich für den Algorithmus. Sie vermuten also offenbar, dass der Algorithmus meritokratischer vorgeht als das Management. Wir stellen außerdem fest, dass die Entscheidungen zumindest in gewissem Maße von Eigeninteressen geleitet sind: Männliche Bewerber, die glauben, dass Managerinnen im Vergleich zum Algorithmus Bewerbungen von Männern bevorzugen, wählen eher die Managerin als Entscheidungsinstanz. Dasselbe trifft auf Bewerberinnen zu, die glauben, dass Managerinnen Bewerbungen von Frauen bevorzugen.

Für männliche und weibliche Bewerber gilt dagegen, dass sie eher den Algorithmus wählen, wenn sie wissen, dass dieser die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht nicht zur Vorhersage der Arbeitsleistung heranzieht. Das bedeutet, dass das Diskriminierungsverbot in den existierenden gesetzlichen Regelungen die Akzeptanz von Algorithmen insgesamt erhöhen sollte. Von

den Teilnehmenden in der Rolle der Managerin delegieren nur etwa ein Drittel die Einstellungsentscheidungen an den Algorithmus – eine Bestätigung der Aversion gegen Algorithmen, denn der Algorithmus trifft im Durchschnitt die besseren Einstellungsentscheidungen als die Managerinnen. Wie erwartet, tendieren diejenigen Managerinnen dazu, die Entscheidung nicht an den Algorithmus zu delegieren, die glauben, selber viele richtige Einstellungsentscheidungen zu treffen. Sobald jedoch die Managerinnen über ihre wahren Fähigkeiten bei der Auswahl der besten Bewerber informiert werden, erhöht sich ihre Bereitschaft erheblich, die Aufgabe an den Algorithmus abzugeben. Dies gilt insbesondere für Managerinnen, die die Rückmeldung erhalten, dass sie deutlich weniger richtige Einstellungsentscheidungen getroffen haben, als sie dachten. Übermäßiges Selbstvertrauen im Management eines Unternehmens kann demnach ein wichtiges Hindernis für den Einsatz von Algorithmen sein.

Transparenz, also die Bereitstellung von Informationen über die technische Funktionsweise des Algorithmus, hat dagegen keine Bedeutung für die Akzeptanz, weder aufseiten der Bewerber noch der Managerinnen. Transparenz ist jedoch aus anderen Gründen geboten – zum Beispiel um etwaige Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot oder andere gesetzliche Regeln sichtbar zu machen.

Es gibt viele offene Fragen, zum Beispiel: Was wäre, wenn Managerinnen den Algorithmus zu Rate ziehen können, aber ihm nicht folgen müssen? Studien zeigen, dass Algorithmen, deren Empfehlungen von Menschen korrigiert werden können, attraktiver sind. In Zukunft wird es auf eine vernünftige Balance zwischen menschlichen Entscheidungen und algorithmischer Beratung ankommen – und darauf, die eigenen Entscheidungsfehler möglichst gut zu kennen.

Literatur

Dargnies, Marie-Pierre/Hakimov, Rustamdjan/Kübler, Dorothea: Aversion to Hiring Algorithms: Transparency, Gender Profiling, and Self-confidence. WZB Discussion Paper SP II 2022-202. Berlin: WZB 2022.

Metz, Cade/Satariano, Adam: „An Algorithm that Grants Freedom or Takes it Away“. In: The New York Times, 6.2.2020.



Welche Bewerberin passt am besten zu dem Job? Der Einsatz künstlicher Intelligenz ist ein – auch nicht perfekter – Versuch, der Wahrheit näherzukommen. Pavel Nekoranec hat mit der Software Midjourney gearbeitet. Eingabetext: "a computer algorithm is working in Human Resources, hr department, checking thousands of human job applications --v 4".

Im Interview

Tod G. Hamilton

„Das schwarze Amerika ist kein Monolith“

Zu den „Lehren aus einem Jahrhundert schwarzer Migration“ hielt der amerikanische Soziologe Tod G. Hamilton dieses Jahr einen Vortrag am WZB. Im Gespräch mit Claudia Roth und Harald Wilkoszewski gab er Einblicke in seine Forschung.

Tod Hamilton, Ihre Forschung zeigt, dass die schwarze Bevölkerung in den USA immens vielfältig ist. So unterscheiden Sie zwischen gebürtigen und zugewanderten schwarzen Amerikaner*innen. Können Sie das erläutern?

Hamilton: Es gab immer die Tendenz, die schwarze Bevölkerung als eine Art Monolith zu sehen. Dabei setzt sie sich aus ganz verschiedenen Gruppen zusammen. Zunächst kam bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, insbesondere in Städte wie New York, eine große Anzahl schwarzer Personen aus der Karibik, zeitgleich mit befreiten Sklavinnen und Sklaven sowie ihren Nachkommen aus dem Süden der USA. Nach 1965, als das Land den Zuzug größerer Gruppen außereuropäischer Einwanderer ermöglichte, nahmen Zahl und Vielfalt der schwarzen Zugewanderten erheblich zu. 1960 lag der Anteil von im Ausland geborenen Schwarzen in den USA noch bei einem Prozent. Gegenwärtig liegt der Anteil bei etwa 11 Prozent. Das liegt auch am dramatischen Anstieg der Einwanderung aus Afrika südlich der Sahara in den 1980er- und 1990er-Jahren.

Zusätzlich gab es deutliche Veränderungen bei den Ansiedlungsorten. Früher kamen die meisten schwarzen Einwanderinnen und Einwanderer in Städten im Nordosten an. Heute sehen wir, dass vor allem die afrikanische Bevölkerung geografisch verstreuter ist, mit großen Gruppen in Minnesota, dem Bundesstaat Washington und anderen nordwestlichen Teilen des Landes. In einigen Regionen der USA ist ein Großteil des Wachstums der schwarzen Bevölkerung auf Einwanderung zurückzuführen. Das setzt frühere Forschungsarbeiten in ein neues Licht und hat enorme Auswirkungen, auf welche Weise wir uns der Frage nähern, wie sich verschiedene Einwanderungsgruppen innerhalb und über Generationen hinweg integrieren. Im

Kern beeinflusst dies auch, wie wir über die Entwicklung der Rassendiskriminierung in den USA denken.

Wie unterscheiden sich die schwarzen Einwandererinnen und Einwanderer nach ihrem Bildungs- und kulturellem Hintergrund?

*Wenn wir über die großen Einwanderungsbewegungen aus der Karibik nachdenken, sprechen wir vor allem über Jamaika, Haiti, die Dominikanische Republik, Guyana und Trinidad und Tobago. Mit Ausnahme von Haiti haben viele dieser Migrantinnen und Migranten bei ihrem Zuzug in die USA ein durchschnittliches Bildungsniveau, das dem der schwarzen US-Bevölkerung ähnelt und leicht unter dem des Gesamtdurchschnitts im Land und der weißen Bevölkerung liegt. Die meisten Eingewanderten aus Afrika stammen aus Nigeria, Ghana und Äthiopien, wobei jene aus Nigeria und Ghana deutlich gebildeter als die schwarzen Amerikaner*innen sind. Der Anteil derjenigen, die einen Hochschulabschluss haben, ist zudem höher als bei den weißen Amerikaner*innen.*

Was bedeutet das für den Integrationserfolg?

Hier werden die Dinge etwas komplizierter. Hochqualifizierte Zugewanderte, insbesondere hochqualifizierte schwarze Einwandererinnen und Einwanderer, finden in den Vereinigten Staaten oft keine Arbeit, die ihrem Qualifikationsniveau entspricht. Daher ist der wirtschaftliche Nutzen von Bildung für sie etwas geringer. Unter den schwarzen Personen mit einem High-School-Abschluss oder darunter haben im Ausland geborene Schwarze tendenziell einen höheren Wochenverdienst als in den USA geborene Schwarze. Ebenso ist die Wahrscheinlichkeit, dass im Ausland geborene Schwarze mit weniger als einem High-School-Abschluss erwerbstätig sind, höher als bei in den USA geborenen Schwarzen. Obwohl oft argumentiert wird, dass die Vorteile, die wir bei schwarzen Zugewanderten sehen, auf ihren kulturellen Hintergrund zurückzuführen sind, scheint dies eher das Ergebnis selektiver Migration zu sein. Das bedeutet, dass die Einwandererinnen und Einwanderer nicht die Durchschnittsbevölkerung ihrer Heimatländer reprä-

sentieren, sondern zum Beispiel jünger und gebildeter sind und aus höheren sozialen Schichten stammen.

Wie unterscheiden sich hier Männer und Frauen?

Konzentrieren wir uns auf die Zeit nach 1960, ab diesem Zeitpunkt kamen aus Asien und Lateinamerika vor allem Männer in die USA. Bei der Zuwanderung aus der Karibik war dagegen der Anteil weiblicher Migranten höher. Und diese Frauen waren in der Lage, in Berufen zu arbeiten, die in der US-Wirtschaft gefragt waren; je nach Bildungsgrad handelte sich um Hausangestellte oder um Krankenschwestern und Krankenpfleger. Das bedeutet, dass wir hier eine selektive Population von neu Zugewanderten haben, insbesondere aus der Karibik in der Anfangszeit. Diese Migration war eher von Frauen geprägt.

Was das Einkommen angeht, schneiden in absoluten Zahlen Männer tendenziell besser ab als Frauen. Aber wenn wir uns die Frauen und die Ergebnisse schwarzer weiblicher Einwanderer ansehen, dann ist der herkunftsbezogene Unterschied bei Frauen geringer als bei Männern in den USA. Die Kluft zwischen im Ausland geborenen und einheimischen Frauen ist also geringer als zwischen im Ausland geborenen und einheimischen Männern aus fast allen Ländern. Und das liegt zum Teil an der geschlechtsspezifischen Natur der Migrationsströme. Es gab diese einmalige Gelegenheit für Einwanderinnen, in bestimmte Segmente des Arbeitsmarkts einzutreten, in denen sie anfangs wenig Konkurrenz durch weiße amerikanische Frauen hatten. Heute nivellieren sich die Unterschiede eher. Aber wenn wir heute einen Vorteil der schwarzen Eingewanderten auf dem Arbeits-

markt sehen, dann finden wir ihn eher bei den Frauen.

Warum wurde die schwarze Bevölkerung in den USA so lange als Monolith wahrgenommen?

Dies ist zum Teil auf die lange Geschichte der Sklaverei und die Rassendiskriminierung zurückzuführen. Selbst Jahrzehnte nach dem offiziellen Ende der Sklaverei wurden, anstatt über schwarze Einwanderer*innen und ihre Erfahrungen im Vergleich zu anderen Einwanderergruppen nachzudenken, schwarze Einwanderer oft als Analyseinstrument verwendet, um die Ungleichheiten zwischen schwarzen und weißen Amerikaner*innen besser zu verstehen.

Wenn wir aber schwarze Einwandererinnen und Einwanderer wirklich als einzigartige Einwandererpopulation betrachten, dann stimmen einige der Ergebnisse sehr gut mit dem überein, was wir in Einwandererpopulationen im Allgemeinen beobachten können. Wenn wir uns zum Beispiel die Arbeitsmarktergebnisse ansehen, bei denen schwarze Zugewanderte wirklich gut abzuschneiden scheinen, dann sind das die Bereiche Beschäftigung und Erwerbsbeteiligung. Schwarze Eingewanderte haben eine viel höhere Erwerbsquote als schwarze Amerikaner*innen. Sie haben auch viel höhere Erwerbsquoten als weiße Amerikaner*innen.

Das klingt fast nach einer Erfolgsgeschichte.

Um zu verstehen, warum bestimmte Gruppen schwarzer Einwandererinnen und Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt zum Teil relativ gute Ergebnisse erzielen, müssen wir die Faktoren, die die Übersiedlung in die Vereinigten Staaten motivieren, kritisch betrachten. Denken wir an Haiti oder Äthiopien, dann beträgt der Mindestlohn in den meisten amerikanischen Städten das Drei- bis Vierfache des Einkommens, das die zugewanderten Personen in ihren Heimatländern erzielen könnten. Hinzu kommt die Bedeutung der Geldüberweisungen für die Entscheidung, überhaupt auszuwandern, und die Entscheidung, welche Arbeit sie annehmen wollen.

So kann es also sein, dass bestimmte Jobs in den USA für bestimmte Einwanderergruppen einen viel höheren Wert haben können. Obwohl es also eine große Ungleichheit zwischen Amerikanern und diesen Einwanderern gibt, geht es ihnen viel besser als den Menschen in ihren Herkunftsländern. Und ebenso wissen wir, dass Eingewanderte auch das Wohlergehen eines Familiennetzwerks maximieren. Es gibt inzwischen umfangreiche Untersuchungen über mexikanische Migrantinnen und Migranten, die zeigen, dass Familien ihr Risi-



Tod G. Hamilton ist Professor für Soziologie an der Princeton University. 2019 erschien sein Buch „Immigration and the Remaking of Black America“.

Foto: © WZB/Kerstin Schneider, alle Rechte vorbehalten.

ko von Einkommensverlusten diversifizieren, indem sie ein oder zwei Familienmitglieder im Ausland arbeiten lassen. Ähnlich verhält es sich bei Eingewanderten aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Die Möglichkeit, Geldüberweisungen zu tätigen, ist für viele Einwanderinnen und Einwanderer ein wesentlicher Anreiz, auch eine wenig angesehene Beschäftigung anzunehmen. Und diese niedrig qualifizierte Beschäftigung hat unter Eingewanderten einen Wert, den sie für die einheimische Bevölkerung, deren Familiennetzwerke in den USA verankert sind, nicht hat.

Wenn wir also über schwarze Einwandererinnen und Einwanderer nachdenken, denken wir oft nicht über die Nuancen nach, die die Migrationsentscheidung wirklich bestimmen, und darüber, wie die Arbeitsmarktdynamik bei Einwanderern im Allgemeinen und bei schwarzen Einwanderern motiviert ist.

Wie wird Ihre Forschung in der öffentlichen Debatte und in den Medien wahrgenommen?

Ich bin im Kern ein Demograf und ich halte Nuancen, also den differenzierten Blick auf Bevölkerungsphänomene, für äußerst wichtig. Vielleicht ist das ein Nachteil, aber ich denke, dass meine Forschung zu einem besseren Verständnis der Entwicklung der Ungleichheit zwischen Schwarzen und Weißen in den USA beiträgt. Es gibt bei uns derzeit ein großes Interesse, diese Ungleichheiten zu verstehen, auf nationaler wie regionaler und lokaler Ebene. Wir stellen unter anderem fest, dass die Kluft zwischen Schwarzen und Weißen bei der Lebenserwartung und der Sterblichkeit sehr unterschiedlich verteilt ist. Der erste Impuls ist, diese Kluft auf Ungleichheiten im sozialen und politischen Kontext eines Ortes zurückzuführen. Das mag zum Teil zutreffen. Aber die Ursache für die geringeren Unterschiede zwischen Schwarz und Weiß, die wir in bestimmten

Gegenden des Landes beobachten, liegt auch darin, dass der Anteil der Einwanderer*innen, insbesondere der schwarzen Einwanderer*innen, in diesen Gegenden höher ist. Es gibt inzwischen sehr solide Forschungsergebnisse, die belegen, dass neu Zugewanderte bei ihrer Ankunft tendenziell ein besseres Gesundheitsprofil aufweisen als die einheimische Bevölkerung. Das gilt auch für schwarze Einwanderinnen und Einwanderer. Wir sehen, wie wichtig es ist, Nuancen der Daten zu betrachten, um nicht zu falschen Schlussfolgerungen zu kommen.

Welchen Rat würden Sie einem politisch Verantwortlichen gern geben?

Wir müssen mehr Daten erheben. Ein Beispiel: Früher wurden bei der Volkszählung in den USA nicht nur Daten über die Rasse, sondern auch über den Geburtsort der Eltern erhoben. Der U.S. Census und der American Community Survey enthalten diese Informationen heute nicht mehr. Das kann zu ungenauen Schlussfolgerungen über die Faktoren führen, die Ungleichheiten oder Veränderungen der Ungleichheiten verursachen. Ein ähnliches Phänomen ist bei den Hispanoamerikanern zu beobachten, für die wir in den USA ebenfalls keine Daten über den Geburtsort der Eltern erheben. So neigen die Kinder aufstrebender hispanischer Einwanderer und Einwanderinnen dazu, sich bei der Frage nach der hispanischen Ethnizität in der US-Volkszählung nicht mehr als hispanisch zu identifizieren. Im Ergebnis fallen sie dann in die Kategorie der Weißen. Das lässt die weiße US-Bevölkerung so aussehen, als würden sich ihre Ergebnisse verbessern und die Ergebnisse der hispanischen Bevölkerung sehen schlechter aus, als sie tatsächlich sind. Daran sehen wir, wie wichtig es ist, detailliertere Daten zu erheben. Nur so können wir wirklich verstehen, auf welche Faktoren landesweite und regionale Ungleichheiten in den USA zurückzuführen sind. ●



Nachgefragt bei: **Sophia Hunger**

Wie verändern sich die Klimaproteste?

Als in Berlin eine Radfahrerin nach einem Unfall starb, legten manche das den Protestierenden der „Letzten Generation“ zur Last, die durch Straßenblockaden den Verkehr gestört hatten. Beschädigt dieser Vorwurf die Protestaktionen moralisch?

Inzwischen hat die Aussage der Notärztin gezeigt, dass die Blockaden keinen Einfluss auf die Rettung der Verunglückten hatten. Und den Protestierenden ging es nie darum, Rettungswagen zu blockieren – sondern darum, Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu erregen. Grundsätzlich gilt: Protest muss stattfinden können, auch wenn er radikal ist, solange er sich innerhalb unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt.

Puddinganschläge auf Gemälde, Klebeaktionen im Berufsverkehr – werden die Formen tatsächlich radikaler?

Es gibt eine Verlagerung von großen Massenprotesten hin zu kleineren und konfrontativeren Aktionen, in der Tat. Wir sprechen von einem disruptiven Moment, einer Überraschung durch vorher nicht gekannte Formate.

Wie kommt das?

Ich sehe dahinter eine gewisse Resignation der Umweltbewegung. Ein Jahr nach der Bundestagswahl, in anhaltenden multiplen Krisen steigt die Notwendigkeit, politische Aufmerksamkeit zu gewinnen. Und das geht eben durch beeindruckende Teilnahmezahlen oder durch spektakuläre Aktionen.

Muss Protest Grenzen überschreiten, um zu wirken?

Die Konkurrenz um das Interesse der Öffentlichkeit ist groß. Medienwirksame Aktionen können da helfen. Sie können aber auch die Unterstützung der Bevölkerung verspielen. Die Klimabewegung

insgesamt könnte allerdings auch von diesen konfrontativeren Formen profitieren. Denn im Vergleich wirken etwa die Demos von Fridays for Future auf einmal moderat.

Sind Angriffe auf das Kulturerbe und auf den Straßenverkehr noch demokratisch legitim?

Die aktuellen Klimaproteste bewegen sich in dem moralischen Rahmen, den eine Demokratie für Proteste absteckt. Ziviler Ungehorsam ist kein Ku-schelprotest. Gewaltlosigkeit bedeutet eben nicht, dass man nicht stören darf. Die Grenze ist da, wo Gewalt angewendet wird oder Menschen zu Schaden kommen.

Die Fragen stellte Gabriele Kammerer.



Sophia Hunger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung und eingebunden in ein Forschungsprojekt zu Protest und politischer Radikalisierung in Deutschland. sophia.hunger@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Unterstützen, optimieren, überwachen

Fragen an die Digitalisierung der Mode-industrie

Wearables sind elektronische und mobile Geräte oder Computer mit drahtloser Kommunikationsfähigkeit, die in der Arbeitswelt vermehrt zum Einsatz kommen. Sie können am menschlichen Körper getragen werden und bieten viele Vorteile – zum Beispiel bessere Ergonomie beim Arbeiten oder Hilfe bei der Leistungssteigerung. Allerdings stehen sie auch in der Kritik, unter anderem wegen Bedenken beim Datenschutz, insbesondere bei neuen Produktgruppen, die Wearables mit Mode verknüpfen.

Jonas Ferdinand und Or Yosefov

Die modernen Wearables, also kleine, tragbare Geräte, haben historische Vorläufer. Bestimmte technische Assistenzsysteme fanden bereits beim Scientific Management Anwendung, das Frederick W. Taylor im frühen 20. Jahrhunderts propagierte. Tayloristische Prinzipien umfassen die Standardisierung sämtlicher Arbeitsschritte bei gleichzeitig zunehmender Kontrolle der Arbeitsprozesse und der Arbeitenden. In der Industrie zum Einsatz kommende Wearables entstanden schließlich in Fortsetzung dieser Assistenzsysteme in den späten 1980er-Jahren. Die Technologie steckte zu diesem Zeitpunkt allerdings noch in den Kinderschuhen. Bei den Wearables der 1990er-Jahre waren noch schwere Displays, Batterien und Rechner mitzuschleppen – eine Lösung, die sich mit gutem Grund nicht durchsetzte. Mit der Verbreitung des mobilen Internets in den 2000er-Jahren wurden technische Assistenzsysteme in kleinere Geräte überführt. Die für den industriellen Einsatz von Wearables ele-

mentaren technologischen und ergonomischen Bedingungen änderten sich jedoch erst in den 2010er-Jahren. Mit verstärkten Firmeninvestments sowie staatlichen Förderprogrammen wurden neue industrielle Wearables in die Arbeitswelt eingeführt, die klein, leicht und anpassungsfähig waren, allen voran die Datenbrille, die Smartwatch sowie der intelligente Handschuh.

Wearables eignen sich besonders gut für die Überwachung und Aufzeichnung. Dabei können in der Pflege sensorische technische Hilfsmittel eingesetzt werden, mit denen sich zum Beispiel physiologische Funktionen der Benutzer:innen wie Schlafqualität, Herzfrequenz oder Atemmuster erfassen lassen. Für Patient:innen mit bestimmten Erkrankungen sind insbesondere die Echtzeit-Datenübermittlung und das personenspezifische Feedback von Nutzen. In der Produktion helfen Wearables zum Beispiel, Gefahrensituationen frühzeitig zu erkennen

und Hilfsmaßnahmen einzuleiten. Arbeiter:innen in Logistik und Produktion können mittels des mit Sensoren und Scannern ausgestatteten intelligenten Handschuhs nun mit beiden Händen ihre Arbeit verrichten und verschiedene Aufgaben parallel bearbeiten. Wearables sollen ergonomische Aspekte des Arbeitsprozesses optimieren und Unterbrechungen reduzieren. Sie können das herkömmliche Pick-by-Voice-System in der Logistik (also die sprachgesteuerte Kommissionierung) sowie den Handscanner ersetzen und damit einen Produktivitätsschub fördern.

Allerdings sorgt der arbeitsbezogene Einsatz diverser Wearables auch für Bedenken. Denn mit der lückenlosen standardisierten Datenverarbeitung nimmt das Potenzial der Über-

„Mit der lückenlosen standardisierten Datenverarbeitung nimmt das Potenzial der Überwachung zu“

wachung zu. Die Folgen können der Verlust an Kontrolle und Selbstbestimmung oder auch Arbeitsverdichtung sein. Entscheidend ist dabei, wie die Potenziale der Wearables eingesetzt werden. Beispielsweise kann geringe körperliche Aktivität von Beschäftigten erfasst



Or Yosefov ist studentischer Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Er studiert im Master Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen Unternehmertum, Innovation und der israelischen Start-up-Generation. oryosefov@wzb.eu
Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.



Jonas Ferdinand ist Stipendiat im Promotionskolleg „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“. Darüber hinaus ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion und assoziierter Forscher in der Forschungsgruppe „Arbeiten in hochautomatisierten digital-hybriden Prozessen“ am Weizenbaum-Institut. jonas.ferdinand@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

und ihr emotionaler Zustand ermittelt werden. In der Arbeitswelt ist die Frage des Datenschutzes bereits präsent, und auch bei der privaten Nutzung von Wearables nehmen die Bedenken zu. Diskriminierung, die Weitergabe personenbezogener Daten oder die Frage, wer Zugang zu ihnen gewähren darf, rufen Vorbehalte und die Sorge hervor, die hierbei überwachten Lebensbereiche würden Schritt für Schritt ausgeweitet.

Private Bereiche, in denen die neuen Technologien Einzug halten, sind beispielsweise Gesundheit oder Sport. Dank Tablets, Armbändern oder Smartphones lässt sich mit andauernder Datenaufzeichnung die eigene Person vermessen. Dadurch sollen bessere Entschei-

„Sport ist ein Innovations- raum für neue Techno- logien und Textilien“

dungen möglich werden, die eigene Gesundheit soll selbstständig reguliert und Privat- und Berufsleben besser in Einklang gebracht werden. Das Versprechen lautet, Zeit optimaler zu nutzen oder besser zu schlafen – und das ohne den Rückgriff auf professionelles Fachwissen, das der Individualität des einzelnen Körpers ohnehin nicht ausreichend Beachtung schenke. Fortschritte in der Mikrosensorik

führen zu Praktiken der Selbstvermessung und ermöglichen die Selbstoptimierung der eigenen Leistungsfähigkeit. Stefanie Duttweiler und Jan-Hendrik Passoth sprechen vom bewussten Bestreben, das Leben an sich so verrechenbar wie technisch möglich zu führen und den eigenen Körper im Hinblick auf Gesundheitszustand (z. B. Herzfrequenz) und Leistungen (z. B. die Anzahl der Schritte pro Tag) zu optimieren. Gleichzeitig ist Sport ein Innovationsraum für neue Technologien (und Textilien); der oft vorhandene Teambezug und der kompetitive Charakter legen das Vergleichen nahe.

Die Bereiche Wearables und Fashion werden durch eine neue Produktserie verbunden: so genanntes Smart Clothing. Diese Kleidungsstücke haben, neben den ursprünglichen schützenden und repräsentierenden Funktionen, auch technische und digitale Merkmale. Smart Clothing wird so zu einer vielversprechenden Möglichkeit für die Modeindustrie, die einen der größten Wirtschaftssektoren der Welt darstellt. Bereits in den 1970ern wurde das Potenzial dieser Produktgruppe von Steve Mann am MIT untersucht, technische Schwierigkeiten bremsen ihn allerdings aus. Erst mit den technologischen Sprüngen Anfang des Jahrtausends und dem Aufkommen des Internets wuchs das Interesse der Forschung an Smart Clothing. Durch Fortschritte in der Mikrosensorik gingen Firmen wie Adidas, Nike oder Ralph Lauren auf den Bereich ein, aber auch neue Akteure wie Google legten Produktkonzepte vor. Die Euphorie gleicht bisweilen jener bei der Einführung des iPhones 2007.

Frühere Bedenken der Konsument:innen wurden zunehmend ausgeräumt: Sensoren wurden robuster, leichter, komfortabler zu tragen und wasserdicht, was sie nach und nach geeigneter für den privaten Konsum machte. Zentral sind Kommunikation und Informationsvermittlung: Mit der Verknüpfung von Smartphone und Smart Ring kann man zum Beispiel immer erreichbar sein und sogar Sprachnachrichten mit dem Ring erhalten und aufnehmen; Benachrichtigungen über Social-Media-Accounts oder den Verbleib ihrer beliebtesten Fahrtenvermittler, wie z. B. Uber oder Lyft, kann eine Nutzerin nun über einen Sensor in der Jacke empfangen. Außerdem wurden Anwendungen zur Fotografie oder smarte Badeanzüge mit Hinweisen über ein gesundes Maß an Sonneneinstrahlung eingeführt.

Smart Clothing zielt darauf ab, Menschen besser erreichbar und kommunikationsfähiger mit Instagram und Co. zu machen. Auch kann Smart Clothing präventiv wirken und so die Ergonomie verbessern, zum Beispiel mit einer Temperaturanzeige zum Sonnenschutz. Allerdings kann diese ständige Erreichbarkeit auch Stress bedeuten, sodass die Effekte nicht nur förderlich für die Gesundheit sind. Mit der Einführung von Smart Clothing soll eine neue Produktpalette etabliert werden, die für bestimmte Gruppen von Verbraucher:innen entwickelt wurde. Wearables sorgen für eine zunehmende (Selbst-)Vermessung des Alltagsgeschehens; die seit Jahren sehr beliebten Smartwatches sind hier als Vorreiter zu sehen. Smart Clothing wird zu einer individuellen Entscheidung der Konsument:innen – häufig mit emanzipatorischen Slogans vermarktet.

Die von Mode- und Tech-Unternehmen ausgehenden Verheißungen des Immer-erreichbar-Seins und der Selbstoptimierung zielen darauf ab, dass Smart Clothing von den Nutzer:innen als zunehmend vertraut angenommen und die Produkte zum neuen Standard werden können. Diese Form der Wearables etabliert neue Notwendigkeiten und erschließt bis vor Kurzem noch analoge Kleidungsstücke nunmehr digitalisiert. Durch das Aufkommen von Wearables in der Modeindustrie können so Prinzipien der Selbstüberwachung und -optimierung im Privaten festgeschrieben werden.

Diese Dynamik ist bereits bei Sport- und Gesundheitsanwendungen zu beobachten; ein Komplex, in dem neben Fitnessarmbändern und Smartphone-Apps als nächste Steigerung mit Sensoren ausgestattete Textilien alltäglich werden könnten.

Bisher sind die Kosten von Smart Clothing noch sehr hoch; wegen des anhaltenden Mangels an Computerchips könnten sie das auch längerfristig bleiben. Die hohen Anschaffungskosten können die Verbreitung hemmen, allerdings steigern sie zugleich deren symbolischen Wert. Smart Clothing könnte so zum Statussymbol werden und viel mehr wegen dieser Symbolwirkung als wegen des praktischen Nutzens getragen werden.

Weitere Forschung ist nötig, bei der Produzent:innen und Nutzer:innen der Wearables gleichermaßen einbezogen werden. Wir planen eine Studie, in der die Intentionen und Versprechungen der Hersteller:innen mit den tat-

sächlichen Nutzungsformen abgeglichen werden. Zu vertiefen ist auch die Frage nach dem Transformationspotenzial, das mit der vermeintlich innovativen Ware einhergeht: Haben wir es mit einer ganz neuen Dimension, einer Disruption der Fashion-Industrie zu tun, die wesentlich über die Digitalisierung von Entwicklungs- und Präsentationsprozessen hinausgeht? Oder handelt es sich lediglich um eine Strategie der führenden Tech- und Mode-Unternehmen, um mit modernen Marketingkam-

pagnen die Euphorie um Smart Clothing weiter anzuheizen und an neues Kapital zu gelangen? Obwohl Smart Clothing bisher vorrangig für den Sport- und Gesundheitssektor entworfen wurde, ruft der gewaltige Marktanteil der Fashion-Industrie schließlich große Akteure aus der Technologiebranche auf den Plan, von denen zu erwarten ist, dass sie in die Entwicklung dieser neuen Produktgruppe hohe Summen investieren. ●

Literatur

Behr, Oliver: „Fashion 4.0 – Digital Innovation in the Fashion Industry“. In: Journal of Technology and Innovation Management, 2018, Jg. 2, H. 1, S. 1-9.

Duttweiler, Stefanie/Passoth, Jan-Hendrik: „Self-Tracking als Optimierungsprojekt“. In: Stefanie Duttweiler/Jan-Hendrik Passoth (Hg.): Leben nach Zahlen. Bielefeld: transcript Verlag 2016, S. 9-42.

Krzywdzinski, Martin/Pfeiffer, Sabine/Evers, Maren/Gerber, Christine: Measuring Work and Workers. Wearables and Digital Assistance Systems in Manufacturing and Logistics. Discussion Paper SP III 2022-301. Berlin: WZB 2022.

Ometov, Aleksandr/Shubina, Viktoriia/Klus, Lucie/et al.: „A Survey on Wearable Technology: History, State-of-the-Art and Current Challenges“. In: Computer Networks, 2021, Jg. 93, 108074.

Xue, Yukang: „A Review on Intelligent Wearables: Uses and Risks“. In: Human Behavior and Emerging Technologies, 2019, Jg. 1, H. 4, S. 287-294.

Konferenzbericht

Politische Gewalt und Demokratie

Nikolina Klatt, Sebastian Hellmeier und Daniel Ziblatt

Konferenz „Political Violence and Democratic Backsliding“ am 6. und 7. Oktober 2022 am WZB, organisiert von der Abteilung Transformationen der Demokratie

Die liberale Demokratie ist unter Druck. Der US-Thinktank Freedom House verzeichnete für das Jahr 2021 im 16. Jahr in Folge einen weltweiten Rückgang der Freiheitsrechte, und dem Varieties of Democracy (V-Dem) Institut an der Universität Göteborg zufolge lebt aktuell ein Drittel der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Demokratie an Qualität verliert (die Forschung spricht von „Democratic Backsliding“). Weniger Aufmerksamkeit erfährt jedoch eine gleichzeitig stattfindende Entwicklung: die Zunahme politischer Gewalt. Ereignisse wie die Ermordung der britischen Abgeordneten Jo Cox und des deutschen Politikers Walter Lübcke oder die zunehmenden Spannungen zwischen Muslimen und Hindus in Indien zeigen, dass dieser Trend auch etablierte Demokratien betrifft.

Diese Gleichzeitigkeit war Anlass der Konferenz „Political Violence and Democratic Backsliding“, die Forschende aus Deutschland, Europa und den USA zusammenbrachte. Gefragt wurde, inwiefern Gewalt demokratisches Regieren gefährdet und ob Backsliding Räume für Gewalt eröffnet.

Den Auftakt der Konferenz machte Nils-Christian Bormann (Universität Witten/Herdecke) in dem Panel zu Politischer Gewalt im Europa der Zwischenkriegszeit. In dem Vortrag zu seinem ERC-Forschungsprojekt „Democracy, Anger and Elite Responses“ (DANGER) ging er unter anderem der Frage nach, inwiefern Gewalt der Auslöser von Dekonsolidierungsprozessen in Demokratien sein kann. Einen Blick auf die gegenwärtige Situation in Südasien lieferte der Vortrag von

Ursula Daxecker und Neeraj Prasad von der Universität Amsterdam. Sie gingen der Frage nach, unter welchen Bedingungen Wähler*innen politische Gewalt in Demokratien tolerieren oder missbilligen. Sie argumentierten, dass Parteien Gewalt zur Wählermobilisierung instrumentalisieren und sie als notwendige Reaktion auf bestehende Ungerechtigkeiten darstellen. Ihre experimentelle Studie zu den Wahlen in Uttar Pradesh im Jahr 2022 machte Unterstützung für spaltende Rhetorik und Gewalt als grundlegende Bedrohung für die Demokratie aus.

Am zweiten Tag präsentierte Tore Wig (Universität Oslo) sein Forschungsvorhaben zur Frage, inwiefern politische Eliten bereit sind, demokratische Spielregeln wie Gewaltlosigkeit aufrechtzuerhalten. Unter anderem untersuchte er, ob politische Eliten in Norwegen Normverletzungen anderer Politiker*innen sanktionieren. Einen Schwerpunkt auf die USA legte der Vortrag von Lilliana Mason (Johns-Hopkins-Universität), die eine zunehmende Unterstützung für Gewalt gegen Vertreter*innen der Gegenseite im Zweiparteiensystem feststellte. Ein bemerkenswertes Ergebnis ihrer Studie war, dass über 10 Prozent der Wähler*innen politische Gewalt als legitimes Mittel zur Erreichung politischer Ziele sehen. Einen Vergleich zwischen den USA in der Jim-Crow-Ära und Democratic Backsliding im Indien unter Narendra Modi zogen Ashutosh Varshney und Connor Staggs (beide Brown Universität). Eine Gemeinsamkeit beider Fälle ist, dass ein durch Wahlen legitimierte Mehrheitsprinzip dazu genutzt wird, eine Reihe von Gesetzen und Praktiken zu schaffen, mit denen Minderheiten das Wahlrecht entzogen werden soll, die sie Gewalt aussetzen oder in Segregation zwingen.

In der Abschlussdiskussion ging es um die Rolle verschiedener Akteure (staatlich versus nicht staatlich) bei der Verhinderung oder Förderung von Gewalt, verschiedene Formen von Gewalt (physisch versus symbolisch) und die Wahrnehmung sowie die Darstellung von Gewalt. Neben der Feststellung, dass sich Gewalt und Backsliding gegenseitig verstärken können, wurde auch diskutiert, inwiefern Gewalt zu mehr Demokratie führen kann, wenn sie von prodemokratischen Bewegungen eingesetzt wird.

Veranstaltungen

27. und 28. März 2023

Daten. Politik. Zukunft.

9. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten

Unter dem Motto „Daten. Politik. Zukunft.“ thematisiert die 9. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten – 9|KSWD – die zunehmende Bedeutung von Daten für die Politik und damit für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Die Erfahrungen der Pandemie haben gezeigt, wie groß die Bedeutung wissenschaftlicher Evidenz für die Politik ist. Die Sozial-, Verhaltens-, Bildungs- und Wirtschaftswissenschaften spielen eine zentrale Rolle für ein besseres Verständnis von gesellschaftlichen Prozessen. Die Aufgabe, die hier generierten Daten sicher und verfügbar zu machen, wird immer wichtiger. Seit 2020 wird deshalb die Nationale Forschungsdateninfrastruktur aufgebaut. Im Rahmen der Konferenz wird diskutiert, wie die Wissenschaft den dynamischen Anforderungen begegnen kann und welche rechtlichen Rahmenbedingungen die Politik schaffen muss. Ein weiteres Thema sind Arbeitsbedingungen und -formen – die Notwendigkeit, Datenproduktion und Datennutzende nachhaltig zu verbinden, lässt neue Berufsfelder entstehen. Im Zusammenwirken zwischen Wissenschaft, Politik, Medien und Gesellschaft geht es letztlich darum, eine neue Datenkultur in Deutschland zu schaffen und eine moderne Datenpolitik auch über den nationalen Rahmen hinaus zu entwerfen.

*Veranstalter*in: Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) und Konsortium für die Sozial-, Verhaltens-, Bildungs- und Wirtschaftswissenschaften (KonsortSWD); Informationen bei: Lisa Kühn, E-Mail: kswd@ratswd.de*

Weitere Details, das Programm sowie das Anmeldeformular findet sich unter <https://www.konsortswd.de/kswd/9kswd/>

14. Februar 2023, 19 Uhr

Das Ende der Gewissheiten – und die Aufgaben der Wissenschaft

Diskussionsveranstaltung im Sauriersaal des Museums für Naturkunde, Berlin

Krieg in der Ukraine, ein drohender Atomschlag, endliche Energieressourcen, das Wiedererstarken autoritärer Regierungen, dazu Ängste vor dem Verlust von Wohlstand und vor der Polarisierung der Gesellschaft – alles scheint anders, nichts mehr sicher. Wie soll die Wissenschaft reagieren? Müssen vertraute Pfade verlassen, Theorien neu gedacht werden? Wenn Auseinandersetzungen folgenreich geführt werden sollen, braucht es Mut und Dialogbereitschaft. Neben der Politik sind auch die Wissenschaften gefragt, die Gesellschaft zu stärken. Wie kann Wissenschaft helfen, Vertrauen zu schaffen? Wie reagieren das Museum für Naturkunde und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung auf das Ende der Gewissheiten?

Aus der Perspektive der Natur- und der Sozialwissenschaften diskutieren über die vielbeschworene Zeitenwende: Prof. Johannes Vogel, Ph.D., Generaldirektor des Museums für Naturkunde, Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung Berlin; Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger, Ph.D., Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung; Dr. Nike Sommerwerk, Leiterin des Forschungsclusters „Biodiversitätswandel in Berlin – Management von Biodiversität in Großstädten“, Museum für Naturkunde; Dr. Christian Rauh, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Global Governance, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Moderation: Boussa Thiam.

Veranstalter: WZB und Naturkundemuseum Berlin (in ihrer Reihe „Wissenschaft, natürlich!“); Informationen bei: Friederike Theilen-Kosch, E-Mail: friederike.theilen-kosch@wzb.eu

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Staatsangehörigkeit in der Europäischen Union

Ashley Mantha-Hollands, Jelena Dzankic

27 Staaten bilden aktuell die Europäische Union. Bürgerin oder Bürger dieser Union ist, wer die Staatsbürgerschaft eines dieser Mitgliedsstaaten besitzt. Die Zugangsvoraussetzungen sind allerdings unterschiedlich, da die einzelnen Staaten ihre Pässe nach unterschiedlichen Kriterien vergeben. Ashley Mantha-Hollands und Jelena Dzankic entwerfen eine Typologie dieser Zugänge, die vier Modelle unterscheidet und zueinander in Beziehung setzt: Zugehörigkeit über Abstammung (*ius sanguinis*), über territoriale Prinzipien (*ius soli*), über Angehörige (etwa durch Heirat oder Adoption) oder über besondere Leistungen für das Gemeinwesen. Solange die einzelnen Mitgliedsstaaten über den Zugang zu einer EU-Staatsbürgerschaft entscheiden, bleiben Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten bestehen.

Ashley Mantha-Hollands/Jelena Dzankic: „*Ties that Bind and Unbind: Charting the Boundaries of European Union Citizenship*“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 2022. DOI: 10.1080/1369183X.2022.2107499.

Etikett Förderschule schadet

Laura Menze, Heike Solga, Reinhard Pollak

Der Schulabschluss an einer Förderschule kann über geringe schulische Leistungen hinaus langfristig Narben im Lebenslauf hinterlassen. So lässt sich zusammenfassen, was Bildungsforschende jetzt herausgefunden haben. Demnach beeinträchtigt das institutionelle Etikett „Besuch einer Förderschule“ die Chancen junger Menschen, in Ausbildung und Beschäftigung zu kommen. Betrachtet wurden Schülerinnen und Schüler, die als lernbehindert eingestuft werden und damit die größte Gruppe

unter Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf bilden. Konkret wurde ihr Risiko untersucht, im Alter von 20 beziehungsweise 21 Jahren ohne Ausbildung, Arbeit oder Schulung zu sein – im Vergleich zu ebenso leistungsschwachen Schülern aus allgemeinen Schulen. Die Befunde gelten für Schulabgänger*innen mit einem Hauptschulabschluss, aber nicht für jene ohne Schulabschluss.

Laura Menze/Heike Solga/Reinhard Pollak: „*Long-term Scarring from Institutional Labelling: The Risk of NEET of Students from Schools for Learning Disability in Germany*“. In: *Acta Sociologica*, 2022. DOI: 10.1177/00016993221114257.

Landflucht durch Klimawandel

Marc Helbling, Daniel Meierrieks

Höhere Temperaturen führen langfristig dazu, dass mehr Menschen aus ländlichen Regionen in Städte ziehen. Diesen Zusammenhang stellten Marc Helbling und Daniel Meierrieks bei einer Analyse der Daten aus 118 Ländern zwischen 1960 und 2016 fest. Den Effekt von globaler Erwärmung auf Urbanisierungsraten beobachten sie verstärkt in ärmeren und stärker von der Landwirtschaft abhängigen Ländern sowie in heißeren Klimazonen. Diese Länder sind besonders betroffen, wenn die Landwirtschaft beeinträchtigt ist, etwa durch Ernteausfälle. Sie sind anfangs nicht städtisch geprägt, wichtige öffentliche Versorgungsinstitutionen – wie etwa Krankenhäuser – sind jedoch fast ausschließlich in den Städten verfügbar. Gerade in ärmeren Ländern geht das andauernde Wachstum der Städte nicht unbedingt mit wirtschaftlichem Wachstum einher, die klimabedingte Landflucht wird für sie folglich zum Problem.

Marc Helbling/Daniel Meierrieks: „*Global Warming and Urbanization*“. In: *Journal of Population Economics*, 2022. DOI: 10.1007/s00148-022-00924-y.

Neue Arbeit, alte Ungerechtigkeiten

Christine Gerber

Die Arbeit auf Online-Plattformen kann Frauen helfen, Familie und Beruf zu vereinbaren, birgt aber auch Risiken. Christine Gerber hat sich in ihrem Beitrag für Deutschland und die USA angeschaut, inwieweit durch Plattformarbeit bestehende Formen der Geschlechterungleichheit fortgeschrieben werden. In beiden Ländern gibt es für Frauen, die auf Crowdwork-Plattformen arbeiten, höhere Prekaritätsrisiken. Sie resultieren zum einen aus der weiterhin ungleich verteilten Sorge- und Hausarbeit und zum anderen aus häufig prekären Erwerbsformen und -biografien von Frauen. In den USA sind Frauen wegen des schwächer ausgebildeten Wohlfahrtsstaats hohen Prekaritätsrisiken ausgesetzt. Crowdwork stellt dort häufiger die primäre Einkommensquelle dar – trotz der prekären und unsicheren Bedingungen. Die deutlichen Geschlechterunterschiede in Deutschland lassen sich auf das Erbe eines männlichen Ernährermodells zurückführen, indem Frauen vor allem einer Teilzeitarbeit nachgehen.

Christine Gerber: „Gender and Precarity in Platform Work: Old Inequalities in the New World of Work“. In: *New Technology, Work and Employment*, 2022. DOI: 10.1111/ntwe.12233.

Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß

Philipp Chapkovski

Einwanderung, Abtreibung, Vermögensverteilung, Klimawandel – die Liste der Streitthemen in modernen Gesellschaften ist lang. Der sozial- und politikwissenschaftlichen Diskussion über Polarisierung fügt Philipp Chapkovski eine verhaltensökonomische Perspektive hinzu. Er nutzte das klassische Setting des „Diktatorspiels“ für ein Experiment: Zwei erhalten

Geld, eine*r von ihnen entscheidet, wie es verteilt wird. In diesem Fall hatten die Tandems unterschiedliche politische Einstellungen, die „Diktatorin“ konnte aber entscheiden, ob sie die Einstellung des Gegenübers wissen will. 30 Prozent der 800 Teilnehmenden entschieden sich gegen diese Enthüllung – was zu einer weniger ungleichen Verteilung führte. Das Vermeiden allzu genauer Kenntnis über die Position des Gegenübers, so die Schlussfolgerung, könnte ein Weg sein, wie eine gesplante Gesellschaft mit Polarisierung umgehen kann.

Philipp Chapkovski: *Information Avoidance in a Polarized Society*. SSRN, 2021. Online: <https://ssrn.com/abstract=3964133> und <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3964133> (Stand 02.11.2022).

Die negativen Folgen des Entfolgens

Eylem Kanol, Ines Michalowski

Mitglieder religiöser Gemeinschaften reagieren oft ablehnend, wenn andere diese Gemeinschaften verlassen – sei es für einen Religionswechsel, sei es, um sich überhaupt von Religion abzuwenden. Mit Umfragen in sieben Ländern (in Deutschland, Israel, Kenia, Libanon, in den palästinensischen Gebieten, der Türkei und Zypern) haben Ines Michalowski und Eylem Kanol für christliche, jüdische und muslimische Gemeinschaften untersucht, worin diese Ablehnung begründet ist. Vor allem scheint das starke Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft angegriffen zu werden, wenn andere gehen: Negative Reaktionen sind stärker bei Menschen, die praktizierende Mitglieder ihrer Gemeinschaften sind. Auch fundamentalistische Einstellungen befördern ablehnende Haltungen. Religiöse Bildung hingegen hat keinen messbaren Einfluss auf die Haltung.

Eylem Kanol/Ines Michalowski: „Investigating Attitudes toward Those Who Leave Religion among Christian, Jewish, and Muslim Believers“. In: *Religions*, 2022, 13, 682. DOI: 10.3390/rel13080682.

Personen

Gäste



Mariana Canto Sobral

ist seit dem 1.10.2022 Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung. Sie ist im Rahmen des von der Alexander von Humboldt-Stiftung vergebenen Bundeskanzler-Stipendiums für angehende Führungskräfte ans WZB gekommen.

Matthew Delmastro ist Doktorand an der Berlin Graduate School for Global and Transregional Studies (BGTS) und seit Oktober 2022 in der Abteilung Global Governance. In seiner Dissertation beschäftigt er sich mit der Kritik der globalisierungskritischen Bewegung an der neoliberalen Globalisierung und ihren Visionen von alternativen Regierungsmodellen.



Dr. **Adrián Del Río Rodríguez** hat ein Stipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung erhalten, um am Institut für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) und in der WZB-Abteilung

Transformationen der Demokratie über Elitenpolitik und Autoritarismus zu forschen. Während seines Aufenthalts am WZB wird er sein Buchmanuskript und seine Artikel über die Ursprünge und Auswirkungen von „elite divisions“ in autoritären Regierungen vorantreiben.

Eva Marlene Hausteiner ist Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Ihr aktuelles Forschungsprojekt hinterfragt die – fast – konsensuale Norm politischer Dauerhaftigkeit: Unter welchen Umständen wurde und wird gegen die Stabilität und Dauerhaftigkeit politischer Ordnung argumentiert? Während ihres Gastaufenthalts am WZB

prüft sie insbesondere demokratietheoretische Antworten auf diese Frage.

Padmini Sharma, Doktorandin an der Universität Mailand, ist von September bis Dezember 2022 Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. In ihrer Forschung untersucht sie, wie plattformbasierte Technologien die Arbeitsbeziehungen in unterschiedlichen politisch-ökonomischen Kontexten im Globalen Norden und Süden beeinflussen.



Haoyu Zhai ist Doktorand am European University Institute (EUI) und Pre-Doc am Nuffield Centre for Experimental Social Sciences, Oxford (CESS). In der Abteilung Institutionen und politische

Ungleichheit arbeitet er mit den Kolleg:innen an der Entwicklung und praktischen Erprobung eines Ensemble-Schätzungsansatzes für den statistisch robusten und inhaltlich aussagekräftigen Vergleich und die Aggregation sozialwissenschaftlicher Modelle, mit besonderer Anwendung auf die Vorhersage von Covid-19-Mortalitätsmustern über Länder hinweg und innerhalb von Ländern.

Berufungen

Prof. Dr. **Thorsten Thiel** von der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung wurde zum Professor für Demokratieförderung und Digitalpolitik an der Universität Erfurt ernannt. Er bleibt dem WZB als Gastwissenschaftler weiterhin verbunden.



Sigurt Vitols Ph.D. wurde als wissenschaftliches Mitglied in den Beirat des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes berufen, mit dem die unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von

Menschenrechten in den Lieferketten geregelt wird. Der Beirat berät das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).

Ehrungen / Preise

Prof. **Daniel Ziblatt** Ph.D. wurde von der American Political Science Association (APSA) mit dem Martha Derthick Book Award 2022 in der „Section 1: Federalism & Intergovernmental Relations“ ausgezeichnet. Begründet wurde die Entscheidung für sein Buch „Structuring the State: The Formation of Italy and Germany and the Puzzle of Federalism“ mit den Worten: „A book that is published at least 10 years ago that has left an enduring impact on the study of federalism.“

Der Friends of the WZB Award wird 2022 erstmals in zwei Kategorien verliehen. In der Kategorie Predoc wird **Teresa Völker** für einen Artikel ausgezeichnet, der in den WZB-Mitteilungen Juni 2022 erschien: „Terror und Öffentlichkeit – Auf rechtsextreme und islamistische Anschläge wird unterschiedlich reagiert“. Den Preis in der Kategorie Postdoc erhalten **Pola Lehmann, Tobias Burst, Juliane Hanel, Sarah Hegazy, Christoph Ivanusch, Marvin Müller, Sven Regel, Leonie Schwichtenberg, Leila van Rinsum und Lisa Zehnter**. Das Team hat die Wahlprogramme der Parteien bei der Bundestagswahl 2021 analysiert und die Ergebnisse in einem Blog und einem Artikel bei ZEIT online vorgestellt.

Promotionen

Dr. **Esther Kroll** aus der ersten Kohorte des Promotionskollegs Gute Arbeit hat im Oktober 2022 erfolgreich ihre Dissertation zum Thema „Meta-Stereotyping in Contemporary Recruitment: A Powerful Source of Ethnic Discrimination“ verteidigt. Momentan arbeitet sie im Bereich der Sozialpsychologie an der Medical School der Universität Hamburg.

Personalien

Timo Daum ist seit Oktober 2022 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung. Er ist Sachbuchautor und Hochschuldozent. Seine Forschungsinteressen liegen beim digitalen Kapitalismus, bei Technik

und Gesellschaft und der Zukunft der Mobilität. Am WZB arbeitet er im Projekt „Neue Mobilität“ zusammen mit der Universität Paderborn und dem Institut Mercator.



Hans Gerhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel (NEPS). Dort forscht er zum Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf und zu den Anforderungen zukünftiger Arbeitsmärkte. Zuvor beendete er seinen Master in Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Rohan Khan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel (NEPS). Seine Forschungsinteressen drehen sich um die Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarktdigitalisierung, Sozialpolitik und Erwachsenenbildung. Zuvor absolvierte er ein Masterstudium der Soziologie an der Universität Konstanz.

Zum 1. Oktober ist Dr. **Martin Mann**, bisheriger Leiter des Präsidialstabs, als neuer Leiter des Referats Gesellschaftliche Grundsatzfragen und Transformationen ans Bundespräsidialamt gewechselt. Die Leitung des Präsidialstabs haben Dr. Corinne Heaven und Dr. Gregor Hofmann übernommen.

Dr. **Alexander Schmotz**, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter des WZB in der Demokratieforschung, wird im Rahmen des von der EU im Rahmen von Horizon 2020 geförderten Projekts „Global Governance and the European Union: Future Trends and Scenarios (GLOBE)“ im November und Dezember die Abteilung Global Governance unterstützen.



Mio Tamakoshi ist Sozialwissenschaftlerin mit einem Fokus auf reproduktive und sexuelle Gesundheitspolitik und soziale Ungleichheiten. Sie ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungs-

gruppe Varieties of Reproduction Regimes beschäftigt.

Nachlese

Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer, Katrin Schwenk, Harald Wilkoszewski

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Amerika im Fieber

Die Midterms in den USA, die Kongresswahlen nach der Hälfte der Amtszeit von Präsident Joe Biden, waren nicht leicht zu kommentieren. Zeigt das Ausbleiben der „roten Welle“, also haushoher Siege der Republikaner, die Stärke der amerikanischen Demokratie? Oder gibt die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus Anlass zur Sorge? Im Gespräch mit ZEIT ONLINE zeichnet Daniel Ziblatt, Direktor der Abteilung Transformationen der Demokratie, ein differenziertes, nicht unbedingt zuversichtlich stimmendes Bild. Zwar haben die Unterstützer von Donald Trump schlechter abgeschnitten als erwartet, aber sehr unklar sei, was oder wer folge. Ron DeSantis etwa erinnere ihn an Victor Orbán, der geschickt am Wahlrecht und an Regeln der Demokratie schraube. Ziblatt sieht eine wachsende „Infrastruktur des Autoritarismus“. Noch allerdings scheint nicht ausgemacht, wohin das politische Amerika sich entwickelt: „Vielleicht erleben wir gar keine langsame Degenerierung der Demokratie, sondern nur eine Selbstkorrektur.“ Immerhin seien viele Amerikanerinnen und Amerikaner bereit, die Demokratie zu verteidigen, auch wenn diese institutionell geschwächt sei. Fieber ist das Bild, das Ziblatt zu dieser Phase einfällt. Die amerikanische Demokratie ist krank, aber „ihr Abwehrsystem läuft auf Hochtouren“.

Vorlese

Fünf Jahre ist es her, dass ein Heft der WZB-Mitteilungen den Titel „Europa“ trug. Höchste Zeit für einen neuen Anlauf. Im März 2023 werden wir fragen, wie die Staatengemeinschaft sich durch die vielbeschworenen multiplen Krisen verändert. Wie reagiert Europa auf die Pandemie, auf den Krieg um die Ukraine, den Klimawandel, auf Autoritarismus und Polarisierung? Wer gehört dazu? Wo steht Europa in der Welt?

Digitaler Kolonialismus

Daten sind nie objektiv und digitale Technologien sind in Machtstrukturen eingebunden. Der Tagesspiegel beleuchtet in einem Artikel am 22.9.2022 die Wechselwirkungen von technischem Fortschritt und Gesellschaft. Lena Ulbricht und Rainer Rehak, WZBlerin und WZBler am Weizenbaum Institut, werden darin mit scharfer Kritik am „digitalen Kolonialismus“ zitiert. „Wir überschwemmen andere Länder mit unserer Technik und stülpen ihnen unsere weißen Plattformen über“, sagt Rainer Rehak. Und der globale Süden wird nicht nur als neu zu erschließender und auszubeutender Markt genutzt. Auch billige Arbeit wird von dort gebucht, und Daten für die Weiterentwicklung der Systeme – digitale Rohstoffe – werden gerne in Regionen gesammelt, die keine Datenschutzgesetze haben. Als „koloniales Problem“ beschreibt Lena Ulbricht die Tatsache, dass wieder einmal der Wohlstand und die wirtschaftliche Stabilität des Nordens auf der Ausbeutung des Südens fuße.

Gleichstellung international

Beim Thema Gleichstellung der Geschlechter ist nach wie vor Luft nach oben, nicht nur in Deutschland. Den internationalen Handlungsbedarf nahm Kanada zum Anlass, unter seiner G7-Präsidentschaft 2018 erstmalig den Gender Equality Advisory Council, kurz GEAC, einzusetzen: ein international besetztes Beratungsgremium für die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs. Der GEAC 2022 der deutschen G7-Präsidentschaft tagte unter Vorsitz von WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger, die ein vom Bundeskanzleramt finanziertes Sekretariat für den Rat am WZB einrichtete. Am 1. Dezember 2022 wurde der Bericht mit konkreten Empfehlungen in sieben Handlungsfeldern, von Gewaltprävention bis hin zur feministischen Außenpolitik, an Bundeskanzler Olaf Scholz übergeben. Zum 1. Januar 2023 geht der Staffelfstab

an Japan. Die Regierung in Tokio kann auf eine neue Infrastruktur bauen: Am WZB wurden eine mehrsprachige Website g7geac.org sowie Social-Media-Kanäle gestaltet, die helfen sollen, das Gremium auf Dauer zu etablieren.

Bright Mind Awards

Zum neunten Mal schreibt das WZB den A.SK Social Science Award aus. Mit einem Preisgeld von 100.000 Euro gehört er zu den höchstdotierten internationalen Auszeichnungen in den Sozialwissenschaften und würdigt Spitzenforscherinnen und -forscher, deren Arbeit das Potenzial hat, wichtige gesellschaftliche und politische Reformen anzustoßen. So erhielt den Preis 2015 zum Beispiel die Armutsforscherin Esther Duflo; 2019 freuten wir uns mit ihr über den Gewinn des Ökonomie-Nobelpreises. Neu ist in diesem Jahr, dass anstelle von Fellowships zwei „Bright Mind Awards“ für jüngere Sozialwissenschaftler*innen ausgelobt werden. Die Preissumme setzt ein starkes Zeichen: Mit jeweils 20.000 Euro sollen Forschende auf Postdoc-, Assistenz- oder Juniorprofessur-Ebene ausgezeichnet werden, deren Arbeit ebenfalls Reformen auf gesellschaftlicher oder politischer Ebene beleuchtet. wzb.eu/a.sk2023

#RIPTwitter

Auch auf Twitter ist die Welt aus den Fugen geraten, seit Elon Musk im Oktober die Plattform gekauft hat. Es ist weiter unklar, was mit dem Kurznachrichtendienst passiert. Werden Hetze und Desinformation die Oberhand gewinnen? Wird die Infrastruktur standhalten, wenn mehr und mehr Mitarbeitende gehen oder entlassen werden? Das WZB ist seit Anfang 2012 auf Twitter unter @WZB_Berlin aktiv und hat den Dienst als Kommunikationsinstrument schätzen gelernt. Im Moment bauen wir eine parallele Existenz beim dezentralen Dienst Mastodon auf (@WZB_Berlin@wisskomm.social). Folgen Sie uns hier oder dort – und erleben Sie mit uns, wie es weitergeht.

Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 178, Dezember 2022

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Jutta Allmendinger Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich

Chefredaktion

Dr. Harald Wilkoszewski, Gabriele Kammerer

Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Claudia Roth

Korrektorat

Martina Sander-Blanck

Redaktionsassistentz

Lisa Heinig

Übersetzungen

Katrin Schwenk (S. 10-14), Gabriele Kammerer (S. 24-28)

Bildredaktion

Gesine Born und Pavel Nekoranec

Auflage

8.800

Abonnements: presse@wzb.eu

Foto S. 3: © David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs.1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repositorium EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert (www.econstor.eu). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor*innen. Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung: (CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.



Zu guter Letzt:

Die Grenzen der Entgrenzung Die Kehrseiten hybrider Arbeit werden deutlicher

Mark Fliegauß

In den letzten Monaten hat sich etwas Erstaunliches getan. Hatten mich zuvor fast ausschließlich Geschäftsführerinnen und Institutionsleiter gefragt, wie sie ihre Beschäftigten zurück ins Büro bekommen, sind sie längst nicht mehr die Einzigen. Immer häufiger kommt diese Frage von Abteilungsleiterinnen, Teamleitern, Wissenschaftlerinnen oder Assistenten. Sie alle vermissen das Gleiche: ihre Kolleginnen und Kollegen.

Dabei haben wir mit dem hybriden – und damit entgrenzten – Büro doch scheinbar den Kreis quadriert: Chefs und Beschäftigte gleichermaßen glücklich gemacht. Schon 2020 gaben 91 Prozent der Beschäftigten an, dauerhaft hybrid beziehungsweise komplett im Homeoffice arbeiten zu wollen. Und ein Jahr später bekundeten beinahe genauso viele Unternehmen (86 Prozent) in Zukunft mindestens in selbem, wenn nicht noch in größerem Umfang hybride Arrangements nutzen zu wollen. Kein Wunder. Ermöglicht das hybride Büro Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern doch die – meist lästige – Pendelei zum Arbeitsplatz einzusparen, Zeit flexibler einzuteilen und so Berufs- und Privatleben besser vereinbaren zu können. Unternehmen, soziale und öffentliche Einrichtungen sparen gleichzeitig bei den drastisch steigenden Unterhalts- und Energiekosten. Eine klassische Win-win-Situation.

Doch augenscheinlich nicht für alle. „Wir sind zwar über die Woche verteilt alle im Büro, aber halt selten zur selben Zeit“, konstatiert Anna*, Abteilungsleiterin in einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung. Die Folge: verwaiste Gänge, leere Teeküchen, bedrückende Stille. „Das macht etwas mit uns.“ Und so steht das entgrenzte Büro zusehends für das, was nicht mehr da ist: Menschen, ihre Interaktionen sowie daraus resultierende „Dynamik“, „Esprit“ und „Drive“. „Sachen werden erledigt, aber halt nicht mehr als das“, beklagt Leonie*, Vorstandsassistentin eines Unterhaltungsunternehmens. „Jeder scheint nur noch seine Dinge abzuarbeiten. Uns geht Kreativität verloren.“ Nicht zuletzt, weil kreative und innovative Ideen aus Zufälligkeit (serendipity) entspringen. Aus spontanen Zusammenkünften oder Informationsaustauschen. Deshalb hatten Apple, Google und andere Silicon-Valley-Größen ihre Unternehmenscampus vor der Pandemie so gestaltet, dass sie die Möglichkeiten für spontane Zusammentreffen immens fördern. Einzige, nicht ganz unwesentliche Bedingung: Es müssen genügend Menschen im Büro sein, um sich treffen zu können. Und diese Grundvoraussetzung gilt seit 2020 eben nur noch bedingt ...

Organisationsforscherinnen an der Harvard Business School legen in einem jüngsten Bericht dar, dass in virtuellen Arbeitsräumen spontane, irreguläre und informelle Begegnungen und Gespräche abnehmen, was negative Auswirkungen auf die Teamleistung hat. Das bedeutet nicht, dass virtuelle Teams schlecht performen. Sie bleiben aber in der Regel unter ihrer bestmöglichen Leistungsfähigkeit, stoßen weit seltener an ihre Leistungsgrenzen. Ein wichtiger Grund liegt im Fehlen von informellem Feedback. „Ich brauche jemanden, mit dem ich mich unterhalte“, bekundet auch Anna, „der mir im Gespräch sagt: ‚gute Idee, aber warum machst du es nicht so und so?‘, wodurch die Qualität meiner Arbeit einfach noch besser wird.“ Selbstverständlich könnte Anna solche Gespräche auch via Zoom, MS Teams oder Webex führen. Nur eben weit weniger spontan. Und deshalb macht sie es dann auch kaum. Anna ist keine Ausnahme. Ad hoc stattfindende, informelle Feedback- und Entwicklungsgespräche fallen digital oftmals ganz unter den Tisch, wie die Forscherinnengruppe aus Harvard herausgefunden hat.

Das frustriert – vor allem diejenigen, die sich selbst und andere gerne an ihre Grenzen brin-

gen. Und zwar doppelt: Zum einen werden Anna, Leonie und ihre Kollegen der Möglichkeit beraubt, wertvolles Feedback zu bekommen. Zum anderen wird ihnen aber auch die Chance genommen, ebenso wertvolles Feedback zu geben. Dabei kann das verhinderte „Geben“ weit mehr schmerzen. Adam Grant, Organisationspsychologe an der Wharton Business School, hat ausgemacht, dass die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in einer Organisation – anders als intuitiv zu vermuten – vor allem „Geberinnen“ und „Geber“ sind. Dass sie also überdurchschnittlich oft den Fokus auf die Bedürfnisse ihrer Kolleginnen und Kollegen legen und sich nicht scheuen, Zeit, Expertise und andere Ressourcen aufzuwenden, um ihre Kollegen bei deren Arbeit zu unterstützen und zu fördern.

Es scheinen gerade die High Performer zu sein, die zusehends am entgrenzten Büro zweifeln – und unter ihm leiden. Diejenigen, die eben nicht nur ihre individuellen Aufgaben abarbeiten, sondern die Organisation und deren Wohl und Wehe im Blick haben. Diejenigen, für die ihr Job nicht einfach nur ein Tauschgeschäft von Arbeit gegen Lohn ist, sondern die ihren Beruf als Berufung verstehen. Für die das Büro mehr ist als eine „Werkstatt“ – nämlich eine Gemeinschaft. So klagt Leonie: „Uns geht so langsam der Kitt verloren.“ Malcolm Gladwell, der als Wissenschaftsjournalist mehrere Bestseller geschrieben hat und mittlerweile die Audio-Agentur Pushkin Industries leitet, geht noch einen Schritt weiter: „Wir [bei Pushkin] wollen, dass du Teil unseres Teams wirst. Und das ist wirklich schwer, wenn du nicht hier bist.“ Er schließt daraus: „Es ist nicht in deinem besten Interesse, von zu Hause aus zu arbeiten.“

Dabei haben uns doch New-Work-Evangelisten über Jahre eingebläut, dass durch mobiles, entgrenztes Arbeiten die besten Talente von nah und fern mit entsprechenden Organisationen zusammenfinden. Für Datenarchitektinnen und Coder mag das zutreffen. In anderen Bereichen aber darf man diese Hypothese mittlerweile hinterfragen. Denn es besteht die Gefahr, dass das hybride Büro vielversprechende Talente nicht nur anzieht, sondern manche auch vor die Tür befördert.

Es scheint, als stoße das entgrenzte Büro an seine Grenzen. Es wirft dabei dieselben Fragen auf, die uns auch gesellschaftlich umtreiben: Wer beziehungsweise was vermittelt uns sozia-

le Interaktion, Gemeinschaft und Sinnhaftigkeit, wenn sich unsere Institutionen immer weiter auflösen? Wie gewichten wir individuelle Freiheit und kollektiven Nutzen? Und was passiert mit Gemeinschaften, deren Mitglieder ihr Leben immer mehr auf digitalen Inseln und in Echokammern verbringen? ●

*Die Namen sind aus Gründen des Datenschutzes anonymisiert.



Mark T. Fliegauf ist Produktivitätsexperte bei der Unternehmensberatung Think Productive. Seit Frühjahr 2022 ist er Practitioner Fellow in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion und in der Kommunikationsabteilung des WZB. mark.fliegauf@wzb.eu

Foto: © WZB/Christian Klant, alle Rechte vorbehalten.

© Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



„Einmal möcht' ich keine Sorgen haben ...“

Mit einem musikalischen Gruß verabschieden wir am WZB das Jahr. Gemeinsam haben wir musiziert und uns für einen Moment in eine Welt ohne Sorgen geträumt. Gesungen und gespielt haben wir das Lied „Einmal möcht' ich keine Sorgen haben“ des russisch-britischen Komponisten Mischa Spoliansky (1898–1985). Das Stück entstand in den 1920er-Jahren; hundert Jahre später ist es aktueller denn je. Wir laden Sie ein, uns beim Musizieren zuzuschauen und zuzuhören. Unsere guten Wünsche für 2023 gehen an alle, die uns verbunden sind, ganz besonders an die junge Generation.

Das kommt:
„Europa“
1|23



Zum Film gelangt man per QR-Code oder unter
wzb.eu/seasons-greetings-2022